



## **33. Sitzung**

Düsseldorf, Freitag, 15. April 2011

**Mitteilungen des Präsidenten** .....3135

**Zur Tagesordnung**.....3135

### **1 Verbleib der Brennelementekugeln aus Jülich klären – Landesregierung muss Verwirrspiel beenden!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1689 .....3135

Dr. Gerhard Papke (FDP).....3135  
Hendrik Wüst (CDU).....3137  
Karl Schultheis (SPD).....3139  
Hans Christian Markert (GRÜNE) .....3140  
Rüdiger Sagel (LINKE) .....3142  
Ministerin Svenja Schulze .....3143  
Josef Wirtz (CDU).....3145  
Thomas Eiskirch (SPD) .....3146  
Dr. Gerhard Papke (FDP).....3147  
Michael Aggelidis (LINKE).....3148  
Minister Harry Kurt Voigtsberger .....3148  
Rainer Schmeltzer (SPD) .....3149

Ergebnis .....3150

### **2 Die Lehren aus Fukushima ziehen – Sicherheitsstandards überprüfen – Den endgültigen Atomausstieg in Nordrhein-Westfalen umsetzen**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1687 .....3151

Rainer Schmeltzer (SPD) .....3151  
Hans Christian Markert (GRÜNE) .....3152  
Lutz Lienenkämper (CDU).....3154  
Dietmar Brockes (FDP) .....3156  
Michael Aggelidis (LINKE).....3157

Minister Harry Kurt Voigtsberger ..... 3158  
Josef Hovenjürgen (CDU)..... 3159  
André Stinka (SPD)..... 3161  
Kai Abruszat (FDP) ..... 3163  
Rüdiger Sagel (LINKE) ..... 3163  
Minister Johannes Rimmel ..... 3164

Ergebnis..... 3165

### **3 Ökostrom jetzt! Erneuerbare Energien für den Land- tag und alle öffentlichen Gebäude in NRW**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1680 – Neudruck..... 3166

Michael Aggelidis (LINKE) ..... 3166  
Dr. Jörg Geerlings (CDU)..... 3166  
André Stinka (SPD)..... 3168  
Wibke Brems (GRÜNE) ..... 3169  
Dietmar Brockes (FDP)..... 3171  
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans..... 3172

Ergebnis..... 3173

### **4 Bei der Verteilung der Bundesmittel an den Kosten für Bildung und Teil- habe die Anzahl der berechtigten Kin- der berücksichtigen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1691 ..... 3173

Tagesordnungspunkt vertagt.

### **5 Endlich Lehren aus der Love-Parade- Katastrophe ziehen – Kinder und Ju- gendliche müssen gefahrlos Veran- staltungen in Nordrhein-Westfalen besuchen können**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1688 .....3173

Horst Engel (FDP) .....3173  
Josef Rickfelder (CDU) .....3174  
Jochen Ott (SPD) .....3176  
Matthi Bolte (GRÜNE) .....3177  
Anna Conrads (LINKE) .....3179  
Minister Ralf Jäger .....3180  
Josef Rickfelder (CDU) .....3182  
Thomas Stotko (SPD) .....3183

Ergebnis .....3184

#### **6 Gesetz zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/666

Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1744

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Kommunalpolitik  
Drucksache 15/1695

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1777

zweite Lesung .....3185

Benedikt Hauser (CDU) .....3185  
Marc Herter (SPD) .....3186  
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) .....3187  
Horst Engel (FDP) .....3188  
Özlem Alev Demirel (LINKE) .....3189  
Minister Ralf Jäger .....3191  
Britta Altenkamp (SPD)  
(zur GeschO) .....3192  
Ralf Witzel (FDP)  
(zur GeschO) .....3192

Ergebnis .....3192

#### **7 Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/975

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Kommunalpolitik  
Drucksache 15/1696

zweite Lesung..... 3193

Wiljo Wimmer (CDU)..... 3193  
Michael Hübner (SPD)..... 3194  
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) ..... 3195  
Horst Engel (FDP)..... 3196  
Özlem Alev Demirel (LINKE) ..... 3196  
Minister Ralf Jäger ..... 3197

Ergebnis..... 3197

#### **8 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/1269

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 15/1520

zweite Lesung..... 3198

Ergebnis..... 3198

#### **9 Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte – Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1682 ..... 3198

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)..... 3198  
Norbert Post (CDU)..... 3199  
Josef Neumann (SPD)..... 3199  
Arndt Klocke (GRÜNE) ..... 3200  
Christof Rasche (FDP)..... 3202  
Minister Harry Kurt Voigtsberger ..... 3202

Ergebnis..... 3203

#### **10 NRW lässt die Opfer neofaschistischer Gewalt nicht allein – Einrichtung von Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1685 ..... 3203

Anna Conrads (LINKE) ..... 3203  
Olaf Lehne (CDU) ..... 3205  
Thomas Stotko (SPD)..... 3206  
Verena Schäffer (GRÜNE) ..... 3208

Horst Engel (FDP) .....3209  
Ministerin Ute Schäfer .....3210

Ergebnis .....3211

**Nächste Sitzung** .....3211

**Entschuldigt waren:**

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft  
Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren

Dr. Stefan Berger (CDU)  
Bernhard Tenhumberg (CDU)  
Maria Westerhorstmann (CDU)

Hubertus Kramer (SPD)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)  
Dr. Stefan Romberg (FDP)



**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 33. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich begrüße an dieser Stelle parlamentarische **Gäste** auf unserer Besuchertribüne und freue mich, eine Delegation der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Bayerischen Landtages **begrüßen** zu können.

(Allgemeiner Beifall)

Sie sind unter Leitung ihrer Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause und Dr. Martin Runge zu politischen Gesprächen in Nordrhein-Westfalen. Im Namen des Landtages wünsche ich Ihnen eine anregende Zeit bei uns am Rhein.

Mit unserem Präsidium habe ich vor Kurzem Ihr Parlament besucht und dort unter anderem den Einsatz von mobilen Computern im Plenum gesehen und diskutiert. Wir werden gleich nach der Osterpause im Ältestenrat für unseren Landtag den Einsatz solcher Geräte in Nordrhein-Westfalen regeln.

Ihr Besuch führt die traditionell guten, freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen auf der parlamentarischen Ebene fort. Unser Parlamentsgebäude hat keine so lange Geschichte wie das historische Landtagsgebäude in Bayern. Aber ich bin sicher, Sie werden den Charakter und den Charme unseres Hauses erleben und schätzen.

Ich danke Ihnen für Ihren Besuch, wünsche Ihnen gute Beratungen und dass Sie sich in Nordrhein-Westfalen wohlfühlen.

(Allgemeiner Beifall)

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** möchte ich noch einen Hinweis geben: Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Beratung des Tagesordnungspunktes 4, **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 15/1691** „Bei der Verteilung der Bundesmittel an den Kosten für Bildung und Teilhabe die Anzahl der berechtigten Kinder berücksichtigen“, auf die Plenarsitzung im Mai zu **verschieben**. – Dagegen ergibt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Tagesordnungspunkt

## **1 Verbleib der Brennelementekugeln aus Jülich klären – Landesregierung muss Verwirrspiel beenden!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1689

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort Herrn Dr. Papke, dem Fraktionsvorsitzenden der FDP.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute erstmals im Plenum des Landtags über einen Sachverhalt, der sich in den letzten Tagen zu einem handfesten Regierungsskandal der rot-grünen Landesregierung entwickelt hat.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sah es zunächst so aus, als gehe es um ein an sich schon peinliches Abstimmungs- und Kommunikationschaos zwischen einzelnen Ressorts der Regierung, so ist inzwischen klar:

Erstens. Die Landesregierung hat gezielt den Eindruck erweckt, gefährlicher Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich sei verschwunden und mutmaßlich in der Asse gelandet.

Zweitens. Die Landesregierung hat eine Verunsicherungskampagne inszeniert, um die Sorgen der Menschen über das Reaktorunglück in Fukushima zu nutzen und die Anti-AKW-Stimmung weiter anzukurbeln.

Drittens. Die Landesregierung hat vorliegende und – wie wir inzwischen wissen – problemlos verfügbare Sachinformationen ignoriert und damit gezielt manipuliert.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Viertens. Die Landesregierung hat ohne jede Scham das schlimme Unglück des japanischen Volkes für eine miese Angstkampagne missbraucht.

(Lebhafter Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist zutiefst empörend. Wir erwarten in dieser Plenarsitzung eine förmliche Entschuldigung der Landesregierung für diese miese Angstkampagne, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Sie, Frau Ministerin Schulze, haben darüber hinaus dem Parlament die Unwahrheit gesagt. Es ist bemerkenswert, in welcher Dreistigkeit!

Sie haben gestern in der gemeinsamen Sitzung von Wissenschafts- und Wirtschaftsausschuss ausge-

führt – das lässt sich in Ihrem Sprechzettel nachlesen – ich zitiere –:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie waren doch kaum da! Sie waren doch erst pünktlich zu den Pressestatements da!)

„Es wurde zu keinem Zeitpunkt behauptet, es seien 2.285 Brennelementekugeln abhandengekommen.“

So Ihre schriftliche Aussage von gestern! – Frau Ministerin Schulze, Sie haben schon in Ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage, aber auch in Ihrer Presseerklärung am 4. April 2011 ausdrücklich gesagt – ich zitiere Sie wiederum –:

„Aktuell besteht Unsicherheit über den Verbleib eines Teils der Kugeln.“

Ich zitiere Sie weiter:

„Über die dann noch verbleibenden 2.285 Brennelementekugeln können von hier aus ... keine abschließenden Aussagen getroffen werden.“

Es ist falsch, was Sie gestern in der gemeinsamen Sitzung von Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss gesagt haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie haben so getan, als wäre Atom Müll abhandengekommen. Leugnen Sie es jetzt nicht, Frau Ministerin!

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Aber seit gestern, meine Damen und Herren, hat das Verhalten der Wissenschaftsministerin noch eine ganz andere Dimension bekommen. Ich zitiere hier – mit Erlaubnis des Präsidenten – das, was Johannes Nitschmann heute in den „Aachener Nachrichten“ schreibt; andere Zeitungen haben das ähnlich recherchiert.

„Die Sprecherin des FZ Jülich ... bestätigte gestern gegenüber unserer Zeitung, dass sich Forschungszentrum und das Wissenschaftsministerium am 10. März 2011 nach umfänglichem Faxverkehr auf eine Antwortversion für die Anfrage des Abgeordneten Markert verständigt hätten. In dieser Antwortversion sei der Sachverhalt richtig dargestellt worden, dass über den Verbleib sämtlicher Brennelementekugeln ein lückenloser Nachweis vorhanden sei. Am 22. März habe das FZ Jülich dann eine abschließende und versendete Antwort der Landesregierung auf die Anfrage erhalten. In dieser habe es gegenüber der Version vom 10. März überraschend erhebliche Abweichungen gegeben. Erstmals seien dort Mutmaßungen über das Verbringen von Jülicher Brennelementekugeln in die Asse angestellt worden. Tatsächlich aber sei das FZ vom Wissenschaftsministerium mit solchen Spekulationen nie konfrontiert worden. Auch die Formulie-

rung, dass über den Verbleib von 2.285 Reaktorkugeln keine abschließende Auskunft gegeben werden könne, sei gegenüber dem Entwurf völlig neu gewesen.“

Frau Ministerin Schulze, wenn sich das bestätigt, werden Sie zurücktreten müssen!

(Lebhafter Beifall von der FDP und von der CDU)

Wer Regierungsmacht missbraucht, um eine manipulative Angstkampagne zu fahren, kann nicht Mitglied dieser Landesregierung sein!

(Lebhafter Beifall von der FDP und von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Deshalb erwarten wir, dass Sie zu diesem Vorgang hier gleich Stellung beziehen. Ist es richtig, was die „Aachener Nachrichten“ schreiben? Wenn das richtig ist – und Sie werden dem heute nicht ausweichen können –, müssen Sie Ihren Hut nehmen, Frau Ministerin, ohne Wenn und Aber!

(Beifall von der FDP und von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die hat gar keinen Hut!)

Und wir werden uns darüber hinaus auch noch mit dem Verhalten der Atomaufsicht befassen müssen. Da gibt es ja auch noch den Wirtschaftsminister. Der ist Leiter der Atomaufsicht. Und der behauptet, er habe von dem gesamten Vorgang, von der Kleinen Anfrage überhaupt keine Kenntnis bekommen: er nicht, sein Ministerbüro nicht, der Staatssekretär nicht, eigentlich niemand. Dabei liegt uns doch eine schriftliche Vorlage des zuständigen Referatsleiters vor, adressiert an Herrn Minister Voigtsberger. Es heißt dort weiter: Herr Minister Voigtsberger wird um Billigung der vorgeschlagenen Vorgehensweise gebeten. Dem anliegenden Antwortentwurf des Wissenschaftsministeriums soll zugestimmt werden.

Herr Minister Voigtsberger, von Ihnen möchten wir heute wissen: Hat Sie dieser Vorgang tatsächlich nie erreicht? Oder hat man informell mit Ihnen abgesprochen, dass es vielleicht besser wäre, dass Sie dieser Vorgang offiziell nicht erreicht?

Wenn Sie als zuständige Atomaufsicht hier darlegen müssen, dass Sie mit dem Vorgang nicht befasst waren, dann sind Sie Ihrer Aufgabe nicht gewachsen, Herr Minister.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Auch damit werden wir uns heute auseinandersetzen müssen.

Ich darf zum Schluss den Kollegen Markert zitieren. Es ist interessant, sich noch einmal angucken, wie diese Empörungsmaschinerie mit der Vorabmeldung des „Spiegel“

(Britta Altenkamp [SPD]: Von Empörungsmaschinerie spricht genau der Richtige! – Weitere Zurufe von der SPD)

am 3. und 4. April angelaufen ist. Ich zitiere sehr gerne den Kollegen Markert aus seiner Presseerklärung vom 3. April. Die Überschrift lautet:

„Skandalöser Vorgang verlangt lückenlose Aufklärung.“

In der Tat, Herr Kollege Markert, da sind wir ganz bei Ihnen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir sind sehr gespannt auf das, was die Regierung uns heute sagen wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der FDP und von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Wüst.

**Hendrik Wüst (CDU):** Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Not der Regierung muss groß sein – aber offensichtlich auch die der Fraktionen; denn gleich kommt Herr Schultheis, Ihre intellektuelle Speerspitze.

Im Ausschuss wurde gestern geschwurbelt, was das Zeug hält:

(Zuruf von der LINKEN: Bitte, was?)

historische Abhandlungen, fast zurück bis zu den Römischen Verträgen. Im Sport würde man das „Zeitspiel“ nennen. Dieses peinliche Manöver hatte nur einen Sinn, nämlich die sehr berechtigten, sehr ernsthaften Fragen von den Ministern möglichst weit wegzuhalten.

Sie konnten mit diesen peinlichen Tricks nicht verhindern, dass die entscheidenden Punkte heute glasklar auf dem Tisch liegen: Am Mittwoch, dem 9. März, wurde der Entwurf einer Antwort auf die Anfrage des Kollegen Markert an das Forschungszentrum Jülich zur Abstimmung geschickt. Bis zum Nachmittag des Donnerstag, 10. März, wurde gemeinsam an den Formulierungen gearbeitet.

Das Ergebnis der Abstimmung zwischen dem Wissenschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Kernforschungszentrum Jülich war ein einvernehmlicher Entwurf mit einer vollständigen und richtigen Darstellung über die Lagerung des kompletten Bestandes radioaktiven Materials in Jülich. Damit wäre die Frage des Kollegen Markert sauber beantwortet gewesen.

Aber in diesen Tagen – das vergisst man aus dem heutigen Blickwinkel vielleicht zu schnell – gab es ein Thema in der Landespolitik, das uns alle gemeinsam und auch die politischen Beobachter elektrisiert hat: Neuwahlen. Es gab die Haushaltsklatsche vor dem Landesverfassungsgericht. Eine

selbstbewusste Opposition forderte Konsequenzen. Und für die CDU war klar: Bei Neuwahlen fordert Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen die Ministerpräsidentin heraus.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war der humoristische Teil!)

An dem Wochenende hatte die CDU einen erfolgreichen Parteitag. Und Sie waren offensichtlich genauso wie jetzt, Frau Löhrmann, nervös, denn es war kräftig Sand im Getriebe. – Das ist das zeitliche Umfeld der jetzt in Rede stehenden Vorkommnisse.

Am Freitag, 11. März, passierte dann die Katastrophe in Japan: Tausende Tote, Hunderttausende ohne Obdach und die beginnende atomare Katastrophe in Fukushima. An dem folgenden Wochenende, 12. und 13. März, wurden die Nachrichten über die atomare Katastrophe fast stündlich schlimmer. Irgendwann zu Beginn der neuen Woche – Montag oder Dienstag – ist dann in Ihrem Hause etwas passiert, Frau Schulze. Denn am Dienstag, dem 15. März, erreichte das Wirtschaftsministerium zur Abstimmung ein Antwortentwurf, der mit den korrekten Darstellungen aus der Vorwoche nichts mehr zu tun hatte. Im Gegenteil: Von dem Moment an wurden die Aussagen irreführend und falsch.

In den Tagen zwischen dem 10. und dem 15. März dieses Jahres hat irgendjemand das Richtige bewusst in etwas Falsches verwandelt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Auf dieser Grundlage wurde mit dem Thema dann auch Kampagne gemacht. Am 3. April zitiert dpa Herrn Rammel, der Vorgang sei alarmierend, und es werde munter über hoch radioaktiven Atom Müll in der Asse spekuliert. – Frau Schulze postet am 4. April sogar in ihrem persönlichen Facebook-Profil zu dem Vorgang – und das, obwohl sie es hätte besser wissen können und besser wissen müssen.

Denn noch bevor Sie, Frau Ministerin Schulze, am Montag, dem 4. April, nach Hannover zur Messe gefahren sind, hat das Forschungszentrum Jülich Sie vorab über eine Pressemitteilung informiert. Ich zitiere aus dieser Pressemitteilung aus Jülich vom 4. April:

„Der Gesamtbestand des in Jülich eingelagerten Kernbrennstoffs inklusive der zerbrochenen und einzementierten Kugeln ist bis auf das Milligramm genau dokumentiert.“

Trotzdem, obwohl Sie das schon vorab wussten, gaben Sie am Rande des Besuchs der Hannover Messe eine Pressemitteilung heraus.

(Dietmar Brockes [FDP]: Unglaublich!)

Ich zitiere auch aus dieser Pressemitteilung des Wissenschaftsministeriums vom 4. April: „Aktuell

besteht Unsicherheit über den Verbleib eines Teils der Kugeln.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Unglaublich! Unfassbar!)

In wörtlicher Rede, Frau Ministerin, sprechen Sie von Hinweisen, dass Material liege in der Asse.

Diese Hinweise gab es nicht! Alles, was in Niedersachsen dazu von der dortigen Landesregierung als Zulieferung für den Untersuchungsausschuss geschrieben ist, alles, was der Parlamentarische Staatssekretär Rachel dazu Herrn Krischer schreibt und ihm unlängst noch mündlich im Bundestag antwortet, gibt nicht den geringsten Anlass für die Vermutung, in Jülich sei der Bestand unklar oder in der Asse sei hoch radioaktives Material aus Jülich gelandet.

Jetzt auf Rachel zu verweisen ist eine reine Schutzbehauptung und nicht mehr.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch! Das sind Fakten!)

Es gab, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den 60er- und 70er-Jahren Einlagerungen aus Jülich in der Asse – offiziell genehmigt, klar dokumentiert –: schwach- und mittelstark strahlendes Material, darunter zwei Fässer mit Kugeln. Dabei handelt es sich um mittel radioaktive Abfälle, nicht – wie Herr Remmel am 3. April spekuliert – um hoch radioaktive Abfälle.

(Dietmar Brockes [FDP]: Auch unwahr!)

All das war der Landesregierung, die die Atomaufsicht führt, immer bekannt und ist unlängst im Bundestag noch einmal klipp und klar erklärt worden. Die Atomaufsicht der Landesregierung bekommt genauso wie Euratom monatlich einen Bericht über den Kernbrennstoffbestand in Jülich. Über diese Bestandsmeldung hat es zwischen dem Kernforschungszentrum und der Landesregierung bisher kein einziges Mal Dissens gegeben. Euratom kommt mehrmals jährlich zu Kontrollen nach Jülich und bestätigt mit stetiger Regelmäßigkeit die Korrektheit der Angaben. Es war zu jedem Zeitpunkt klar, was da Sache ist.

Aber nach Fukushima und vor möglichen Neuwahlen wollten Sie das alles nicht wissen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie wollten die Atompolitik der Bundesregierung und den Bundesumweltminister und CDU-Landesvorsitzenden Norbert Röttgen persönlich diskreditieren.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Genau das ist zwischen dem 10. März und dem 15. März dieses Jahres bei Ihnen im Ministerium passiert, Frau Schulze.

Ein Wort zur Atomaufsicht. Die Regierung sagt, der Verbleib möglicherweise hoch radioaktiven Materials sei unklar. Herr Markert spricht von einer „schmutzigen Bombe“. – Heute können wir alle das einigermaßen entspannt diskutieren. Aber stellen wir uns mal gemeinsam vor, an diesen Spekulationen sei irgendetwas dran gewesen,

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

es wäre wirklich hoch radioaktives Material nicht da, wo es hingehört – und im für die Atomaufsicht zuständigen Wirtschaftsministerium wird eine solche Befürchtung vom Abteilungsleiter abgezeichnet und nicht dem Minister vorgelegt.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Der Minister wusste davon nicht!

Jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen erwartet, dass die zuständige Atomaufsicht weiß, was los ist. Sie wusste es nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es wurden wilde Befürchtungen in die Welt gesetzt.

Herr Minister, Sie sind dafür da, dafür zu sorgen, dass die Menschen keine Angst haben. Das Gegenteil ist passiert: Sie haben den Menschen Angst gemacht.

(Zuruf von der SPD)

Dass Sie gestern Veränderungen angekündigt haben ist richtig, aber auch bitter nötig.

Ein Wort zur Staatskanzlei. Hätte die Staatskanzlei die Kleine Anfrage richtig zugewiesen, nämlich an die Atomaufsicht – also das Wirtschaftsministerium –, hätte mit einem einfachen Blick in die monatlich aktualisierten Akten in zehn Minuten klar sein können, dass kein Milligramm radioaktiven Materials verschwunden ist. Aber mit der Zuweisung an das Wissenschaftsressort nahm das Verhängnis seinen Lauf. Warum diese Zuweisung falsch erfolgt ist, will ich nicht spekulieren. Am Ende ist aber sogar die verheerende Antwort aus der Staatskanzlei mitgezeichnet worden.

Heute steht fest: Alle Informationen waren zu jeder Zeit da. Aber Sie wollten sie nicht sehen.

(Beifall von der FDP)

Sie wollten die Menschen verunsichern. Und der Verdacht liegt nahe, dass Sie auf dem Rücken der Opfer in Japan genau das mit dem Ziel gemacht haben, Norbert Röttgen zu diskreditieren.

(Zuruf von der SPD: Das macht er schon selber!)

Das ist pietätlos, verantwortungslos und skrupellos, verehrte Kolleginnen und Kollegen!



(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Eine solche Ministerin schadet dem Ansehen unseres Landes. Setzen Sie dem ein Ende! – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schultheis.

**Karl Schultheis** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Zwei kurze Vorbemerkungen. Herr Dr. Papke, ich hatte gestern in der gemeinsamen Sondersitzung den Eindruck, dass Sie nicht sonderlich an Informationen interessiert waren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Arndt Klocke [GRÜNE]: Genau!)

Vor Beendigung der Sitzung sind Sie zu den Mikrofonen geeilt. Das ist Ihnen wichtig.

(Zuruf von der FDP)

Ihnen geht es nicht um Ängste der Bevölkerung, Ihnen geht es in der Tat darum, die Landesregierung zu diskreditieren. Das ist Ihr Motiv, nichts anderes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

– Herzlichen Dank.

Dem ehemaligen Generalsekretär der CDU muss ich sagen, dass seine Fantasie, was Verschwörungstheorien angeht, nur aus eigener Erfahrung stammen kann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die in der Staatskanzlei bekanntgewordenen Verschwörungen und auch das, was da in der Parteizentrale der CDU war, haben dazu geführt, dass die Regierung Rüttgers abgewählt worden ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, schon gestern nach der gemeinsamen Ausschusssitzung habe ich mich wirklich gefragt – und ich habe bis heute Morgen überlegt, ob ich es auch sagen darf –, was das eigentlich für eine unehrliche, verlogene Debatte ist, die hier geführt wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Als wenn es bei der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage nicht um eine ganz normale redaktionelle und inhaltliche Abstimmung gegangen wäre! Und

wer Regierungshandeln kennt – Sie haben es ja fünf Jahre praktiziert –, weiß, wie Abstimmungsverfahren bei Kleinen Anfragen ablaufen. Im Vergleich zu Ihren Antworten, die meistens mit Ja, Nein, Ja endeten, hat die Landesregierung hier vernünftig geantwortet.

(Ralf Witzel [FDP]: Lächerlich! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Weil Sie hier als Vermutung unterstellen, dass die Ereignisse in Fukushima womöglich Einfluss auf die Beantwortung gehabt hätten: Als Bürger würde ich erwarten, dass dieses einschneidende Ereignis Einfluss auf die Beantwortung solcher Kleinen Anfragen nimmt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch absurd! – Fortgesetzt Zurufe von der CDU und von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie sehr herzlich, dazu beizutragen, dass der Redner seine Ausführungen fortsetzen kann.

**Karl Schultheis** (SPD): Herr Präsident, ich kann es auch eine Runde lauter, wenn es sein muss. Aber ich glaube, dass diese Reaktion zeigt, wohin die Reise hier geht und was Ihre wahre Absicht ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich frage Sie ernstlich, Herr Witzel: Wäre die Aufführung einer inszenierten Energiewende von Frau Dr. Merkel ohne Fukushima denkbar gewesen? Oder wäre die Ankündigung unseres ehemaligen Kollegen Christian Lindner „Wir haben verstanden“ ohne Fukushima denkbar gewesen? Bei der Tragweite der Ereignisse in Japan ist das nicht mehr als folgerichtig und zwingend.

Allerdings unterscheidet uns hierbei, dass Ihre Ankündigung, wie von Anfang an vermutet, nur taktischen Winkelzügen vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geschuldet waren und nicht der Einsicht, dass eine Energiewende zwingend erforderlich ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wir Sozialdemokraten stehen für die Umsetzung der Energiewende – und nicht erst seit Tschernobyl und auch nicht erst seit Fukushima.

(Ralf Witzel [FDP]: Das Thema ist doch nicht die Energiewende! – Gegenruf von Günter Garbrecht [SPD]: Seid doch mal ruhig! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, Kern des Kommunikationsproblems, das uns jetzt sein Mitte März beschäftigt ist, dass Kollege Markert in seiner Kleinen Anfrage nach der Anzahl von Brennelementekugeln gefragt hat, die im Forschungszentrum Jülich gelagert sind. Er hat darauf eine Antwort erhalten, die sich auf die Anzahl von Brennelementekugeln bezieht. Das ist nur logisch: Wenn ich eine solche Frage stelle, kann ich auch nur eine solche Antwort erhalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Eine falsche!)

Das Problem dabei ist allerdings, dass auf der Grundlage der Anzahl von Kugeln weder in der Vergangenheit noch heute der Restverbleib einer Anzahl von Kugeln festgestellt werden kann.

(Zuruf von der FDP)

– Wenn Sie das können, Herr Dr. Papke, dann jonglieren Sie mal mit den Kugeln, die nicht nachgewiesen werden können. Es ist nur über den Nachweis der Menge nuklearen Materials am Standort des Forschungszentrums Jülich möglich. Wenn Sie gestern den beiden Ministern zugehört hätten, wüssten Sie, das ist festgestellt worden und bis auf das letzte Milligramm dokumentiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Er war doch nicht da, Herr Papke! – Zurufe von der CDU)

Es ist aber nicht anhand der Kugeln dokumentiert.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Doch, die Antwort ist in Bezug auf Brennelementekugeln absolut korrekt. Es ist sehr vorsichtig formuliert worden, dass eine endgültige Feststellung nicht möglich ist. Die ist auch nicht möglich. Die können auch Sie nicht liefern. Aber die Grundlage der Berechnung der Menge des nuklearen Materials ist nach den Richtlinien von Euratom erfolgt und bis auf das letzte Milligramm möglich.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Die Berichte von Frau Ministerin Schulze und Herrn Minister Voigtsberger in der gestrigen gemeinsamen Sondersitzung des Wissenschafts- und des Wirtschaftsausschusses, die Ihnen vorliegen, haben dies schlüssig dargelegt. Das gilt auch für die Zeitabläufe.

(Zuruf von der FDP: Dann ist ja alles in Ordnung!)

– Ist es auch.

Am 22. März ist die endgültige Fassung der Kleinen Anfrage nochmals an das BMWF und nochmals an das Forschungszentrum Jülich gegangen. Erst am 28. März ist die Antwort auf die Kleine Anfrage an den Landtag vermittelt worden. Es gab also seitens des BMWF und seitens des Forschungszentrums Jülich ausreichend Zeit, sich noch einmal zu diesem Text zu äußern. Das ist nicht erfolgt.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Nein, das ist nicht falsch. Schauen Sie noch einmal genau in das Protokoll der gestrigen Sitzung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben doch das Protokoll nicht gelesen! Es ist alles gesagt worden!)

Genauso ist das gewesen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das Stichwort „Asse“ ist vom Parlamentarischen Staatssekretär Rachel in die Diskussion gebracht worden. Die heutigen Meldungen, wonach eine entsprechende Radioaktivität in Asse festgestellt worden ist, sollten uns sehr nachdenklich machen. Hätte es keine Kleine Anfrage eines Kollegen gegeben, hätten Sie sich einen Kehrlicht für die Fragen des Verbleibs und der Verbringung atomaren Materials interessiert und darum gekümmert.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Was wir jetzt vorfinden, straft all diejenigen Lügen, die behaupten und behauptet haben – dazu gehören insbesondere Sie –, dass die Lagerung radioaktiven Materials bzw. Abfalls über Jahrtausende hinweg sicher und ohne Kommunikationsdefizite organisiert werden kann. Das vorliegende Jülicher Beispiel zeigt leider zu gut, dass schon wenige Jahrzehnte reichen, um Informationsdefizite entstehen zu lassen.

(Armin Laschet [CDU]: Es gibt doch keine Informationsdefizite! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist aus meiner Sicht das Ergebnis dessen, was wir hier diskutieren. Das sollte uns gemeinsam nachdenklich machen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schultheis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Markert.

(Ralf Witzel [FDP]: Jetzt kommt der Chefaufklärer! – Zurufe von der CDU – Unruhe)

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich noch einmal den Anlass für die Kleine Anfrage vom 24. Februar 2011 in Erinnerung rufen.

Im Zusammenhang mit den von der Bundesregierung, also von Herrn Röttgen und Frau Schavan, sowie dem Forschungszentrum in Jülich befürworteten 152 Atomtransporten von Jülich nach Ahaus, die wir gegen die Stimmen von CDU und FDP aus-

drücklich abgelehnt hatten, war uns aufgefallen, dass die von Jülich genannten Zahlen von 300.000 Brennelementekugeln in 152 Castorbehältern nicht stimmen konnten.

Wir haben uns vom Bundesamt für Strahlenschutz ausdrücklich noch einmal bestätigen lassen, dass in jeden Castorbehälter maximal 1.900 Kugeln passen. Selbst ein Jurist, der eigentlich nicht rechnen kann, kann diese einfache Rechenoperation durchführen. Diese einfache Rechenoperation ergab die Differenz von 11.200 Brennelementekugeln. Dieses offensichtliche Missverhältnis war der Anlass für die Kleine Anfrage. Die Erwartung: eine laxer Rundungspraxis bei den Verantwortlichen in Jülich. – Dies allein wäre angesichts des in Rede stehenden Materials schon unverantwortlich.

(Zuruf von der CDU: Skandal!)

Die Information, dass der Verbleib von 2.285 Brennelementekugeln abschließend nicht geklärt werden könne, stammt vom Parlamentarischen Staatssekretär von Frau Dr. Schavan, also von einem Ihrer Parteifreunde. Dass diese Kugeln möglicherweise gar in der Asse schwimmen würden, war in der Tat eine alarmierende Nachricht.

(Hendrik Wüst [CDU]: Das hat er nicht gesagt! – Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

– Lesen Sie doch einfach in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Oliver Krischer nach.

(Beifall von den GRÜNEN)

Tun Sie in Ihrer Empörungsmaschinerie doch nicht immer so.

(Zuruf von der CDU)

Inzwischen wird darauf hingewiesen, dass die hohe Zahl des Kugelbruchs die exakte Ermittlung der vorhandenen Brennelementekugeln erheblich erschwere. Der Kugelbruch ist übrigens das Argument gegen die Hochtemperatur-Kugelhaufenreakorteknologie, besser wohl die „Zu-Hochtemperatur-Kugelbruchreakorteknologie“. Übrigens war dieses Problem ebenso wie die Verschleierung anderer technischer Probleme und atomarer Unfälle im Forschungszentrum wie dem aus dem Jahre 1978, auf den wir nachher noch zurückkommen, spätestens seit 2008 durch den sogenannten Moormann-Report bekannt. Konsequenz der damaligen Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene: Fehl-anzeige.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich frage Sie: Wer war 2008 eigentlich Bundesforschungsministerin? – Frau Dr. Schavan! Wer war 2008 eigentlich Landeswissenschaftsminister? – Herr Prof. Dr. Pinkwart! Wer ist heute immer noch Bundesforschungsministerin und für den 90%igen Eigentumsanteil an Jülich verantwortlich? – Frau

Dr. Schavan! Insofern, Herr Papke und Herr Wüst: Hören Sie endlich auf, hier ein Spiel zu spielen!

(Lachen von CDU und FDP)

Was Sie machen, wenn Sie die heutige Landesregierung angehen, weil sie den atomaren Sumpf in Jülich trockenlegen will, die Nebelwand aus Verschleierung und Intransparenz lichten will, ist billig, niveaulos und angesichts Ihrer Verantwortung unangemessen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Jetzt spielt da aber jemand „Haltet den Dieb“!)

Inzwischen wissen wir: Das Forschungszentrum hat hier eindeutig falsche, zu niedrige Zahlen für den Kugelbruch angegeben. Ich darf hier Frau Ministerin Schulze aus der gestrigen Sondersitzung von Wissenschafts- und Wirtschaftsausschuss zitieren. Übrigens, Herr Papke: Ich war im Gegensatz zu Ihnen gestern Morgen und auch gestern Abend von Anfang an dabei und muss hier nicht aus der Presse zitieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Papke war gestern überhaupt nicht dabei!)

Ich zitiere Frau Schulze:

„Für den AVR-Reaktor wurden 359 Brennelementekugeln als maximal im Reaktor entstandener Bruch abgeschätzt. Dieser wurde noch während des Betriebs aus dem Reaktor ausgeschleust. Aus den Angaben des Berichts der AVR GmbH ergibt sich somit, dass insgesamt 2.048 Brennelementekugeln im Betrieb des AVR und für Forschungszwecke zerstört worden sein sollen. Diese Angaben deckten sich nicht mit den Angaben des Forschungszentrums Jülich.“

Genau zu diesem Ergebnis hat jetzt bereits die Anfrage bezüglich der Bilanzierung der Brennelementekugeln geführt. Denn bisher wurde der Kugelbruch vom Forschungszentrum immer mit insgesamt 215 Brennelementekugeln angegeben. Am 6. April lautet die Antwort der Bundesregierung in einer Fragestunde des Deutschen Bundestags gegenüber dem geschätzten Kollegen Oliver Krischer dann plötzlich, dass 359 Kugeln als Kugelbruch aus dem Reaktor entfernt und in Fässer einzementiert worden seien. Mehr noch:

Wenn es um die grundsätzliche Bilanz der Kugeln geht, können wir bereits sagen, dass wir von 160 bis 170 Kugeln nicht wissen, wo sie geblieben sind. Sollten sie im tiefliegenden Riss des zerbrochenen Bodenreflektors stecken, was eine nicht unwahrscheinliche Variante ist, wären sie definitiv als Kugelbruch anzusehen, was den Kugelbruch dann auch noch einmal auf gut 500 Kugeln erhöhen würde.

Damit wäre der Kugelbruch definitiv zu hoch für zukünftige Projekte, die unter anderem Herr Pinkwart auch in Zukunft betreiben wollte. Nur gut, dass er nicht mehr im Amt ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dass das Forschungszentrum und die Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor aktuell ankündigen, die Geschichte des AVR selber aufarbeiten zu wollen, kommt mir allerdings so vor, als würde man den Fuchs nach dem Verbleib der toten Hühner auf dem Hof fragen. Denn bereits in der Vergangenheit hat das Jülicher Kugelkorps bewiesen, dass bei der entscheidenden Frage des Kugelbruchs Verwirrung und Täuschung angesagt waren.

Jetzt noch ein Satz zur Asse: Wir gehen nicht davon aus, dass in der Asse Brennelementekugeln, Moderator-kugeln oder Kugelbruch aus Jülich **illegal** eingelagert wurden. Das, was dort aus Jülich lagert, wurde nach der damaligen Rechtslage als schwach- oder mittelradioaktiv deklariert und eingelagert. Wir gehen aber sehr wohl davon aus, dass in der Asse Material aus Jülich mit zum Teil sehr hohen Dosisraten lagert, das nach der heutigen Rechtslage dort nicht mehr eingelagert werden dürfte. Was legal ist, ist daher noch lange nicht legitim.

Auch würden heute keine Grafitkugeln, die immerhin problematische Kohlenstoff-14- und Strontium-90-Isotope aus dem Reaktorbetrieb enthalten, in Blechdosen in ein Lager gebracht werden, was nach dem Lieferbegleitschreiben eindeutig geschehen ist. Auch dies hat die Anfrage ans Tageslicht gefördert.

Ich fasse abschließend zusammen: Wir alle hier in diesem Parlament tragen die Verantwortung dafür – auch Sie! –, die geplante Weiterverbreitung einer Technologie in China, in Polen grundsätzlich zu verhindern, weil sie als unverantwortliche Hochsicherheitstechnologie nicht mehr zu verantworten ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Verbreitung von Unwahrheiten durch das Kugelkorps im Ausland, die Fragen des Kugelbruchs, die Aufarbeitung technischer Unzulänglichkeiten und Störfälle, die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung und die Geschichte der Einlagerung: Dies alles wird nun gründlich und lückenlos aufgeklärt und offengelegt werden. Sollte es dazu einer Kleinen Anfrage der Grünen bedurft haben, dann wäre in der Tat bereits jetzt etwas erreicht. Und Sie, meine Damen und Herren von der CDU und FDP, sollten Ihre künstlichen Aufregungen

(Widerspruch von der CDU und von der FDP)

endgültig einstellen und sich Ihrer eigenen Vergangenheit und Ihrer eigenen Verantwortung aus dieser Vergangenheit für diese Technologie stellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Sagel.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst können wir froh sein, dass nicht tatsächlich hochradioaktives Material verschwunden ist. Das sollte man zu dieser Situation auch einmal sagen.

Bezüglich dieser Fragestellung werden im Moment viele parteipolitische Süppchen gekocht. Aus meiner Sicht kann ich nur feststellen: Es ist viel zu früh, eine abschließende Bewertung abzugeben, weil immer wieder neue Fragestellungen auftauchen. Aber das so runterzukochen, wie das vonseiten der SPD und der Grünen hier versucht wird, geht natürlich auch nicht.

Es ist deutlich geworden, dass hier versucht wurde, einen Skandal zu inszenieren. Das Ganze ist dann als atompolitisches „Bömbchen“ gegen die, die ihn auslösen wollten, selbst hochgegangen. Das Problem liegt jetzt bei SPD und Grünen. Offensichtlich ist im Zahlenwirrwarr der Überblick verlorengegangen. Im Weiteren sind aber auch deutliche Widersprüche aufgetaucht. Die Verschwörungstheorie entpuppte sich nach der Kernschmelze, dem Super-GAU, ziemlich schnell als politischer GAU.

Ich habe mehrere Fragen. Eine Frage, die man heute sehr konkret in den Medien wiedergefunden hat, ist die nach den Widersprüchen, die zwischen dem Forschungszentrum Jülich auf der einen Seite und dem Wissenschaftsministerium auf der anderen Seite bestehen.

Das Forschungszentrum Jülich sagt nämlich, sie hätten alle Fragen rund um die Lagerung der Brennelementekugeln widerspruchsfrei beantwortet und sich mit der Landesregierung am 10. März auf die Beantwortung einer Anfrage eines Abgeordneten verständigt. Das war vor Fukushima.

Jetzt sagen Sie aber, die Antwort habe sich deutlich von dem Antwortentwurf unterschieden, was nachher veröffentlicht worden ist. Da stellt sich die Frage an das Ministerium und an die Landesregierung: Wie ist das zu erklären? Hat es jetzt diese Widersprüche gegeben oder nicht?

Noch gravierender aus meiner Sicht ist aber Folgendes: Das Wirtschaftsministerium hat erklärt:

Die Verbringung von hochradioaktivem Material aus dem AVR in die Asse ist in keiner von der Atomaufsicht des Landes erteilten Genehmigung enthalten. Da stellt sich die Frage: Wie konnte die Wissenschaftsministerin in der Beantwortung der Kleinen Anfrage dann die Äußerung tätigen, dass Brennelementekugeln allem Anschein nach aber auch zum

Beispiel in Entsorgungsbergwerken eingelagert worden seien? Es ist aus meiner Sicht ein ziemlicher Hammer, dass einerseits das Wirtschaftsministerium erklärt, das sei rechtlich überhaupt nicht zulässig, und dass andererseits in einer Beantwortung einer Kleinen Anfrage durch die Wissenschaftsministerin genau das Gegenteil angedeutet wird.

(Beifall von der LINKEN und von der FDP)

Deswegen sage ich: Es ist viel zu früh, zu einer abschließenden Bewertung zu kommen. Denn das sind eklatante Widersprüche, die überhaupt noch nicht geklärt sind. Wir als Linke erwarten entsprechende Antworten.

(Beifall von der LINKEN)

Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich nur feststellen: Weder wurde bei dem Thema eine entsprechende Sorgfalt an den Tag gelegt, noch wurden Interpretationsspielräume ausgeschlossen. Es ist aus meiner Sicht mindestens sehr fahrlässiges Handeln – ja, es wurde sogar billigend in Kauf genommen –, dass Teile der Anfrage offenblieben und dass angedeutet wurde, dass dort Atommüll – aus meiner Sicht: widerrechtlich – gelagert worden ist. Das ist meines Erachtens tatsächlich ein Skandal, der geklärt werden muss.

Ich sehe auf jeden Fall, dass es gravierende Kommunikationsprobleme gibt. Wenn man sich einmal durchliest, was vonseiten derjenigen, die die Diskussionen um diesen vermeintlichen Skandal in Gang gebracht haben, nun vorgebracht wird, dann sieht man, dass auch das ein ziemlich Hammer ist. Zum Beispiel hat der Kollege Markert gesagt, der skandalöse Vorgang müsse lückenlos aufgeklärt haben. Herr Kollege, was Sie dann aber heute hier gemacht haben, ist alles andere als lückenlose Aufklärung. Sie haben eine Verteidigungsrede gehalten – und nichts anderes.

(Beifall von der LINKEN, von der CDU und von der FDP)

Ich zitiere die Wissenschaftsministerin:

Der Vorfall zeigt: Atomkraft ist eine Risikotechnologie, die nicht kalkulierbar ist.

Natürlich! Das wissen wir aber schon lange. Deswegen sagt Die Linke auch schon die ganze Zeit, dass wir sofort aus der Atomtechnologie aussteigen müssen.

(Beifall von der LINKEN)

Aber die Widersprüche sind überhaupt nicht aufgeklärt. Von daher kann ich nur sagen: So, wie mit dieser Problematik hier bisher umgegangen wurde, kann man nicht von einer lückenlosen Aufklärung sprechen; es gibt eklatante Widersprüche, und die Sorgfalt wurde nicht eingehalten. Wir bestehen darauf, dass die Widersprüche tatsächlich aufgeklärt werden. Es kann nämlich nicht sein, dass auf der einen Seite das Wirtschaftsministerium die Aussage

macht, rechtlich sei das überhaupt nicht zulässig, und dass auf der anderen Seite die Wissenschaftsministerien in der Antwort auf eine Kleine Anfrage sagt, offenbar könne auch Atommüll in der Asse eingelagert worden sein. Diese Widersprüche müssen aufgeklärt werden.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Vorschusslorbeeren!)

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen und auch heute ist ja viel über den vorliegenden Antrag der FDP und den Fragenkatalog der CDU diskutiert worden.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Ministerin, normalerweise wird der Präsident am Anfang begrüßt.

(Beifall von der CDU)

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Oh, Entschuldigung! Ich grüße natürlich den Präsidenten und die Damen und Herren.

Es ist also viel diskutiert worden. Gestern und auch heute war ja auch eine ganze Menge Polemik zu hören. Ich finde, das ist dem Thema absolut nicht angemessen. Ich möchte dazu beitragen, die Debatte hier im Parlament zu versachlichen.

Wir – der Herr Kollege Wirtschaftsminister und ich – haben bereits gestern in einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses und des Wissenschaftsausschusses bis in den späten Abend hinein gemeinsam den Abgeordneten umfassend und detailliert Fragen beantwortet.

(Zurufe von der CDU: Nein! Leider nicht!)

Der von uns vorgetragene Bericht wurde Ihnen sofort schriftlich zur Verfügung gestellt. Sie sind nun umfangreich über jeden einzelnen Schritt der Beantwortung der Kleinen Anfrage informiert.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, die Sachlage ist sehr komplex. Vor diesem Hintergrund hat es in der öffentlichen Diskussion auch einige Missverständnisse und Unstimmigkeiten gegeben.

(Lachen von der CDU)

Deshalb möchte ich Ihnen – obwohl wir das gestern schon einmal getan haben – die wichtigen Grundinformationen noch einmal geben. Bei allen Überlegungen zur Nachverfolgung der Brennelementekugeln muss berücksichtigt werden, dass die Unterlagen über den Verbleib zum Teil über 40 Jahre alt sind und dass die Aufzeichnung bis 1982 nur handschriftlich erfolgte. Zudem muss man berücksichtigen, dass es bei Kugelhaufenreaktoren aufgrund der mechanischen Beanspruchung der Brennelementekugeln regelmäßig zu Kugelbruch im Kern des Reaktors kommt. Einige Kugeln wurden in Jülich zum Beispiel bei Nachuntersuchungen zerstört. Diese Bruchstücke wurden in Fässer einbetoniert und als mittelaktiver Abfall gelagert. Aus den Angaben über die Mengen radioaktiven Materials, das einbetoniert wurde, kann man nur sehr begrenzt auf die Zahl der Kugeln schließen, die diese Menge einmal enthalten haben.

Bei der Abfassung der Antwort auf die Kleine Anfrage im Wissenschaftsministerium haben wir widersprüchliche Zahlenangaben zum Verbleib der Kugeln gehabt. Eine reine Bilanzierung des nuklearen Inventars wäre aussagekräftiger gewesen. Aber danach ist nicht gefragt worden. Wir haben uns bemüht, auf die Fragen der Abgeordneten zu antworten.

(Christof Rasche [FDP]: Reine Trickserie!)

Das ist, finde ich, an diesem Punkt auch die Aufgabe einer Landesregierung.

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte hier noch einmal ganz deutlich festhalten: Die Menge des spaltbaren Materials, wie es in Jülich verwendet wurde, ist überprüfbar und nachvollziehbar. Es wurde zu keinem Zeitpunkt behauptet, es seien 2.285 Brennelementekugeln abhandengekommen. Es war das Bundesforschungsministerium von Frau Schavan, das mein Haus darauf hingewiesen hat, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Asse des Niedersächsischen Landtages die Projektgruppe Jülich eingesetzt hat, um unter anderem die Frage des Verbleibs und der Zusammensetzung des radioaktiven Abfalls des Forschungszentrums Jülich, der in die Asse verbracht wurde, zu klären.

(Minister Johannes Remmel: Hört, hört!)

Weil Sie nun mehrfach nach dem E-Mail-Verkehr mit dem Forschungszentrum Jülich gefragt haben, möchte ich – nachdem Ihnen der E-Mail-Verkehr offensichtlich vorliegt – auch dem Hohen Haus diesen E-Mail-Verkehr bekannt machen. Das Forschungszentrum Jülich hat am 9. März um 14:28 Uhr an den zuständigen Bearbeiter in meinem Ministerium geschrieben:

„... und ich haben die Anfrageantwort überarbeitet. Ich hoffe, der Text findet Ihr Gefallen. Mit der

Bitte um Rückmeldung verbleibe ich mit freundlichem Gruß.“

Daraufhin hat der Mitarbeiter im Haus noch einmal nachgefragt. Das Forschungszentrum Jülich hat dann am 10. März – also einen Tag später – um 10:18 Uhr Folgendes an das Ministerium geschrieben:

„Im Text zur Beantwortung der Anfrage habe ich die Anzahl der 1.988 nach untersuchten Brennelemente ‚nominal‘ genannt, da die genaue Anzahl nicht mehr nachvollziehbar ist. Dies ist aufgrund der ungenauen Anzahl der Kugeln aus Kugelbruchstücken gegeben. So kann man jedoch in der Beantwortung durch Summation auf eine konsistente Zahl kommen. Ich hoffe, Sie sind mit dieser Vorgehensweise zufrieden und einverstanden.“

Daraufhin haben wir weiter nachgefragt. Am 10. März um 10:43 Uhr erreichte uns eine Antwort aus dem Bundesforschungsministerium von Frau Schavan. Dort hat der Mitarbeiter erklärt:

„Im Moment sind wir dabei, mithilfe von Herrn Dr. X“

– ich nenne ihn nicht – aus der Projektgruppe Jülich

„den Verbleib der Gesamtzahl der eingesetzten Brennelemente zu klären, da die Angaben hierzu noch einige Unstimmigkeiten aufweisen.“

(Zurufe von der SPD: Aha! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn ihr da gewesen wärt, hättet ihr das auch schon mal gehört!)

Ich zitiere weiter:

„Um weiteren Zahlensalat und unnötige Nachfragen zu vermeiden, bitten wir um kurze informelle Abstimmung Ihrer Antwort auf die vorliegende Anfrage.“

Meine Damen und Herren, ich kann doch den Abgeordneten nicht ernsthaft Zahlensalat vorlegen, auf den mich das Bundesforschungsministerium hinweist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb haben wir in der Beantwortung der Kleinen Anfrage geschrieben:

„In der gebotenen Zuverlässigkeit können wir keine Aussagen über die Zahlen machen.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Nach Fukushima!)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wüst zulassen?

**Svenja Schulze,** Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Nein, ich will das im Zusammenhang darstellen.

(Zuruf von der SPD: Sie hätten gestern fragen können!)

Wir haben uns also in der Beantwortung der Kleinen Anfrage auf die Anregung aus dem Hause Schavan berufen. Wir als Landesregierung haben aber Anfang April eine interministerielle Arbeitsgruppe auf der Landesebene eingerichtet. Diese hat Anfang April das erste Mal getagt. Es wurden dort übrigens dieselben Fragen erörtert wie in dem Gespräch zwischen dem Bundesumweltministerium und dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, und es besteht Einigkeit mit dem Bundesumweltministerium, dass der Verbleibsnachweis überprüft und Ende Mai ein Bericht vorgelegt wird.

Sowohl die umfassende, in der gestrigen Sondersitzung von Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss vorgetragene Chronologie der Beantwortung der Kleinen Anfrage

(Zuruf von der SPD: Minutiös!)

als auch der Sachverhalt selber taugen überhaupt nicht zur Skandalisierung.

Diese Vorwürfe gegenüber der Landesregierung oder auch gegenüber meiner Person fallen auf diejenigen zurück, die sie hier erheben. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP: Och! – Zuruf von der SPD: Entschuldigen!)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Wirtz.

**Josef Wirtz (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin Schulze, in einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Sie haben von einer komplexen Angelegenheit gesprochen. Das ist aber genau ihr Problem. Da scheinen Sie überfordert zu sein.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Denn Ihre unbegründeten Aussagen über die angeblich verschwundenen Brennelementekugeln im Forschungszentrum Jülich haben nicht nur die Menschen im Jülicher Land verunsichert. Mehr noch: Bei großen Teilen der Bevölkerung wurde der Eindruck erweckt, dass das Forschungszentrum Jülich seinen Verpflichtungen nicht nachkommen würde und stattdessen schlampig gearbeitet wurde. Besseren Wissens solche Behauptungen aufzustellen, die jeglicher Grundlage entbehren, halte ich für einen Skandal.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Diese Vorgänge werfen die Frage nach der Seriosität Ihrer Amtsführung auf, Frau Ministerin.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD: Och!)

Inzwischen wissen wir alle, es ist gar nichts weggekommen. Nach wie vor befindet sich sämtliches spaltbares Material sicher bewacht in einem Zwischenlager in Jülich – und das nicht erst seit dem letzten Wochenende, schon seit Jahrzehnten.

(Zuruf: Nein!)

Sie, Frau Ministerin Schulze, haben in bewusster Inkaufnahme einer öffentlichen Verunsicherung einen falschen Alarm ausgelöst.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Hier drängt sich auch die Frage auf, welche Rolle der für die Atomaufsicht zuständige Wirtschaftsminister Voigtsberger gespielt hat. Herr Voigtsberger, von Ihnen haben wir bisher nur wenige konkrete Aussagen erhalten. Stattdessen tauchen Sie ab und ducken sich weg.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Gestern auch nicht zugehört!)

Es hätten Ihnen doch bekannt sein müssen, dass das Forschungszentrum den Gesamtbestand an Kernbrennstoffen, der in Jülich lagert, monatlich an Ihr Haus meldet. Umso unverständlicher ist es dann, dass das Wirtschaftsministerium, also Ihr Haus, die Antwort des Wissenschaftsministeriums gegenzeichnet. Egal, welche Motive Sie gehabt haben mögen, Herr Voigtsberger, Sie haben als Atomaufsicht krass versagt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Denn diese Aufsicht obliegt ganz allein Ihnen, Herr Minister. Bis vor wenigen Tagen war davon wenig zu spüren. Wahrscheinlich wäre bis heute noch nichts geschehen, wenn Mitarbeiter Ihres Hauses nicht Anfang April von Bundesumweltminister Norbert Röttgen einbestellt worden wären. Aus der Presse haben wir erfahren müssen, dass Ihr Haus erst aufgrund dieses Gesprächs aktiv geworden ist. Unmittelbar nach dieser Einbestellung fragte Ihre Fachabteilung beim Forschungszentrum Jülich nach und hat auf diesem Weg detaillierte Informationen bekommen. Einzig und allein Norbert Röttgen, meine Damen und Herren, hat hier konsequent gehandelt – besonnen und mit Verstand.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oi! Oi!)

Das kann man von der Landesregierung leider nicht behaupten. Sie, meine Damen und Herren, haben mit den Ängsten der Menschen gespielt. Sie haben versucht, die aktuelle Debatte über die Kernenergie für Ihr parteiliches Kalkül zu nutzen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Ministerin Schulze, ich fordere Sie im Namen der CDU-Landtagsfraktion auf, den kompletten

Schriftverkehr, den Sie mit dem Forschungszentrum Jülich hatten, offenzulegen.

(Ministerin Svenja Schulze: Den haben Sie doch! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Minutiös vorgetragen!)

– Wir haben ihn nicht; dazu komme ich noch. Wir haben ihn eben nicht aus Ihrem Ministerium. Aus Ihrem Ministerium liegen uns eindeutige Informationen vor, dass Sie den mit dem Forschungszentrum Jülich abgestimmten Entwurf nach der Katastrophe von Fukushima noch einmal verändert haben, um die politische Diskussion um die Kernenergie bewusst anzuheizen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Ministerin, sorgen Sie bitte für Klarheit und veröffentlichen Sie alle Vorgänge, die im Zusammenhang mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage stehen. Besonders interessiert uns der mit dem Forschungszentrum Jülich am 10. März abgestimmte Entwurf. Sie, Frau Ministerin, könnten das Forschungszentrum übrigens anweisen, diesen Bericht vorzulegen, dann hätten wir es schwarz auf weiß. Bis heute ist das noch nicht geschehen.

(Zuruf von der FDP: Warum eigentlich nicht?)

Die Menschen im Land haben mittlerweile durchschaut, dass Sie ganz normales Regierungshandeln nicht beherrschen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Genau das muss man Ihnen bei diesem hochsensiblen Thema vorwerfen.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Darüber hinaus haben Sie das größte Forschungszentrum Europas mit seinen über 4.600 Mitarbeitern in Verruf gebracht. Das ist wirklich beschämend, Frau Ministerin.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist beschämend, zumal einmal erwähnt werden sollte, dass das Land Nordrhein-Westfalen Anteilseigner ist und infolge dessen auch eine gewisse Fürsorgepflicht für die dort Beschäftigten hat.

(Zustimmung von der CDU)

Dieser Vorgang, meine Damen und Herren, führt uns allen vor Augen, dass Teile des Kabinetts maßlos überfordert sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Für Frau Kraft ist es nun an der Zeit, ihre Personalien im Kabinett zu überdenken.

(Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Hat sie schon!)

Die Ministerpräsidentin sollte die nötigen Konsequenzen aus diesem Chaos ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Wirtz. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Eiskirch das Wort.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Wirtz, das Prinzip dieses Hauses ist Rede und Gegenrede. Wenn man Gegenrede macht, dann muss man in der Lage sein, sich nicht sklavisch an sein Redemanuskript zu halten, sondern mitzubekommen, was vorher diskutiert worden ist. Insofern macht es gar keinen Sinn, die alten Aufgüsse von Herrn Wüst noch einmal vorzutragen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin Schulze hat, meine ich, in sehr großer Klarheit deutlich gemacht,

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Nein!)

wie die Abläufe waren und dass es nun wahrlich keinen Skandal gibt, zumindest keinen Skandal bezüglich der Beantwortung einer Kleinen Anfrage oder vonseiten der Landesregierung. Wie die Situation in Asse ist, ist eine ganz andere Frage. Sie versuchen, etwas zu skandalisieren, wo kein Skandal ist.

Damit wir einfach einmal ein bisschen die Größenordnung für ein solches Theater richtig einordnen können: Wissen Sie, ein Skandal ist dann gegeben, wenn sich Hoteliers von Ihnen diskreditiert fühlen,

(Unruhe von der CDU und von der FDP – Armin Laschet [CDU]: Ach du Scheiße!)

indem Sie deren Spenden hinterher über Steuererleichterungen diskreditieren.

(Beifall von der SPD)

Ein Skandal ist, Kolleginnen und Kollegen, dass Helmut Kohl weiterhin auf CDU-Parteitag auftritt anstatt in Beugehaft über die Spendernamen zu reden. Das sind Skandale; das, was in Asse passiert, vielleicht auch. Aber das, was hier passiert ist, hat nichts Skandalöses.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Unruhe von der CDU und von der FDP)

Bei einem solchen Thema sollte man mit Ihrer Vergangenheit rund um das Thema Atompolitik mit ein bisschen mehr Demut reagieren als mit einer solchen Aufgeregtheit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie sind die Partei, die sich unter Führung von Frau Bundeskanzlerin Merkel gerade daran macht, den



vierten Ausstieg, nämlich den Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernkraft, zu organisieren. Das ist schäbig, sich an anderer Stelle so hinzustellen, wie Sie das heute getan haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Eiskirch, möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen?

**Thomas Eiskirch (SPD):** Nein, das möchte ich nicht.

Ich will Ihnen deutlich sagen, Kollege Papke: Sie haben sich vorhin aufgeplustert bis hin zu Anschuldigungen an Frau Ministerin Schulze, die darin mündeten, dass Sie sagten, wenn sich das so bewahrheiten sollte, dann müsse sie zurücktreten,

(Beifall von der CDU und von der FDP – Armin Laschet [CDU]: Recht hat er!)

während Frau Ministerin Schulze gerade sehr nachdrücklich deutlich machen konnte, wie die Abläufe waren,

(Zuruf von der CDU: Nein!)

und sogar aus dem Bundesforschungsministerium, von Frau Schavan, deutlich gemacht wurde, ein solches Zahlenchaos könne man sozusagen nicht als Endpunkt einer Diskussion werten, insofern müsse es neu untersucht werden. Sie hat das sehr klar deutlich gemacht.

Herr Kollege Papke, bei den Maßstäben, die Sie gerade versucht haben anzulegen, erwarte ich gleich eine persönliche Erklärung von Ihnen, in der Sie sich bei Frau Ministerin Schulze für die Anschuldigungen von heute Morgen entschuldigen. Es ist unerhört, was Sie hier heute vorgebracht haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von der FDP)

Solange Sie weiterhin so auftreten, wie Sie das tun, sind Sie nicht nur der Mühlstein am Hals von Herrn Bahr, sondern ein wirklicher Punkt, wie eine Erneuerung der FDP in Nordrhein-Westfalen nicht vorstattengehen kann. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU und von der FDP)

Ich kann Ihnen nur sagen: Versuchen Sie endlich, Sachlichkeit in diesen Punkt zu bringen.

(Lachen von der FDP)

Der Prozess ist bereits eingeleitet. Wir alle möchten eine noch größere Klarheit über das, was in Jülich mit den Brennelementen passiert ist, wo sie sind und, noch wichtiger, wie es mit dem strahlenden

Material aussieht. Und wir alle wollen auch wissen – aber das können wir nicht hier klären, sondern der Untersuchungsausschuss des Niedersächsischen Landtags –, was in der Asse passiert ist. Kollege Markert hat gerade einige Dinge sehr richtig beschrieben. Ein wirklicher Skandal ist es, wie in den frühen 70er- und 80er-Jahren mit den Themen Atomkraft und Atommüllentsorgung umgegangen wurde – aus der Sicht der Zeit vielleicht nachvollziehbar, aus heutiger Sicht höchst alarmierend. Deswegen muss man sich dieser Frage inhaltlich stellen

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da hat die SPD reagiert!)

und nicht versuchen, Skandale heraufzubeschwören, wo keine sind. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Papke noch einmal das Wort.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Kollege Eiskirch, das, was Sie vorgetragen haben, war wirklich an Peinlichkeit nicht zu überbieten.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen. Das will ich nicht weiter kommentieren. Es zeigt aber, wie hilflos Sie in dieser Debatte sind,

(Beifall von der FDP)

dass Sie nichts anderes zu bieten haben als persönliche Angriffe auf die Opposition.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Gordan Dudas [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Frau Ministerin Schulze, ich halte noch einmal ausdrücklich fest: Sie haben nicht die Aussagen des Forschungszentrums Jülich widerlegt, dass es vor Fukushima eine fachlich-inhaltlich abgestimmte Antwort mit Ihrem Haus gegeben hat, die Sie nach Fukushima aus dem Verkehr gezogen haben. Das haben Sie nicht widerlegt, Frau Ministerin Schulze.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich sage noch einmal: Wir werden dem weiter nachgehen. Wenn die Aussagen des Forschungszentrums Jülich, die heute wörtlich zitiert werden, richtig sind und Sie das nicht widerlegen können, dann – das sage ich noch einmal in aller Klarheit – werden Sie nicht Mitglied der Landesregierung bleiben können. Glauben Sie nicht, dass die Debatte mit der heutigen Behandlung im Plenum beendet ist.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Sie achten bitte auf die Redezeit, die bereits überschritten ist.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Glauben Sie das nicht! – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von der SPD: Anmaßend!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke, Herr Kollege Dr. Papke. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Kollege Aggelidis das Wort.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bei manchen Äußerungen hier habe ich das Gefühl, dass die Strahlen von Fukushima schon erste Auswirkungen zeigen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Informationschaos um den Verbleib der 2.285 hoch radioaktiven Brennelemente ist ein erschreckender Vorgang. Wir Linken haben uns den Antrag der FDP genau angesehen. Niemand kann gegen lückenlose Aufklärung und vollständige Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit sein. Das fordert die FDP im ersten Punkt zu Recht.

Im zweiten Punkt fordert die FDP – ich zitiere –, „die notwendigen Konsequenzen aus dem Kommunikationsdesaster zu ziehen“. Die FDP sagt uns aber nicht, welche Konsequenzen wir daraus ziehen sollen.

Ich sage Ihnen, welche Konsequenzen sich aufdrängen: Gerade wenn es um derart gefährliche Materialien geht, dass der Umgang mit ihnen über Wohl und Wehe der Bevölkerung entscheidet, muss sehr viel mehr öffentliche Kontrolle her. Es ist ein Aberglaube, dass kleine Stäbe von Ministerien und kleine Stäbe von Spezialisten und Sicherheitspersonal immer alles verlässlich richten. Nein, die betroffene Bevölkerung, die Beschäftigten und die Umweltschutzbewegung müssen in den entsprechenden Aufsichtsgremien mit dem Auftrag vertreten sein, die Öffentlichkeit über jedes auftretende Problem zu unterrichten.

(Beifall von der LINKEN)

Nur so kann die geforderte Transparenz hergestellt werden. Die Verantwortlichen von Unternehmen, die mit derart gefährlichen Stoffen umgehen, müssen demokratisch kontrolliert werden. Das ist etwas anderes, als zu beklagen, das Forschungszentrum Jülich sei durch verwirrende Mutmaßungen in Verfall gebracht worden, wie es die FDP im dritten und letzten Punkt ihres Antrags macht. Der Ruf des Atomforschungszentrums Jülich samt der dahinter stehenden Politik des Atomfilzes ist ohnehin ruiniert.

Zwischen 1967 und 1988 wurden fast 300.000 tennisballgroße mit Uran und Plutonium gefüllte Graphitkeramikugeln als Alternative zu klassischen Brennstäben erprobt. Erst nach über 20 Jahren Herumexperimentierens stellt man fest, dass die Sicherheitsrisiken bei dieser Technik zu groß geworden sind. Der sinnlos entstandene atomare Müll steckt in Castorbehältern und wird in Jülich zwischengelagert. Ein sicheres Endlager gibt es nicht. Das Informationschaos um den Verbleib von über 2.000 Brennelementen wirft ein weiteres grelles Licht auf den Wahnsinn der Atomenergie. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben bereits gestern bis spät in die Nacht sehr umfangreich in den Ausschüssen vorgetragen und auch diskutiert. Ich möchte das heute noch einmal vertiefen. Vielleicht kann sich das ein oder andere in der weiteren Debatte dann auch etwas sachlicher ergeben.

Meine Damen und Herren, Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für die Errichtung, den Betrieb und die Stilllegung des AVR-Versuchsreaktors war und ist die meinem Ministerium zugeordnete Atomaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen. Bei der Erteilung der atomrechtlichen Genehmigungen für den AVR ist jeweils sorgfältig geprüft worden, ob die ordnungsgemäße Entsorgung der radioaktiven Abfälle gewährleistet war. Insbesondere bei der Stilllegung des Reaktors und der Entladung des Reaktorbehälters zur Herstellung des sogenannten sicheren Einschlusses war die Entsorgungsfrage ein Prüfungsschwerpunkt im Genehmigungsverfahren.

Besondere Entsorgungsfragen ergaben sich daraus, dass im AVR-Versuchsreaktor als Kernbrennstoff kugelförmige keramische Brennelemente eingesetzt worden waren. Der weit überwiegende Teil dieser Brennelementkugeln, nämlich 288.161 intakte Kugeln, ist in 152 Castorbehältern im AVR-Behälterlager des Forschungszentrums Jülich zwischengelagert, das vom Wirtschaftsministerium beaufsichtigt wird.

Die heutige Diskussion betrifft vor allem den Teil der Brennelementkugeln, der vom AVR zu Forschungszwecken an das Forschungszentrum Jülich abgegeben worden ist. Diese Brennelementkugeln sind überwiegend bei oder auch nach den Untersuchungen zerstört worden und nur noch als Kugelbruch vorhanden. Dieser ist in 200-l-Fässern einzementiert worden, die sich in dem für mittelaktive radioak-

tive Abfälle bestimmten Teil des Abfalllagers des Forschungszentrums Jülich befinden.

Für die einzementierten radioaktiven Abfälle können präzise Angaben nur zu den Mengen spaltbaren Materials gemacht werden. Auf die Anzahl der Brennelemente kann von diesen Mengenangaben nur sehr begrenzt zurückgeschlossen werden. Zum einen ist bei der Einzementierung nicht nach der Herkunft der radioaktiven Abfälle unterschieden worden. In den Fässern kann also Kugelbruch aus dem AVR und radioaktiver Abfall aus den anderen Betriebsbereichen des Forschungszentrums enthalten sein. Zum anderen sind während der Betriebszeit des AVR Brennelementkugeln mit unterschiedlichen Mengen an spaltbarem Material eingesetzt worden.

Die notwendige Unterscheidung zwischen der Zahl der Brennelementkugeln und der Menge des spaltbaren Materials ist in der Vergangenheit nicht immer klar vorgenommen worden. Dies hat auch in der Diskussion der letzten Wochen zu Missverständnissen geführt.

Meine Damen und Herren, für die Atomaufsicht des Landes ist entscheidend, dass keine Mengen spaltbaren Materials fehlen. Noch einmal ganz ausdrücklich: Es fehlen keine Mengen spaltbaren Materials.

(Dietmar Brockes [FDP]: Steht das nicht in der Antwort?)

Hierfür gibt es keine Hinweise; insbesondere ergibt die regelmäßige Überprüfung der Materialbuchführung und Materialbilanzierung durch Euratom keine Unregelmäßigkeiten.

Meine Damen und Herren, wir wollen den Sachverhalt nach dieser Diskussion umfassend aufklären. In einem bundesaufsichtlichen Gespräch mit dem Bundesumweltministerium am 5. April haben wir daher vereinbart, dass die Angaben des Forschungszentrums über den Nachweis des Verbleibs des Kernmaterials und in diesem Zusammenhang der Verbleib der Brennelementkugeln in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Köln geprüft werden sollen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister Voigtsberger, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Brockes würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Ich möchte meine Ausführungen abschließen. Wir können es vielleicht am Ende machen. – Nach einer Zwischenfrage ist es immer schwierig, fortzufahren.

Nochmals – ich glaube, das sind ganz wichtige Zusammenhänge –: Beim bundesaufsichtlichen Gespräch mit dem Bundesumweltministerium haben

wir vereinbart: Wir wollen das Ganze noch einmal nacharbeiten und entsprechend prüfen.

Die Prüfungen, meine Damen und Herren, sind am Dienstag dieser Woche, also am 12. April, vor Ort aufgenommen worden. Hierbei wird über die Mitteilungen an Euratom hinaus auch Einsicht in sonstige Betriebsdokumentationen genommen. Ferner soll nochmals geprüft werden, ob doch noch Rückschlüsse von den Mengen spaltbaren Materials auf die Zahl der Brennelemente möglich sind oder ob dies nicht möglich ist.

In dem Ziel lückenloser Aufklärung und vollständiger Transparenz stimmen wir also mit dem Begehren des vorliegenden Antrags überein. Wie die eingehende Darstellung in der gestrigen Sondersitzung des Wirtschafts- und des Wissenschaftsausschusses deutlich gemacht hat, hält sich die Landesregierung gerade bei so einem sensiblen Vorgang wie der atomaren Entsorgung an dieses Ziel der – ich wiederhole es – transparenten und vollständigen Aufklärung.

Lassen Sie mich aber noch eine Aussage zu Ihren Ausführungen, Herr Dr. Papke, machen.

Dass mich die Beantwortung der Anfrage nicht erreicht hat, war falsch – eindeutig. Wir haben Ihnen auf Ihre Anfrage hin die Information zum Ablauf zugestellt. Die Beantwortung innerhalb der Energieabteilung auf Referats-, Gruppen- und Abteilungsleitersebene ist mitgezeichnet worden. Das haben wir Ihnen vorgelegt. Da die Fachabteilung keine Bedenken angemeldet hat, ist die Mitzeichnung der Kleinen Anfrage der Leitungsebene nicht vorgelegt worden.

Ich sage: Das entspricht dem üblichen Verfahren im Haus, und zwar schon vor meiner Zeit. Aber ich sage Ihnen auch: Dieses Verfahren wird jetzt geändert. Es ist eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt. Wir werden diese Prozesse überarbeiten. Ich denke, so etwas wird in Zukunft nicht mehr der Fall sein.

Deswegen möchte ich, Herr Dr. Papke – ich wende mich noch einmal an Sie –, sagen: Für Verdächtigungen irgendeiner Art gibt es eigentlich keinen Raum. Wenn Sie diese trotzdem äußern, halte ich das für unanständig und für infam und weise sie zurück.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Schmeltzer das Wort.

(Bodo Löttgen [CDU]: Aha! Der „Kern-Schmeltzer“!)

**Rainer Schmeltzer (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, zum Kern komme

ich jetzt noch einmal. Denn das haben Sie bis heute noch nicht begriffen.

(Lachen von der CDU und von der FDP)

Der in Sitzungen abwesende und auch keine Protokolle lesende „Kamerapolitiker“ Papke, der an Ausschusssitzungen nicht komplett teilnimmt, der die Presse fehlerhaft und hetzerisch informiert, sorgt hier für einen Populismus und lässt die Tatsache nicht an sich heran,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

dass es eine minutiöse, detaillierte, transparente Aufklärung beider Minister gegeben hat, die Sie anscheinend inhaltlich nicht nachvollziehen können. Denn Sie sind es aus den Zeiten Ihrer Regierung her nicht gewohnt, dass man so minutiös und detailliert aufklärt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Unruhe)

Das ist Ihr Fehler. Deswegen können Sie diese Politik auch nicht nachvollziehen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von der CDU und von der FDP – Lutz Lienenkämper [CDU]: Lauter!)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, auch wenn ein Herr Wüst, ein Herr Papke oder ein Herr Wirtz, egal, wie sie alle heißen, immer wieder von verschwundenen Kugeln sprechen – es ist mehrfach widerlegt worden, und diese Unterstellung wird nicht dadurch richtiger, dass Sie hier immer wieder nachhaltig die Unwahrheit sagen.

Wenn das Bundesministerium für Bildung und Forschung von „Zahlensalat“ spricht – Frau Ministerin Schulze hat dies deutlich gemacht –, dann zeigt das ganz klar, dass dort die Sache gestoppt wurde, die Jülich auf den Weg gebracht hat.

(Lachen von der CDU)

Seit dem 22. März, seitdem die Antwort in Jülich vorliegt, hat Jülich nicht reagiert. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, ob es nicht vielmehr in Jülich Kommunikationsprobleme gibt und nicht hier.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Machen Sie sich keine Sorgen über die Personalien innerhalb dieses Kabinetts von Frau Kraft! Die Frage wurde gestellt und die Frage ist beantwortet. Die Personalien finden Sie in diesem Kabinett wieder, und das wird auch so bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke, Herr Kollege Schmeltzer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Beratung zum Tagesordnungspunkt 1.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Fraktion Die Linke zu Abschnitt II des Antrags Drucksache 15/1689 getrennte Abstimmung beantragt hat. Sie wünscht Einzelabstimmung über jeden der drei Spiegelpunkte. – Das werden wir so machen.

Ich bitte jetzt alle Kolleginnen und Kollegen, sich auf ihre Plätze zu begeben. Die Mitarbeiter mögen bitte die Abgeordnetenreihen verlassen, damit wir den Überblick behalten können. – Vielen Dank.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den ersten Spiegelstrich des **Antrags Drucksache 15/1689** abstimmen. Es heißt dort: „den Verbleib der Brennelementekugeln lückenlos aufzuklären und vollständige Transparenz über die Vorgänge gegenüber der Öffentlichkeit und dem Landtag herzustellen“. Wer diesem Spiegelpunkt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linke. – Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Möchte jemand dagegen stimmen? – Damit ist der **erste Spiegelpunkt von Abschnitt II** einstimmig **angenommen**.

Ich komme zur Abstimmung über den zweiten Spiegelpunkt. Er lautet: „die notwendigen Konsequenzen aus dem Kommunikationsdesaster zu ziehen“. Wer diesem Punkt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh! – Unruhe)

Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **zweite Spiegelpunkt abgelehnt**.

Ich komme zur Abstimmung über den dritten Spiegelpunkt, der lautet: „das Forschungszentrum Jülich nicht weiter durch verwirrende Mutmaßungen in Verruf zu bringen“. Wer diesem Spiegelpunkt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh!)

Das sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Möchte sich jemand enthalten?

(Einige Abgeordnete der CDU und der FDP erheben sich von ihren Plätzen, um den Plenarsaal zu verlassen.)

– Darf ich die Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP darauf aufmerksam machen, dass wir uns immer noch im Abstimmungsverfahren befinden und es auch in ihrem Interesse liegt, dass wir hier ein ordentliches Verfahren über die Bühne bringen? – Damit stelle ich fest, dass der **dritte Spiegelpunkt abgelehnt** worden ist.

Ich komme zur Gesamtabstimmung über den **Antrag Drucksache 15/1689**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe von der CDU: Hey!)

Das sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesamtantrag **abgelehnt**.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 1 und rufe auf:

## **2 Die Lehren aus Fukushima ziehen – Sicherheitsstandards überprüfen – Den endgültigen Atomausstieg in Nordrhein-Westfalen umsetzen**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1687

Ich eröffne die Beratung und erteile als Erstem für die antragstellenden Fraktionen Herrn Kollegen Schmelzer das Wort.

**Rainer Schmelzer (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir kommen jetzt von einem unsäglichen parlamentarischen Schauspiel – wer wusste wann was von wem worüber und besetzt damit die populistischen Schlagzeilen in den Medien? – zu den atompolitischen Themen, die die Menschen im Land Nordrhein-Westfalen wirklich interessieren.

Immer wieder fragen die Menschen: Was können wir für den Ausstieg aus der Atomenergie tun, damit sich so etwas wie in diesen Tagen in Fukushima oder vor 25 Jahren in Tschernobyl oder in Harrisburg nicht wiederholen kann? Unser Ziel ist natürlich der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergie und das entscheidende Vorantreiben der Alternativen.

Den Beitrag, den die Landesregierung zur verantwortungsvollen Energieversorgung leisten kann, ist diese angegangen. In Nordrhein-Westfalen als bedeutendster Energie- und Industrieregion Deutschlands wurde mit der Stilllegung des Kernkraftwerks Würgassen im Jahre 1994 die Kernenergienutzung zur kommerziellen Stromerzeugung beendet. Bereits zuvor wurde der THTR in Hamm-Uentrop aus Sicherheitsgründen 1988 vorläufig und 1989 endgültig stillgelegt.

Seit der Stilllegung des Hochtemperaturreaktors hat es übrigens immer wieder Versuche gegeben, diese Atomtechnologie zu rehabilitieren, die mit Brennelementekugeln statt mit Brennstäben arbeitet.

Auch hier im Landtag haben diese Rehabilitierungsversuche wiederholt stattgefunden.

Ein Beispiel: CDU und FDP legten in ihrem Bericht der Enquetekommission zu den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen folgenden bemerkenswerten Vorschlag vor – ich zitiere –:

„Insbesondere die Wiederaufnahme und Verstärkung der Forschungsbemühungen beim HTR, für den deutsche Wissenschaftler schon wesentliche Grundlagen erarbeitet haben, böte einen kostengünstigen Weg, risikoarm und CO<sub>2</sub>-frei Wasserstoff ... zur Verfügung zu stellen ...“

CDU und FDP waren sich darüber bewusst, dass dies gesetzlich absolut unzulässig war. Deshalb schrieben sie weiter:

„Hierfür ist es allerdings auch erforderlich, dass die gesetzlichen Grundlagen für eine solche Forschung und Entwicklung geschaffen werden, vor allem dass deutschen Wissenschaftlern die Mitarbeit an internationalen Projekten ermöglicht wird.“

Vielleicht ist dies auch der Grund für das Geschrei der Opposition zur Beantwortung einer Kleinen Anfrage zu Jülich. Schließlich haben CDU und FDP sich in der letzten Legislaturperiode maßgeblich für die Rehabilitation dieser mit Brennelementekugeln hantierenden Hochtemperaturreaktoren eingesetzt. Das gehört zur Wahrheit dazu – wie auch zur Wahrheit gehört, dass die damalige Ministerin Thoben und der damalige Minister Pinkwart es waren, die bis zum Schluss ihrer Zeit nicht nur für die Hochtemperaturtechnik warben, sondern diese Technik auch nachhaltig forcierten.

Aber auch ohne Rückkehr zur HTR-Technologie und selbst dann, wenn die Bundesregierung zum Ausstiegskonzept aus der Zeit der rot-grün geführten Bundesregierung zurückkehrt und der Ausstieg vielleicht sogar noch etwas beschleunigt wird, werden die Risiken der Atomenergie und die Endlagerung des Atommülls, um nur zwei Bereiche zu nennen, uns alle und die Generationen nach uns noch weiter beschäftigen.

Trotzdem müssen wir die Konsequenzen ziehen, die unmittelbar unsere politische Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in unserem Lande Nordrhein-Westfalen betreffen.

SPD und Grüne haben von Beginn an die Atomkraft aus vielen Gründen als unverantwortliche Form der Energieerzeugung abgelehnt. Wir steigen aber nicht nur aus; wir steigen auch ein. In der laufenden Legislaturperiode haben SPD und Grüne mit dem Gemeindewirtschaftsrecht die Stadtwerke gestärkt. Damit fördern wir den Wettbewerb in der Energiewirtschaft. Zudem haben wir den Ausbau der Kraft-

Wärme-Kopplung und Planungen für effizientere Kraftwerke sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Windkrafteinsatz in Angriff genommen.

Gleichwohl sind die Risiken aus der Atomwirtschaft in Nordrhein-Westfalen noch längst nicht in dem notwendigen Maße gebannt. Auf dem Gronauer Gelände der Urananreicherungsanlage der Firma Urenco lagern unter freiem Himmel mehrere Tausend Tonnen abgereichertes Uran und Natururan in Fässern. Urenco hat gegenüber der WDR Lokalzeit Münsterland am 17. März 2011 öffentlich eingeräumt, dass diese Fässer nicht gegen einen Flugzeugabsturz, einen Kerosinbrand oder Ähnliches abgesichert sind. Schwere Schäden für die Bevölkerung könnten in diesen Fällen nicht ausgeschlossen werden.

Es ist gut und richtig, dass das Wirtschaftsministerium, das als Atomaufsichtsbehörde für die Sicherheit der atomaren Anlage in Gronau zuständig ist, nun nicht mehr auf die nächste fällige Überprüfung im Jahre 2012 wartet, sondern diese auf Initiative des Ministers Voigtsberger auf 2011 vorzieht. Richtig ist auch, dass der Wirtschaftsminister eine Stellungnahme der Betreiberfirma Urenco zur aktuellen Sicherheitssituation fordert.

Was aber passiert, wenn wir in dieser Diskussion in Nordrhein-Westfalen zu der Auffassung gelangen, dass die Risiken nicht länger tragbar sind? Dann besteht für das Land Nordrhein-Westfalen keine rechtliche oder politische Handhabe für den Ausstieg, weil die Urananreicherung und die Genehmigung der Urananreicherungsanlage Bundessache ist. Notwendig ist also eine Novelle des Atomgesetzes auf Bundesebene. Für diese Novellierung soll die Landesregierung eine Initiative ergreifen.

Im Übrigen erinnere ich daran, dass der Bundesrat heute den Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes und zu einer beschleunigten Stilllegung von Atomkraftwerken diskutiert. Da können CDU und FDP schon heute erstmalig öffentlich und ehrlich beweisen, ob sie es mit den populistischen Äußerungen zum Ausstieg ernst nehmen. Ich zweifle daran, lesen wir doch heute noch im „Handelsblatt“, dass selbst drei Viertel der FDP-Wähler nicht an diese Ausstiegsszenarien der FDP glauben.

Um die Urananreicherungsanlage in Gronau zu versorgen, rollen jedes Jahr Tausende Tonnen radioaktives Uranhexafluorid ins Münsterland. Das Material reagiert, wie wir wissen, beim Kontakt mit Luftfeuchtigkeit zu hochgiftiger und ätzender Flusssäure. Trotzdem rollen die Transportzüge mitten durch die Bahnhöfe von Köln, des Ruhrgebietes und von Münster. In den betroffenen Städten wächst nicht ohne Grund die Sorge um die Sicherheit dieser Atomtransporte.

Am 31. März hat zum Beispiel der Rat der Stadt Dortmund eine Resolution beschlossen, in der der Rat die Landesregierung NRW darum bittet, schnellstmöglich ein Moratorium für Atomtransporte in NRW zu erlassen. Im Übrigen geht es um ein Moratorium, das im Gegensatz zu anderen Moratorien, die zurzeit diskutiert werden, rechtlich zulässig wäre.

In dem Antrag wird die Landesregierung außerdem gebeten, unabhängige Sachverständige zu beauftragen, die Probleme und Störfälle des Atomversuchsreaktors in Jülich zu untersuchen. Wer den Koalitionsvertrag von SPD und Grünen vom Juli 2010 gelesen hat, dem wird dieser Punkt bekannt vorkommen.

Es scheint jetzt genau der richtige Zeitpunkt gekommen zu sein. Anfang dieser Woche haben die Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH (AVR) und das Forschungszentrum Jülich eine Arbeitsgruppe zur AVR-Sicherheit gegründet, die die Betriebsgeschichte des 1988 stillgelegten AVR-Reaktors aufarbeiten soll. Die anstehende Überprüfung der kerntechnischen Anlagen in Deutschland nehmen sie zum Anlass, um am Standort Jülich die Betriebsgeschichte des AVR-Reaktors durch unabhängige Experten beleuchten zu lassen. Die Expertengruppe wird sich auch mit dem Störfall von 1978 befassen. Damals war nach einem Defekt an einem Dampferzeuger radioaktives Wasser ins Erdreich unter dem Reaktor eingedrungen.

Das alles deutet darauf hin, dass die Notwendigkeit der Aufarbeitung inzwischen offensichtlich nicht allein von SPD und Grünen im Landtag, sondern von mehreren Seiten so gesehen wird. Das deutet außerdem darauf hin, dass der vorliegende Antrag ein richtiger Antrag zum richtigen Zeitpunkt ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Markert.

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bis vor einigen Jahren hieß es immer, schwerwiegende Atomunfälle wären ein Restrisiko, das sich allenfalls etwa alle 25.000 Jahre realisieren würde. Tschernobyl, vorher Harrisburg, jetzt Fukushima: Ich bin 42 Jahre alt, müsste danach aber jetzt schon 75.000 Jahre alt sein.

(Zuruf: Sie haben graue Haare!)

– Ich habe graue Haare, ja, aber ansonsten habe ich mich, glaube ich, ganz gut gehalten.

Fukushima ist insofern eine erneute Zäsur. Es ist kein Grund für Arroganz. Ich gestehe es ausdrücklich auch anderen zu, dass sie ihre Position über-

denken können. Die Debatte jedoch führen wir als Grüne schon seit 30 Jahren. Jetzt schaffen wir es hoffentlich auch, diesen Spuk endgültig zu beenden.

NRW hat kein AKW mehr, aber an verschiedenen Standorten alles, was die atomare Brennstoffkette ausmacht. Denken Sie an die Urananreicherung in Gronau, denken Sie an Ahaus mit dem Zwischenlager, denken Sie an die Konditionierungsanlage in Duisburg, an die Castorbehälterproduktionsstätte in Krefeld und eben – zumindest historisch – an die Kernforschungsanlage in Jülich.

Gemeinsam halten SPD und Grüne die Atomtechnologie für nicht beherrschbar und deswegen für politisch nicht verantwortbar.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aus diesem Grunde haben diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen ihre Politik darauf ausgerichtet, endgültig das atomare Abenteuer in NRW zu beenden. Das unterscheidet uns in der Tat von der Vorgängerregierung unter der Führung des Forschungsministers Pinkwart in dieser Frage.

Mit dem Gemeindewirtschaftsrecht haben wir die Stadtwerke gestärkt, und wir fördern den Wettbewerb der Energiewirtschaft. Zudem haben wir den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung – im Übrigen eine hocheffiziente Technologie – und Planungen für effizientere Kraftwerke in Angriff genommen. Mit einem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und mit der hocheffizienten Kraft-Wärme-Koppelungs-Technologie ist ein Ausstieg auch relativ kurzfristig machbar. Aktuelle Studien von Greenpeace unterstützen uns in dieser Ansicht ja auch.

Ich will erinnern an die Bundesratsinitiativen – mein Vorredner hat das eben auch schon angesprochen – beispielsweise zur Laufzeitverlängerung. Auch unsere Atomtransportbeschlüsse zu Majak oder zu Jülich unterstreichen eindeutig, welchen Kurs wir hierzu eingeschlagen haben.

Mit dem vorliegenden Antrag möchten wir nun die Grundlagen für den Ausstieg aus der Urananreicherung in Deutschland legen. Das geht nur bundesgesetzlich. Deswegen wollen wir eine Bundesratsinitiative in Angriff nehmen.

Lieber Kollege Sagel, es gibt Spekulationen darüber, ob man mit dem Genehmigungsrecht in dieser Frage allein weiterkäme. Ich muss dazu sagen: Eine Landesregierung, die allein mit dem Genehmigungsrecht eine solche Anlage stilllegen wollte – das hat ja bei der Wiederaufbereitung auch nicht geklappt –, würde sich massiven Schadensersatzforderungen ausgesetzt sehen. Deswegen ist die bundesgesetzliche Regelung der einzig richtige und zielführende Weg.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

– Herr Trittin steht nicht hier in Nordrhein-Westfalen. Das müssen Sie dann auch zur Kenntnis nehmen.

Hören Sie einfach auf. Sie haben gerade herumgeeiert. Sie hatten gerade fast so etwas wie eine Greifswald-Koalition vor.

Wir schlagen auch ein Transportmoratorium für Beförderungen innerhalb der atomaren Verwertungskette – übrigens ausgenommen medizinische Anwendungen und Sicherheitsforschung – für sogenannte sonstige radioaktive Stoffe nach § 2 Abs. 1 Atomgesetz für Nordrhein-Westfalen vor, sofern entsprechende Genehmigungen die Zuständigkeit des Landes nach § 16 Strahlenschutzverordnung betreffen. Während des Transportmoratoriums sollen das Beförderungsaufkommen sowie sämtliche sicherheits- und gesundheitsrelevanten Aspekte einer intensiven Überprüfung unterzogen werden.

Eben wurde bereits angesprochen: Fast täglich sind ohne Polizeibegleitung Lastwagen mit Uranhexafluorid auf nordrhein-westfälischen Straßen unterwegs. Das ist ein erhebliches Gefährdungspotenzial. Früher gingen diese Transporte beispielsweise nach Russland via Zug durch den Hauptbahnhof von Münster.

Man hat dann irgendwann einmal das Gefahrenpotenzial ermitteln lassen. Das hat übrigens der Oberbürgermeister von Sankt Petersburg getan. Dabei ist herausgekommen: Wenn ein Riss in solch einem Tank entstehen würde, müsste man innerhalb von fünf Minuten alle Menschen im Umkreis von 500 m sofort evakuieren. Für Sankt Petersburg hieße das, 250.000 Menschen sofort zu evakuieren. Das Gefährdungspotenzial ist riesig. Man muss überlegen, ob das überhaupt noch in diese Zeit passt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir hatten eben schon die Debatte zur lückenlosen Aufarbeitung der Hochtemperaturkugelhaufentechnologie in Jülich, und zwar durch unabhängige Sachverständige. Ich habe es vorhin schon gesagt. Wenn das Forschungszentrum selber mit seinen eigenen Wissenschaftlern aufklären will, ist das so, als würde man den Fuchs nach den Hühnern und deren Verbleib auf dem Hof fragen. Das kann es nicht sein.

Unser Antrag hierzu war überfällig. Denn dieser Reaktortyp ist im Grunde eine physikalisch-technische Unmöglichkeit und somit eine weitere nicht verantwortbare, atomare Hochsicherheitstechnologie. Ich kann verstehen, dass manche in der CDU so unruhig werden. Es war die Regierung Rüttgers, die diese Technologie weiterverkaufen wollte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Aufarbeitung ist deshalb so wichtig, weil nämlich Frau Thoben und Frau Schavan und auch Herr Pinkwart immer verweigert haben, für Aufklärung zu sorgen. Sie wollten zusammen mit dem internationalen Kugelcorps diese Reaktoren nach Polen an die deutsche Grenze im Dreiländereck weiterverkaufen.

So behauptete jetzt noch Antonio Hurtado vom Kugelcorps an der Technischen Universität in Dresden am 11.04. im „MDR“, Hamm-Uentrop sei nur aus politischen Gründen stillgelegt worden. Er würde den Polen – Zitat – den Bau einer solchen Anlage ausdrücklich empfehlen.

In Wahrheit ist Hamm-Uentrop wegen einer endlosen Serie von technischen Pannen und Störfällen stillgelegt worden, und zwar deswegen, weil der Kugelbruch zu hoch war. Nicht umsonst steht in den Meldelisten über besondere Vorfälle in Kernkraftwerken für beide Reaktortypen – die Leichtwasserreaktoren wie eben auch für solche Kugelhautreaktoren – unisono: Brennelementeschäden!

Was wir auch aufklären werden, ist der schwere Beinahe-GAU im AVR vom Mai 1978. Lapidar heißt es bei den meldepflichtigen Ereignissen nur – Zitat –: 15. Mai 1978: Wasserleckage in das Primärsystem – Kategorie C. – Von der Freisetzung von Strontium 90 steht dort unerklärlicherweise überhaupt nichts.

Deswegen gehört zu den Aufarbeitungsarbeiten und zur Aufklärung für mich auch folgender Sachverhalt, den ich Ihnen abschließend vortragen möchte:

Im Juni 2010 legte das Gesundheitsamt Düren einen Bericht vor, in dem es – Zitat – heißt: Ob radioaktive Belastungen seit Inbetriebnahme des AVR-Reaktors und infolge des Störfalles von 1978 vor 1995 für die Bevölkerung bestanden hat, kann mangels Daten nicht nachvollzogen werden.

Doch hatte bereits 1993 Professor Horst Kuni, Nuklearmediziner von der Universität in Marburg, eine Studie veröffentlicht, die eine 17-fach höhere Leukämierate bei Kindern in Düren, Niederzier, Titz und Jülich gegenüber dem Bundesdurchschnitt nachwies – übrigens im Auftrag betroffener Eltern.

Ob also die kürzlich von Professor Allelein im „WDR“ aufgestellte Behauptung, es habe nie eine Gefährdung für die Bevölkerung bestanden, tatsächlich zutrifft, wird nun ebenfalls zu klären sein und von uns aufgeklärt werden.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Sie achten auf die Redezeit?

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Wir, meine Damen und Herren, machen in Nordrhein-Westfalen Ernst mit dem Ausstieg. Rot-Grün handelt, während andere noch in Selbstfindungsprozessen unterwegs sind und darüber streiten, ob die Restrisikolehre nicht vielleicht doch richtig wäre. – Herzlich willkommen! Hoffentlich nicht in 75.000 Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Lienenkämper.

**Lutz Lienenkämper (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich denke, es ist jedem von uns bewusst, dass es sich bei Fukushima um ein tiefgreifendes und schreckliches Ereignis handelt, das in dieser Form niemand vorhergesehen hat. Das beinahe Udenkbare ist tatsächlich passiert. Es hat das Zusammentreffen eines Erdbebens, das in diesem Ausmaße nicht vorhergedacht worden ist, mit in der Folge einer Tsunami-Welle gegeben, die auch in dieser Art und Weise nicht vorhergedacht worden ist. Wir haben auf schreckliche Art und Weise erfahren müssen, dass das Udenkbare tatsächlich Realität werden kann.

Dadurch, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich natürlich für die Atomanlagen in der Bundesrepublik Deutschland das Risiko objektiv zunächst einmal überhaupt nicht verändert. Es ist völlig klar, dass durch ein Erdbeben in Japan die Wahrscheinlichkeit von Naturkatastrophen in Deutschland nicht größer oder kleiner wird. Das Restrisiko ist das gleiche geblieben. Aber die Gesellschaft hat eine umfassende Diskussion darüber begonnen, ob wir eigentlich noch die gleichen Risiken akzeptieren wollen, die breite Mehrheiten im Deutschen Bundestag und auch in der Gesellschaft jahrzehntelang akzeptiert haben.

Im Ergebnis haben sich die Anforderungen an die Sicherheit geändert. Langjährige Mehrheiten im Deutschen Bundestag für die friedliche Nutzung der Kernenergie stehen vor anderen Fragen. Deswegen müssen wir auch andere Antworten geben.

Ich erinnere daran, dass alle 17 Anlagen, die noch bis vor wenigen Wochen am Netz waren, unter SPD-geführten Bundesregierungen geplant worden sind. Sie sind der Ausdruck eines jahrzehntelangen gemeinschaftlichen Verständnisses im Deutschen Bundestag.

Danach hat es Veränderungen bei der SPD gegeben. Das ist auch wahr. Aber da standen alle Anlagen, die jetzt hinterfragt werden, schon.

Nun waren wir in der Politik uns allerdings im Rahmen der Diskussion in einem übergreifend einig: Die friedliche Nutzung der Kernenergie soll anders als in anderen Ländern bei uns nicht dauerhaft zur Sicherstellung der Energieversorgung dienen. Wir waren immer der Auffassung, dass Kernenergie eine Übergangstechnologie ist. Massiv gestritten haben wir uns – und wir streiten uns weiterhin – allerdings über die Dauer dieses Übergangs. Der Streit ist da und bleibt. Aber eines steht schon fest: Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass wir – anders als bisher beschlossen – schnell



ler aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie aussteigen müssen.

Es ist die Stärke der Politik, dass man sich an geänderte Anforderungen auch in solchen fundamentalen Fragen anpassen kann, dass man die richtigen Antworten geben kann. Deswegen war es richtig, das Moratorium des Nachdenkens zu beginnen, um uns Zeit zu geben, Folgendes zu überlegen:

Wie organisieren wir diesen schnelleren Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie? Wie bekommen wir es hin, diesen Ausstieg so zu gestalten, dass die Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen sicher bleibt? Wie kann es uns gelingen, die schneller wegfallende Energie zu ersetzen? Wie machen wir die erneuerbaren Energien, die auch nach übereinstimmender Auffassung die Energieträger der Zukunft sind, eigentlich grundlastfähig? Wie organisieren wir den notwendigen Ausbau der Netze? Und wie machen wir es – das ist eine große gesellschaftliche Aufgabe –, ohne dass dabei die Energiepreise in den Himmel schießen, sondern dass die Menschen und auch die gerade in Nordrhein-Westfalen besonders stark vertretenen energieintensiven Industrien Energie auch weiterhin bezahlen können?

Es ist die Frage: Wie kriegen wir sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung hin, und zwar in genau diesem Dreieck? – Deswegen ist dieses – so schrecklich es klingt – Ereignis in Japan eine gemeinsame Chance, einen gesellschaftlichen Konsens darüber anzustreben, wie dieses Land dauerhaft und zukünftig mit Energie versorgt werden soll.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Diesen gesellschaftlichen Konsens streben wir ausdrücklich an, und zwar als breiten Konsens. Daher brauchen wir dafür ein bisschen Zeit, und wir müssen den alten Lehrsatz beachten, dass alles mit allem zusammenhängt. Deswegen ist das Herauslösen einzelner Bestandteile aus diesem großen Paket, bevor nicht das Ganze gesellschaftlich konsensfähig ist, immer problematisch.

Insofern ist es richtig und gut gewesen, dass die Bundesregierung mit ihrem Sechs-Punkte-Plan des zuständigen Bundesumweltministers und des Bundeswirtschaftsministers dafür jetzt gute Perspektiven eröffnet hat.

Wir brauchen natürlich Offshore-Windparks, und es ist notwendig, die jetzt zu unterstützen. Wir brauchen dann allerdings auch die entsprechenden Leitungen. Da müssen wir uns über die Frage unterhalten, wie wir die gebaut bekommen und wie die so gebaut werden können, dass sie bezahlbar sind und die Menschen sie akzeptieren, dass die Menschen akzeptieren, dass Leitungen eben zur Energieerzeugung dazugehören.

Das Nächste ist das Thema „Sanierung von Gebäuden“, insbesondere im Bestand. Da habe ich es etwas einfacher, weil ich das schon in alter Funktion intensiv gefordert habe. Wir haben uns da nicht durchgesetzt; das ist Ihnen auch schon häufig so gegangen; das ist die Wahrheit. Richtig ist auch, dass es jetzt eingesehen worden ist. Es ist klar, dass wir wesentlich mehr Geld für die energetische Gebäudesanierung zur Verfügung stellen müssen als in der Vergangenheit.

Klar ist übrigens auch, dass es intelligenter gemacht werden muss als mit den alten KfW-Programmen. Denn die jetzt nur mit mehr Geld aufzufüllen und sie ansonsten so zu belassen, wie sie jetzt sind, führt in Wahrheit nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Bestandsinvestitionen. Da müssen wir intelligenter sein, und daran wird natürlich gearbeitet.

Richtig ist, den Energie- und Klimafonds schneller aufzustocken, und richtig ist auch, Geld in ein Energieforschungsprogramm zu investieren. Denn wir wissen ganz genau, dass wir die Speichertechnologie noch nicht so weit haben, wie wir sie haben wollen, und auch noch nicht so weit haben, wie wir sie brauchen. Deswegen müssen wir noch intensiver als bisher forschen.

Klar ist auch, dass wir bei den intelligenten Netzen noch weitere Fortschritte machen müssen und dass wir am Ende eines Prozesses eine dezentralere Netzstruktur in der Bundesrepublik Deutschland haben werden als wir sie im Moment haben.

Weil das alles klar ist und weil die Chance auf einen gesellschaftlichen Konsens besteht, kann ich nur allen Beteiligten die Entscheidung abringen, daran mitzuwirken. Genau deswegen kann ich kein Interesse daran feststellen, einzelne Bestandteile aus einem solchen Programm vorher herauszulösen, insbesondere nicht in Nordrhein-Westfalen, wo ich – das will ich jetzt alles nicht wiederholen – vor einer Energiepolitik der Minderheitsregierung stehe, die auf die Besonderheiten unseres Landes keinerlei Rücksicht nimmt.

(Beifall von der FDP – Zurufe von Britta Altenkamp [SPD] und von Rainer Schmeltzer [SPD])

Das Klimaschutzgesetz, die Behandlung von Daten, die industriefeindliche Politik dieser Regierung, all das habe ich hier schon häufig angesprochen und möchte es deswegen nicht wiederholen.

Ich will vielmehr einladen, an dem Prozess, der in Berlin stattfindet, mitzuwirken, einen gesellschaftlichen Konsens anzustreben. Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen muss ganzheitlich sein, sie muss die Spezifika unseres Landes berücksichtigen, und genau das tut dieser Antrag leider nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

**Dietmar Brockes<sup>\*)</sup>** (FDP): Frau Präsidentin! Die rot-grüne Koalition hat nicht viele Themen, zu denen sie hier im Landtag gemeinsame Anträge einbringt.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Aber es gibt ein Thema, das seit der Regierungsübernahme in keiner Plenardebatte fehlen darf, und das ist das Thema Atomkraft.

Ich habe einmal nachgezählt. Rechnet man die Aktuellen Stunden und die Unterrichtungen hinzu, ist das heute der neunte Antrag zu diesem Thema hier im Landtag und schon der dritte, der die bedauerlichen und schrecklichen Ereignisse in Japan zu instrumentalisieren versucht.

Da Rot-Grün insgesamt nicht viele Anträge eingebracht hat,

(Martin Börschel [SPD]: Na, na!)

heißt das, meine Damen und Herren, dass jeder fünfte Antrag dieser Legislaturperiode dieses Thema beinhaltet.

Offenbar hat dieses Vorgehen innerhalb der Landesregierung System. In der vorangegangenen Debatte haben wir ja auch bereits gehört, wie Ministerin Schulze selbst noch beim Beantworten von Kleinen Anfragen versucht, das Thema Kernenergie für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Du meine Güte!)

Im konkreten Antrag geht es darum, dass die Landesregierung ein Transportmoratorium verhängen soll. Außerdem soll die Polizei nur noch dann die Sicherung von Transporten vornehmen, wenn ein verantwortbares Transportkonzept und die Absicherung nach dem Atomgesetz nachgewiesen worden ist.

Die Urananreicherungsanlage in Gronau soll ebenfalls möglichst geschlossen werden, und eine Expertenkommission soll technische Probleme und Störfälle in Jülich aufarbeiten.

Meine Damen und Herren, wenn man sich das so durchliest, dann – das sage ich Ihnen ganz ehrlich –, gelangt man zu der Auffassung, dass der Inhalt des Antrages die gleiche Qualität hat wie die Antworten auf die Kleine Anfrage des Kollegen Markert zu den Brennelementekugeln. Es geht Ihnen nämlich nicht um Aufklärung, sondern dies sind reine Show-Anträge.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Viel Substanz ist da nicht enthalten, und im Grunde wird einfach nur versucht, das Atomthema irgendwie nach Nordrhein-Westfalen zu ziehen. Man kann in dem Antrag zwischen den Zeilen die Trauer dar-

über, dass es in Nordrhein-Westfalen kein Kernkraftwerk mehr gibt, geradezu herauslesen.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt aber auch einmal deutlich machen, wie scheinheilig die Debatte um die Urananreicherung eigentlich ist. Wenn alle demokratischen Fraktionen – also ab dort angefangen – hier im Hause der Auffassung sind, dass wir für eine Übergangszeit noch Kernkraft brauchen – so verstehe ich auch die Grünen und die SPD; denn auch sie fordern nicht den sofortigen Ausstieg –, dann müssen wir doch feststellen, dass wir in dieser Zeit auch noch die Urananreicherung brauchen.

Insofern ist es doch mehr als scheinheilig, so zu tun, als könnte man darauf verzichten, obwohl man zumindest die neueren Kernkraftwerke noch einige Zeit am Netz lassen will.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, was die GNS in Duisburg angeht, so will ich deutlich machen, dass wir genau jetzt exakt diese Experten für die Entsorgung brauchen werden, und zwar umso mehr, wenn wir noch schneller als geplant aus der Kernenergie aussteigen wollen. Insbesondere brauchen wir Forschung auf den Feldern „Lagerung“ und „Rückbau von Atomanlagen“, und dafür brauchen wir auch ganz praktisch Experten, die das entsprechend in die Tat umsetzen. Dafür ist das GNS ein gutes Beispiel. Denn dort sitzen Experten für Lagerung und Entsorgung. Es wäre geradezu töricht, hier die Axt anzusetzen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Brockes, der Kollege Markert würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

**Dietmar Brockes<sup>\*)</sup>** (FDP): Bitte.

**Hans Christian Markert** (GRÜNE): Lieber Kollege Brockes, herzlichen Dank. – Sind Sie der Meinung, dass man die GNS in Duisburg unbedingt in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung braucht?

**Dietmar Brockes<sup>\*)</sup>** (FDP): Lieber Kollege Markert, ich wollte im Übrigen demokratisches Verhalten vorleben. Sie hatten eben die Zwischenfrage nicht zugelassen. Ich denke, es ist besserer Stil, wenn wir hier den Dialog pflegen.

Zu Duisburg sage ich Ihnen: Das hätte man sich zum damaligen Zeitpunkt bei der Genehmigung sicherlich genauer anschauen sollen. Ich denke, da müssen wir heute genauer hinschauen und andere Sicherheitsaspekte heranziehen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Aber da ist die Verantwortung nicht bei uns zu suchen, um es Ihnen ganz klar zu sagen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es richtig, dass wir nicht zurückschauen, sondern gemeinsam nach vorn. Die Situation hat sich geändert, und wir alle brauchen jetzt weiterführende Konzepte und eine sichere und saubere Energieversorgung. Dieses Kleinklein, wie es auch in dem Antrag wieder enthalten ist, hilft da ehrlich gesagt nicht weiter.

Deshalb fordere ich die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen auf, endlich wieder zu seriöser Arbeit zurückzukehren. Sie sind nicht mehr in der Opposition, sondern müssen nun selbst gestalten. Das, was Sie bei Kleinen Anfragen und solchen Anträgen hier veranstalten, hat aber mit seriöser Regierungspolitik nichts gemeinsam. Es zielt nur darauf ab, Stimmung zu machen und Ängste zu schüren. Das ist weder einer Landesregierung noch den sie tragenden Fraktionen würdig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Die Linke hat jetzt Herr Aggelidis das Wort.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wer die Lehre aus Fukushima ziehen will, muss zu dem Schluss kommen: sofortiger Ausstieg aus dem atomaren Kreislauf, sofortiges Verbot des atomaren Exports, Vergesellschaftung der Energieriesen, Dezentralisierung, Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft, und zwar sofort.

(Beifall von der LINKEN)

So weit geht der Antrag von SPD und Grünen nicht, obwohl es im Text heißt – ich zitiere das mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Unser Ziel ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie und das entschiedene Vorantreiben der Alternativen.“

Ja, aber was heißt „schnellstmöglich“? Wieso fordern Sie von der Bundesregierung nicht das sofortige Abschalten der Atomkraftwerke? Warum beharren Sie, Werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, darauf, dass Atomkraftwerke auch in Deutschland noch jahrelang weiterlaufen sollen?

Sie wollen den Landtag feststellen lassen, es bedürfe – so heißt es in Ihrem Antrag wörtlich – „der Wiederherstellung eines gesellschaftlichen Atomausstiegs-Konsenses“.

Mit wem, bitte schön, Werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, bedarf es eines Konsenses? Die Bevölkerung können Sie nicht meinen. Die ist mit deutlicher Mehrheit für den sofortigen Ausstieg aus dem atomaren Wahnsinn.

Mit wem bedarf es eines neuen Konsenses? Ja, wir erinnern uns. Sie als SPD/Grüne-Bundesregierung haben mit dem sogenannten Ausstieg den Konsens mit der Energiewirtschaft verbrochen. Ein sogenannter Ausstieg war das. Denn er war revidierbar, wir die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke unter Angela Merkel gezeigt hat. Und er war über Jahrzehnte gestreckt, denn die Shareholder-Gier der Energiemonopolisten musste ja berücksichtigt werden.

Ich kann Ihnen das in aller Deutlichkeit sagen, meine Damen und Herren: Einen neuen solchen Konsens mit den Energiemonopolisten machen wir Linken nicht mit, den wollen wir nicht, und den will die Bevölkerung nicht.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Sie fallen übrigens damit noch hinter die Bundesregierung zurück, die den Energieriesen jüngst ins Stammbuch geschrieben hat, es gebe mit ihnen nichts zu verhandeln.

Für die Urananreicherungsanlage Gronau kündigen SPD und Grüne eine grundlegende Sicherheitsüberprüfung an. Auch das genügt uns Linken nicht.

(Zuruf von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Wir fordern das sofortige Aus für die Urananreicherungsanlage. Von dort aus wird atomares Material exportiert, von dort geht Gefahr für Leben und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger aus.

Sie werden erwidern, dass das rechtlich nicht geht. – Nun gut. Fiat iustitia et pereat mundus. Das kann man übersetzen mit: Es werde Recht, und die Welt mag untergehen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Aggelidis, Herr Kollege Markert würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Zwei Sekunden. – Wir müssen ein Recht schaffen – darum geht es –, dass dafür sorgt, dass die Welt nicht untergeht.

(Beifall von der LINKEN)

So, Herr Kollege Markert, jetzt können Sie Ihre Frage stellen.

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Herzlichen Dank, lieber Herr Kollege Aggelidis. – Übrigens, Herr Brockes, ich lasse immer gern Zwischenfragen zu. Ich habe nicht gesehen, dass Sie mich eben gefragt haben, ob Sie eine Frage stellen dürfen.

Lieber Herr Kollege Aggelidis, könnten Sie uns dann bitte sagen, wie der Sofortausstieg in Gronau recht-

lich funktionieren soll? Ich glaube, es wäre ganz spannend, das von Ihnen als Jurist zu erfahren.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Ich werde Ihnen gleich erklären, wie Sie ein gewaltiges Stück dazu beitragen können, dass wir der Sache ein wenig näherkommen. Ich glaube, es geht nicht ohne Massenmobilisierung. Und was auf der Straße erkämpft wird, das kann man auch rechtlich umsetzen, Herr Kollege Markert. Ich glaube, das wissen Sie sehr genau.

(Beifall von der LINKEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie denn?)

Wir werden hier keine juristische Spiegelfechterei betreiben. Das schaffen wir nur mit den Menschen, die aufstehen und sich mit Aktionen bis hin zum zivilen Ungehorsam dafür einsetzen, dass mit dem atomaren Wahnsinn sofort Schluss gemacht wird.

Wir, Die Linke, rufen dazu auf, unter anderem auch auf der kommenden Hauptversammlung der RWE AG in Essen an Aktionen des zivilen Ungehorsams teilzunehmen, um den dortigen privaten Großaktionären klarzumachen, dass es mit diesem atomaren Wahnsinn so nicht weitergeht.

(Beifall von der LINKEN)

Noch nie war die Gelegenheit so gut. Und auch die SPD übt mittlerweile Druck aus – auch auf Herrn Großmann von RWE –, RWE von dieser Atomstrategie wegzubringen. Es ist ein Skandal, dass sich RWE traut, gegen die Teilstilllegung von AKWs gerichtlich vorzugehen. Die wollen zeigen, dass sie der Herr im Hause sind. Im Gegenteil muss aber doch die Politik beweisen, dass sie der Herr im Hause ist, und sonst niemand.

(Beifall von der LINKEN)

Landesregierung und Landtag sollten sich dafür einsetzen, dass möglichst viele Menschen am 25. April 2011 zur Großdemo gegen die Urananreicherungsanlage und ihre Betreiber kommen. Das tun wir Linken, und das wäre auch Ihre erste Pflicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht Minister Voigtsberger.

**Harry Kurt Voigtsberger,** Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mehr als einen Monat nach der schrecklichen Naturkatastrophe in Japan erleben wir, dass die von den havarierten Atomkraftwerken

in Fukushima ausgehenden Gefahren noch immer nicht gebannt sind.

Die japanische Nuklear-Sicherheitsbehörde hat in dieser Woche die Einstufung des Unfalls wegen der geschätzten Freisetzung radioaktiver Stoffe von Stufe 5 auf Stufe 7 angehoben. Dies ist die höchste Stufe der Internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse. Damit ist jetzt offiziell, dass Fukushima und Tschernobyl gleichermaßen als katastrophaler Unfall eingestuft werden.

Für uns in Nordrhein-Westfalen war schon vor den Ereignissen in Fukushima klar, dass Atomkraftwerke in unserem dichtbesiedelten Land keinen Platz mehr haben. Bekanntlich haben wir bei uns mit der Stilllegung des Kernkraftwerkes Würgassen im Jahre 1994 die Kernenergienutzung zur kommerziellen Stromerzeugung in Nordrhein-Westfalen beendet.

Die von der Bundesregierung initiierte Laufzeitverlängerung für die kerntechnischen Anlagen in Deutschland wurde von uns vehement abgelehnt. Wie Sie wissen, haben wir auch hier im Landtag unsere Haltung wiederholt und hinreichend dargelegt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat im Bundesrat gegen die mit der elften Novelle des Atomgesetzes vom Bundestag verabschiedete Laufzeitverlängerung gestimmt. Wir haben zusammen mit vier weiteren Bundesländern Verfassungsklage gegen die Laufzeitverlängerung eingereicht. Dies alles geschah bereits vor den schrecklichen Ereignissen in Fukushima.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Fukushima hat nun anscheinend auch zu einem Umdenken bei der Bundesregierung geführt. Aber sie tut sich schwer, die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Das als Reaktion auf die Ereignisse in Japan von der Bundesregierung verkündete dreimonatige Moratorium für die vereinbarte Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke greift unserer Meinung nach deutlich zu kurz. Statt rechtlich strittige atomaufsichtliche Anordnungen zu treffen, muss der Atomausstieg unverzüglich auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Nordrhein-Westfalen hat deshalb gerade heute eine Bundesratsinitiative für ein Ausstiegsgesetz ergriffen. In diesem Rahmen sind mindestens die sieben Altanlagen und die Kernkraftanlage Krümmel zeitnah außer Betrieb zu nehmen und für die übrigen Anlagen die im Beendigungsgesetz von 2002 vorgesehenen Restlaufzeiten wiederherzustellen.

Meine Damen und Herren, mit dem Atomausstieg befasste ich mich nicht nur als Energieminister, sondern auch als Wirtschaftsminister des Landes. Und auch aus der wirtschaftspolitischen Perspektive ist das baldige Ende der Kernenergienutzung sinnvoll. Das bestätigt aktuell, wie Sie vielleicht auch gelesen haben, das Bundeskartellamt. Kartellamtspräsident

Mundt sagte in der „Süddeutschen Zeitung“ wörtlich – ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –:

„Wenn Deutschland aus der Atomkraft aussteigt, wird es die Chance für Strukturveränderungen geben. Und das könnte dazu führen, dass die Macht der großen Vier ... kleiner würde.“

Und nicht zuletzt betont er: „Der Wettbewerb könnte sich in der Tat beleben.“ – Ich denke, dem ist nichts hinzuzufügen. Und ich bin gespannt, was gerade die Liberalen in diesem Haus zu solchen Ausführungen sagen.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung befasst sich derzeit offensichtlich nur mit den für die 17 deutschen Atomkraftwerke aus Fukushima zu ziehenden Konsequenzen. Wir sind uns mit den antragstellenden Koalitionsfraktionen dieses Hauses einig, dass Lehren aus den Geschehnissen in Fukushima aber auch für die sonstigen kerntechnischen Anlagen zu ziehen sind.

Das 2002 für die Atomkraftwerke zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität vom Bundestag beschlossene Genehmigungsverbot wurde nicht auf die sonstigen kerntechnischen Anlagen erstreckt. Dies hatte seinen Grund in dem im Vergleich zu Kernkraftwerken geringeren Risikopotenzial derartiger Anlagen. Die Ereignisse in Fukushima zeigen jedoch, dass angesichts der grundsätzlichen Risiken kerntechnischer Anlagen im Allgemeinen eine umfassende sicherheitliche Neubewertung erforderlich ist.

Die Landesregierung hat sich in diesem Zusammenhang schon am 18. März 2011 an den Bundesumweltminister gewandt und darum gebeten, dass die Urananreicherungsanlage Gronau, das Transportbehälterlager Ahaus und das Behälterlager im Forschungszentrum Jülich in die vorgesehene Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke einbezogen werden sollen. Hierauf hat Herr Dr. Röttgen allerdings bis heute nicht geantwortet.

Aber wir bleiben natürlich nicht untätig. Unabhängig von der noch ausstehenden Antwort werden wir uns auch allen Anlagen und Regularien für sonstige kerntechnische Anlagen in Nordrhein-Westfalen intensiv zuwenden. Hierbei ist allerdings eine sorgfältige Prüfung und Vorbereitung erforderlich, weil zum Beispiel durch ein nicht gerichtsfest begründetes Verbot der Urananreicherung erhebliche Entschädigungsansprüche entstehen können.

Hinzu kommt, dass die Urananreicherungsanlage Gronau aufgrund der von ihr ausgehenden Risiken auf chemotoxische Art zusätzlich den Anforderungen der Störfallverordnung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz unterliegt. Als Sofortmaßnahme wurde bereits veranlasst, dass die für Ende 2012 anstehende Sicherheitsüberprüfung der Urananreicherungsanlage Gronau vorgezogen wird.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird auch alle Unklarheiten und Zweifel über die während der Betriebszeit des stillgelegten Versuchsreaktors AVR in Jülich aufgetretenen Probleme und Störfälle aufarbeiten lassen. Wir begrüßen deshalb die Absicht der AVR GmbH und des Forschungszentrums Jülich, die Betriebsgeschichte des Reaktors AVR durch eine mit unabhängigen Experten besetzte Arbeitsgruppe aufzuarbeiten und hierüber öffentliche Informations- und Diskussionsrunden durchzuführen. Ein erster Zwischenbericht soll der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde bis Jahresende vorgelegt werden.

Auch für die weiteren kerntechnischen Anlagen in Nordrhein-Westfalen ist nach den Ereignissen in Japan ist zu überprüfen, inwieweit bisher nicht berücksichtigte Szenarien nunmehr eine neue Bewertung erfordern, um eine bestmögliche Vorsorge gegen die von diesen kerntechnischen Anlagen ausgehenden Risiken zu gewährleisten.

Bei der Umsetzung eines zügigen Atomausstiegs werden noch radioaktive Abfälle und Reststoffe anfallen, die geordnet zu entsorgen sind. Bei der Prüfung, welche Tätigkeiten die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang genehmigen muss, spielen die sicherheits- und gesundheitsrelevanten Aspekte der Transporte eine maßgebliche Rolle. Daneben wird die Landesregierung prüfen, ob ein Transportmoratorium verhängt werden kann. Bei der Sicherung von Transporten von Kernbrennstoffen durch die Polizei werden alle rechtlichen Vorgaben beachtet.

Die Landesregierung wird – wie beim erfolgreichen Veto gegen die Transporte der aus dem ehemaligen DDR-Forschungsreaktor Rossendorf stammenden Brennelemente von Ahaus nach Russland geschehen – auch zukünftig auf ein verantwortbares Transport- und Entsorgungskonzept der Bundesbehörden bestehen.

Meine Damen und Herren, für die Landesregierung steht die Sicherheit der Bevölkerung in der Umgebung der bei uns noch betriebenen kerntechnischen Einrichtungen im Mittelpunkt. Bis zum Ausstieg aus dieser Technologie werden die der Atomaufsicht unterstehenden Anlagen in Nordrhein-Westfalen weiterhin intensiv überwacht. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Hovenjürgen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Danke schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Minister Voigtsberger, das, was ist und was war, ist beschrieben worden. Wir sollten uns stärker mit

dem auseinandersetzen, was und wie es kommen kann.

Im Zuge der Diskussionen auch über den heute zu beratenden Antrag habe ich aber den Eindruck, als ob Angst vor einem möglichen Konsens vorherrscht und dass man immer wieder Versuche unternimmt, Dissonanzen und Unterschiede herauszuarbeiten. Stattdessen sollten wir gemeinsam die Chance ergreifen, eine Energiepolitik zu formulieren, mit der wir einen wirklichen gesellschaftlichen Konsens über alle Parteien hinweg organisieren und Planungssicherheit für unseren Industriestandort erreichen können. Dabei werden noch viele offene Fragen zu klären sein.

Es wird zu klären sein: Welche alten Kraftwerksblöcke, die mit Kohle Strom produzieren, können wir vom Netz nehmen? Wie viele neue Blöcke stehen zur Verfügung, die effektiver und umweltfreundlicher Strom erzeugen? Können wir die Frage „Datteln“ lösen? Wie bringen wir regenerative Anteile verstärkt in das gesamte Tableau, wie machen wir sie – Kollege Lienenkämper sprach es schon an – grundlastfähig?

Was müssen wir den Menschen sagen, wenn regenerative Energien am Ende eines Zeitfensters bis 2050 den größten Teil der Energieversorgung unseres Landes übernehmen sollen? Was bedeutet das für die Menschen im Land? Was bedeutet das für die Landschaft? Was bedeutet das an Veränderung der Positionierung zur Energieerzeugung?

Zurzeit wird Energie in Ballungsraumnähe, in Abnehmernähe erzeugt. Regenerative Energie, Windkraft, wird in Ballungsraumnähe, in der Nähe von Wohnbebauung weniger stark vertreten sein können. Sie wird in den ländlichen Raum wandern. Welche Dimensionen nimmt das an? Was bedeutet es, zwei 2 % der Landesfläche für regenerative Energien, für Windkraft, zur Verfügung zu stellen, wenn schon ein Drittel der Landesfläche aufgrund von Bebauung und Infrastruktur gar nicht für die Ausweisung von Windvorrangflächen zur Verfügung steht? Welche Dimensionen nehmen die Anlagen an? Was bedeutet das für die Menschen, die in der Nähe dieser Anlagen wohnen werden? Die heute marktreifen 3-MW-Anlagen werden eine Höhe von 180 bis 200 m haben. Sie werden einen Rotordurchmesser von 100 m haben. Damit werden sie im Landschaftsbild natürlich dominieren. Dort, wo man heute Kilometer entfernt Kühltürme sieht, wird man auch Windräder sehen können. Auch das bedeutet eine Veränderung dessen, was wir im Landschaftsbild gewohnt sind. Nichtsdestotrotz wollen wir uns dem zuwenden. Wir müssen dann aber auch dafür sorgen, dass die Menschen in diesem Prozess mitgenommen werden.

Das hat die Anhörung der Landesregierung zum Winderlass im Übrigen deutlich gezeigt. Es werden rechtliche Fragen zu klären sein. Der jetzt vorliegende Entwurf eines Windkrafterlasses – so haben die kommunalen Spitzenverbände es dargestellt –

birgt ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit und damit Klagerisiken für die Städte. Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände müssen sicherlich noch einmal in einen Dialog eintreten, um zu klären, wie man das konsequenter und rechtssicherer machen kann.

Wir werden mit den Menschen vor Ort diskutieren müssen. Unter welchen Bedingungen kann man es ihnen leichter machen, diese Eingriffe in ihr Umfeld zu akzeptieren? Wie kann man sie an Investitionen in Windkraftanlagen beteiligen? Wie können wir Bürgerwindparks organisieren? Manche beteiligen sich zurzeit professionell an der Hebung von Standorten im Lande. Die gepachteten Flächen stehen hinterher aber nicht mehr für Bürgerwindparks zur Verfügung, sondern dienen privaten Investoren zur möglichen Ertragsoptimierung. Wie kann man Wege schaffen, um die Bürger mitzunehmen, damit diese die Möglichkeit erhalten, sich zumindest an dem zu beteiligen, was ihr gewohntes Landschaftsbild beeinträchtigt?

Das sind alles Fragen, die wir klären müssen. Deswegen glaube ich, dass wir jetzt langsam alle aus den Schützengräben rauskommen, uns an einen Tisch setzen und uns dafür einsetzen sollten, nicht mehr das Trennende zu formulieren, sondern über das Verbindende zu reden.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, es gibt genügend Ansätze, die diesen Weg möglich machen könnten. Wir müssen dann auch den Mut haben, uns abseits des politischen Vorteils, der vielleicht an der einen oder anderen Stelle doch noch reizt, zusammenzusetzen und diese Wege auszuloten.

Wir werden wichtige Fragen zu klären haben. Denn wenn wir ernsthaft aussteigen wollen – die Union möchte dies, sie ist dazu bereit –, dann nehmen wir auch solche Äußerungen wie zum Beispiel die von Frau Löhrmann zur Kenntnis, die in der „WDR-Arena“ gesagt hat: Jeder von uns weiß, dass nicht von heute auf morgen alle Meiler abgestellt werden können, dass wir hierfür Übergänge brauchen. – Das wissen wir, das wissen sicherlich auch die Grünen. Dann lassen Sie uns über die Wege reden und natürlich auch darüber, wie wir die Endlagerung sicherstellen.

Auch das wird uns eine große gemeinsame Verantwortung abverlangen: den Menschen zu erklären, dass wir, wenn wir aussteigen wollen, auch endlagern müssen und dass dieses Endlager identifiziert und gebaut werden muss. Man kann den Menschen, die das in ihrer Region dann hinnehmen müssen, nicht unbedingt Begeisterungstürme abverlangen. Das wird Betroffenheit vor Ort auslösen. Es wird unsere gemeinsame Verantwortung sein, diesen Weg trotzdem zu gehen; denn der Ausstieg ist nur über Endlagerung endgültig möglich.

Zur Wahrheit gehört natürlich auch, dass dies keine deutsche, keine nordrhein-westfälische Frage sein wird, sondern dass es eine europäische, eine globale Frage sein wird. Denn Atomkraft spielt auf der ganzen Welt, auch in Europa, weiter eine Rolle, und in unseren Nachbarstaaten wird Atomstrom produziert.

Wir sollten nicht der Versuchung verfallen, bis wir eine Lösung gefunden haben, unseren Strombedarf aus Atomstrom der Nachbarstaaten zu sichern, sondern wir sollten dafür sorgen, dass wir in unserem Lande den Strom produzieren können, den wir hier brauchen. Das, was wir selbst nicht mehr möchten, sollten wir auch anderen nicht zumuten.

(Beifall von der CDU und von Dietmar Brockes [FDP])

Deswegen sollten wir uns jetzt alle gemeinsam der Verantwortung stellen. Jetzt haben wir die Chance dazu. Ich glaube, es ist wirklich eine historische Chance.

So schlimm das Ereignis in Fukushima ist: Es gibt uns die Möglichkeit, uns ernsthaft zusammenzusetzen, Energiepolitik neu zu definieren und nach einem gemeinsam verantworteten Weg zu suchen – und ihn nach Möglichkeit auch zu finden –, der über Jahrzehnte die Energiepolitik unseres Landes in tragfähiger Richtung vorgibt und damit Sicherheit für die Menschen in unserem Land bringt, aber gleichzeitig auch für diejenigen, die mit Strom wirtschaften.

Also: eine gemeinsame Aufgabe. Die Union ist bereit, sich dieser Aufgabe zu stellen. Ich bin gespannt, ob Sie diese Hand, die wir zur Einladung ausstrecken, ergreifen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von Dietmar Brockes [FDP])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hovenjürgen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Stinka das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Hovenjürgen, ein Konsens ist notwendig, ein Umdenken auch. Aber man muss ganz deutlich sagen: Wenn man umdenken will, muss man sich auch noch einmal auf das besinnen, was man im Vorfeld organisiert hat.

Und dann schaue ich mir die Presselandschaft allein von Beginn dieser Woche an! Da betitelt die „Süddeutsche Zeitung“ beispielsweise die Halbwertszeit von Entscheidungen in Ihrer Partei zum Atomausstieg, wozu Herr Kauder jetzt schon wieder sagt: Ja, aber so schnell geht das nicht. – In der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern kann man le-

sen: Ja, aber wir müssen den Leuten sagen, es kostet alles viel Geld.

Diese Debatte, Herr Hovenjürgen, hätten wir schon vor mehreren Monaten führen können – als Sie hier mit Vehemenz einen Ausstieg aus dem Ausstieg verteidigt haben, als Sie uns hier als diejenigen hingestellt haben, die dafür sorgen, dass das Licht im Land ausgeht, als Sie uns hier hingestellt haben als diejenigen, die energiepolitisch auf einem Irrpfad sind.

Wenn Herr Lienenkämper das heute noch einmal versucht, indem er sagt: „Ja, es gab Wahrscheinlichkeitsrechnungen“, dann macht das nur noch einmal ganz deutlich, welche Unsicherheiten noch bei Ihnen selbst in dieser Position liegen. Sie haben vorhin deutlich ausgeführt: Ein solcher Tsunami wäre hier gar nicht möglich. – Zwei Sätze weiter sagen Sie: Wir müssen aber trotzdem neu nachdenken. – Dieses Neu-Nachdenken in drei Monaten ist in sich nicht schlüssig und zeigt uns, Herr Lienenkämper, dass man auf solch einem wackligen Fundament nicht weiter diskutieren kann.

(Beifall von Britta Altenkamp [SPD] und von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Das wird schwierig. Da wird noch einiges auszuarbeiten sein, bevor wir das hier machen werden.

Wenn Herr Brockes hier von einem Showantrag spricht, dann erinnere ich daran, wie Generalsekretär Lindner nach dem Unfall in Fukushima mit betretener Miene vor die Presse trat und sagte: Jetzt müssen wir mal neu nachdenken. – Das war dann auch ein Showauftritt, was Herr Lindner da gemacht hat, Herr Brockes.

(Beifall von der SPD)

Vor dem Hintergrund, ganz vorsichtig! Wir müssen über den Energiewandel reden. Das ist absolut richtig. Wir müssen deutlich machen, dass nach der Einstufung dieses Unfalls in Fukushima der zweite schwere GAU auf der Welt passiert ist. Wir müssen uns jetzt dafür einsetzen – das auch noch einmal zum Inhalt des Antrages –, dass wir die gesamte Verwertungskette der Atomtechnik beleuchten und auch die Sicherheit ganz klar herausstellen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Stinka, entschuldigen Sie, wenn ich Sie kurz unterbreche. Der Abgeordnete Lienenkämper möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

**André Stinka (SPD):** Ja.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Lutz Lienenkämper** (CDU): Herr Kollege Stinka, sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nicht gesagt habe, ein Tsunami wie in Japan sei in Deutschland nicht möglich, sondern dass ich gesagt habe: „Durch die Naturereignisse in Japan haben sich die bekannten Risiken für die deutschen Kernanlagen nicht verändert“?

**André Stinka** (SPD): Ich bin sicherlich der Auffassung, dass diese Sicherheitsrisiken in Deutschland anders zu bewerten sind. Ich habe mich nur darüber gewundert, dass der Umweltminister aus Bayern beispielsweise das Kraftwerk Isar 1 für nicht mehr sicher hielt, nachdem Fukushima passiert war, aber noch drei Wochen vorher der Verlängerung der Restlaufzeit zugestimmt hat. Mich wundert, dass sich Sicherheitslagen in der Bundesrepublik so schnell ändern können. Das macht Ihre mangelnde Glaubwürdigkeit ganz deutlich, Herr Lienenkämper. Das will ich damit zum Ausdruck bringen.

Wir haben vorhin – die Kollegen haben hier lange ausgeführt – über den Konsens gesprochen und darüber, dass wir uns auf den Weg machen müssen, die Energieversorgung gerade des Industrielandes Nordrhein-Westfalen auf andere Beine zu stellen. Wir haben die Anhörung zur Windkraft erlebt. Und wir erleben, dass die FDP im Raum Aachen sich jetzt schon gegen Windkraftanlagen ausspricht, hier aber so tut, als müsse man diese Energiegestaltung nun neu angehen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Herr Brockes, wenn Sie diese Diskussion ehrlich wollen, dann müssen Sie sich den Bürgerinnen und Bürgern stellen und dürfen nicht in der Presse sagen: „Wir wollen, dass die Leute hier aufgeklärt werden“, wobei Sie selbst massiv gegen Windparks sind. Dann äußern Sie sich nicht ganz ehrlich, wie Sie die Energiewende hier erreichen wollen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Herr Lienenkämper ausführt: „Ja, bei der Gebäudesanierung haben wir jetzt umgestaltet“, dann weise ich darauf hin, dass es diese Landesregierung ist, die 200 Millionen € für Gebäudesanierungen einsetzt, damit die Menschen nicht in schlecht isolierten Wohnungen leben – weil der Bund gekürzt hat.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Energetische Sanierungen!)

Und im Bund sind Sie an der Regierung beteiligt.

(Beifall von der SPD)

Wenn das einseitige Energiekonzept der Bundesregierung gescheitert ist, weil es so nicht funktioniert, dann sagen Sie das doch hier einmal klipp und klar. Dann kann man sich doch einmal zusammensetzen, weil der Umbau sicherlich gemeinsam zu bewerkstelligen ist.

Fangen Sie aber nicht mit Debatten an, die wir hier schon lange hatten. Das Kraftwerk in Datteln wird nicht durch Bekenntnisse entstehen, sondern durch rechtsgültige Bescheide.

(Zurufe von der CDU: Die haben Sie doch!)

Das sage ich hier noch einmal ganz deutlich. Die Bescheide sind Ihrer Landesregierung vom OVG Münster vor die Füße geworfen worden. Und wir sollen das jetzt ausbaden.

(Beifall von der SPD)

Von Bekenntnissen wird weder ein Windrad noch eine Biogasanlage noch ein neues GuD-Kraftwerk gebaut, sondern durch aktive Industriepolitik im Dialog mit den Menschen. Beim Dialog mit Wirtschaft und Umwelt haben Sie aber einseitig die Naturverbände ausgeladen. So funktioniert kein Dialog.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollen mit diesem Antrag noch einmal deutlich machen, dass gerade dieser Dialog auf ein Fundament aufgesetzt werden muss. Wir wollen durch die Untersuchung der Urananreicherungsanlage in Gronau, der Konditionierungsanlage in Duisburg und des Zwischenlagers in Ahaus, das ja Teil der atomaren Verwertungskette ist, deutlich machen, dass wir die breite Diskussion mit den Menschen aufnehmen und dass wir auf dieser Gesprächsgrundlage Vertrauen schaffen wollen, um den notwendigen Wandel in der Energiewirtschaft – von den erneuerbaren Energien bis hin zu GuD-Kraftwerken – mit den Menschen voranzubringen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, mit dem wir uns auch der Verantwortung für die Vergangenheit stellen. Vorhin wurde ja zu Recht angemahnt, dass viele Genehmigungen in den 70er-Jahren ausgesprochen wurden. Wir stellen uns dieser Verantwortung, weil wir wissen: Nur auf Vertrauen und nur auf Dialog können wir den Energieumbau in Nordrhein-Westfalen hinbekommen.

Wenn ich aber sehe, dass heute auf dem sogenannten Energiegipfel in Berlin sechs Tagesordnungspunkte in 90 Minuten abgehandelt werden sollen, dann muss ich mich sehr wohl fragen, ob man so ernsthaft für die Energiezukunft in Deutschland verhandeln kann. Wir wollen das nicht. Wir wollen einen breiten Konsens. Dieser Antrag ist noch einmal ein deutliches Zeichen dafür, dass wir uns der Verantwortung für die Vergangenheit stellen und dass wir mit den Menschen gemeinsam überlegen wollen, wie wir die Atomwirtschaft beenden. Vor diesem Hintergrund freue ich mich über den Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Abruszat das Wort.



**Kai Abruszat** (FDP): Frau Präsidentin! Mein sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag enthält sehr häufig das Wort „Moratorium“.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nur das ist rechtlich möglich!)

Davon war ja auch in den letzten Wochen viel die Rede. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und nachgeschaut, was ein Moratorium eigentlich ist. Wenn man das im Internet googelt, kommt man auf folgende Definition:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Rechtsbruch Merkel!)

„Ein Moratorium ... ist allgemein die Entscheidung, eine Handlung aufzuschieben oder zeitlich befristet zu unterlassen oder ein Abkommen vorübergehend außer Kraft zu setzen. Es bezeichnet insbesondere bei strittigen Projekten ... eine Unterbrechung der Arbeiten mit dem Ziel, ... einen Kompromiss zu finden.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir tun alle gut daran, an diesem Kompromiss zu arbeiten und nicht jeweils für uns selbst den Anspruch zu reklamieren, die alleinige Wahrheit gepachtet zu haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Denn wir haben doch – wenn ich an dieser Stelle die folgenden Dinge anführen darf – festzustellen: 7 GW Leistung sind Deutschland nach dem vorläufigen Abschalten der alten Kernkraftwerke verloren gegangen, und gleichzeitig hat sich die Menge an Importstrom aus Frankreich und Tschechien verdoppelt. Zur Bezahlbarkeit, die – Herr Kollege Stinka hat das zu Recht angesprochen – für die Menschen in unserem Land und für die Industrie ganz wichtig ist: Seit dem vorläufigen Abschalten der sieben AKWs am Terminmarkt hat sich der Großhandelspreis von Strom um 12 % erhöht; und auch die Preise für CO<sub>2</sub>-Zertifikate sind um 10 % gestiegen.

Damit will ich deutlich machen: Die Debatte um die Zukunft der Atomenergie darf nicht zu stark auf das Thema der Stromerzeugung fokussiert sein. Vielmehr müssen wir stärker über die Verbesserung der energieeffizienten Techniken diskutieren. Auch das Stromsparen und das effizientere Einsetzen von Strom müssen in eine solche Debatte integriert werden.

Insgesamt gibt es also viele Themen, die wir in den kommenden Wochen und Monaten – verbal und emotional abgerüstet – wieder etwas sachlicher diskutieren sollten. Wir sollten uns nicht immer gegenseitig vorhalten, warum eine Laufzeitverlängerung falsch war und warum Ihr Atomkonsens von 2001 richtig war und Antworten auf alle Fragen hatte, die die Bundesrepublik Deutschland bei diesem Thema bewegten. Denn das war auch nicht der Fall.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Lassen Sie uns also gemeinsam nach vorne schauen und die Dinge im Interesse der Menschen und auch der Industrie hier in Nordrhein-Westfalen gemeinsam diskutieren. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Abruszat. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Rüdiger Sagel** (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt nur eine Lehre, die man aus Fukushima ziehen kann: Das ist der sofortige Atomausstieg.

(Beifall von der LINKEN)

Daher müssen alle Atomreaktoren in Deutschland abgeschaltet werden, und zwar sofort. Dazu ist aber offensichtlich niemand bereit.

Über die CDU und die FDP, die erst in jüngster Zeit zu Atomkraftkritikern geworden sind, und über das, was die sich da bundespolitisch vorgenommen haben, will ich gar nicht erst reden. Fakt ist aber, dass die Grünen und die SPD es mit ihrem Atomkonsens während ihrer Regierungszeit – in sieben Jahren – gerade mal geschafft haben, zwei Atomreaktoren abzuschalten. Das ist Ihre traurige Bilanz; das muss man so deutlich sagen. Als ich damals noch Mitglied der Grünen war, habe ich das auch immer wieder kritisiert. Insbesondere habe ich mich in dieser Sache immer wieder mit dem damaligen Umweltminister Jürgen Trittin gestritten – vor allem weil er die Atomanlage in Gronau überhaupt nicht thematisiert hat und diese auch im Atomkonsens nicht berücksichtigt worden ist.

„Konsens ist Nonsens!“ – das sagt die Linke, und das sagt auch die Antiatombewegung in Deutschland mittlerweile seit mehr als 30 Jahren. Wenn es hier um Rechthabereien geht, bin ich ein Rechthaber; denn ich bin seit Langem – schon seit Anfang/Mitte der 70er-Jahre -Atomkraftgegner. Das ist die Realität. Andere, Herr Laschet, haben erst in jüngster Zeit erkannt, wie gefährlich diese Risiko-technologie ist.

(Armin Laschet [CDU]: Die Leute wählen Sie trotzdem nicht! -Gegenruf von der LINKEN: Sie auch immer weniger!)

Ich möchte noch etwas zur Situation in Nordrhein-Westfalen sagen. Eines ist nach wie vor klar: Wir haben hier nach wie vor die URENCO, die die Urananreicherungsanlage in Gronau betreibt. Die Atomkonzerne, die Atommafia sind maßgeblich daran beteiligt, dass hier weiter produziert wird. RWE und E.ON sind Gesellschafter der URENCO. Das ist von Ihnen allen nicht kritisiert worden.

Zum Thema „Atomenergie und Atomausstieg in Gronau“: Sie haben zwar hier einen netten Antrag gestellt. Aber bei den Grünen sitzen gerade einmal zwei Abgeordnete auf ihren Plätzen, die sich für dieses Thema interessieren. So viel zu den Grünen und wie ernst sie dieses Thema offensichtlich nehmen.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Minister Johannes Remmel)

– Ja, der Herr Minister ist auch noch da. Vielleicht werden wir von Ihnen noch etwas Wegweisendes hören. Die Realität ist doch, dass die Grünen im Moment hier schwach vertreten sind.

Der Traum von der sicheren Atomkraft wird aber in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen weitergeträumt. Die Forscher in Jülich haben diesen Traum immer noch. Wir konnten heute in der „taz“ lesen, dass die Jülicher Forscher weiterhin an diesem Thema dran sind. Es sind auch zwei Anlagen nach China verkauft und dort gebaut worden. Es gibt weitere Interessenten für die Hochtemperaturreakortechnologie.

Wir haben vorhin eine Debatte erlebt, was mit den Brennelementekugeln passiert ist. Da hat sich die rot-grüne Landesregierung ziemlich blamiert. Das kann man zum jetzigen Zeitpunkt feststellen. Die Grünen haben eine nette Bombe in die SPD reingelegt, was die Atompolitik angeht. Ich bin sehr gespannt, ob die Probleme hier noch alle aufgearbeitet werden. Fakt ist jedenfalls, die Wissenschaftler in Jülich haben jahrelange daran gearbeitet, nicht deutlich werden zu lassen, dass es massive Probleme auch mit der Hochtemperaturreaktorlinie gibt. Der Traum ist trotzdem nicht ausgeträumt.

Ich bin sehr gespannt, wie ernst Sie es in Nordrhein-Westfalen mit dem Ausstieg meinen. Ich habe schon erlebt, dass das auch bei SPD und Grünen in der Vergangenheit nicht so ein großes Thema war. Ich warte gespannt darauf, wie es weitergehen wird.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Remmel das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mir die Bemerkung nicht verknäuen, je öfter und intensiver ich dem Kollegen Sagel zuhöre, desto häufiger kommt mir der Gedanke, die Empfehlung zu geben, einen Dauertagesordnungspunkt „Kommentar der Woche“ einzurichten. Die gesamte Landespolitik wird dann von Herrn Sagel kommentiert wie früher „Der schwarze Kanal“ von der anderen Seite oder aus Bayern. Zu

allem und jedem hat Herr Sagel etwas zu sagen. Aber einen konkreten Vorschlag, wie wir in der Energiepolitik weiterkommen sollen, welche Entscheidungen wir hier in Nordrhein-Westfalen ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir haben schon Anträge gestellt, die haben Sie abgelehnt! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

– Nein, nein. Die Frage ist nämlich sehr konkret. Was ist das konkrete Handeln? Wo sind wir heute und morgen aktiv?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Den sofortigen Ausstieg, das wollt ihr ja nicht!)

– Ja, genau das ist ja die Frage. Auf die berechnigte Frage, wie wir es denn möglichst schnell rechtssicher hinkriegen können, aus der Atomenergie auszusteigen, hat Herr Aggelidis nur die Antwort: Wir müssen mehr Menschen auf die Straße bringen. Für einen Juristen ist das schon eine ...

(Michael Aggelidis [LINKE]: Das macht uns Frau Merkel sogar vor!)

Die Frage ist, Herr Aggelidis, ob wir in einem Rechtsstaat leben und ob Sie rechtsstaatlich konforme Vorschläge haben, um möglichst schnell aus der Atomenergie auszusteigen.

(Beifall von den GRÜNEN – Michael Aggelidis [LINKE]: RWE und Rechtsstaat passen nicht zusammen!)

Da müssen Sie sich schon mit Schadensersatzforderungen auseinandersetzen. Was heißt das konkret? Darauf haben Sie keine Antwort.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Konsens ist Nonsense!)

Da erwarte ich statt ständiger Kommentierungen konkrete Vorschläge, wie wir weiterkommen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die haben Sie alle abgelehnt!)

Das brauchen wir in diesem Land.

Ein paar Beobachtungen zu der heutigen Debatte hier und zu dem, was wir in Berlin zurzeit erleben. Es schon auffällig, das gerade angesichts der jetzigen Situation die Redner der Opposition dadurch auffallen, dass sie auf die Bremse treten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie auch!)

In einem präsidentialen Ton wird gesagt, wir müssen alle an einen Tisch. – Okay, wir wollen auch die Hand zu einem neuen Aufbruch, einem neuen Kompromiss reichen – selbstverständlich.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Oi!)

Dann darf man aber nicht nur Fragen stellen, sondern man muss auch konkrete Vorschläge machen und konkret handeln.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn allzu viel Zeit haben wir nicht. Wenn wir es schaffen wollen, innerhalb kurzer Zeit beschleunigt in die erneuerbaren Energien einzusteigen, läuft uns die Zeit davon. Deshalb brauchen wir klare Rechtsgrundlagen, und wir brauchen klare Handlungsschritte. Da würde mich schon ganz konkret interessieren: Was meinen Sie hinsichtlich der notwendigen Rechtsgrundlage eines Atomausstiegs?

Wir jedenfalls haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben eine Initiative in den Bundesrat eingebracht, einen konkreten Gesetzentwurf, eine sichere Rechtsgrundlage zu schaffen, die Sie in der Vergangenheit mutwillig infrage gestellt haben. Wir hätten heute die Diskussion nicht, wenn wir diese Rechtsgrundlage tatsächlich noch hätten. Aber Sie haben sie mit Ihrer Laufzeitverlängerung verändert.

Sie haben bisher kein Wort dazu gesagt, wie Sie die Politik und die aktuellen Bewegungen von RWE einschätzen. Was ist Ihre Meinung dazu, dass RWE Schadensersatzansprüche stellt? Mich würde interessieren, was die CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen dazu meint. Sind das berechtigte Schadensersatzforderungen? Werden diese Schadensersatzforderungen Erfolg haben? Kein Wort von Ihnen, kein Wort.

Da werden Millionenbeträge auf die öffentliche Hand zukommen, wenn nicht endlich eine ordentliche Rechtsgrundlage geschaffen wird. Moratorium, gut und schön, aber Moratorium heißt auch, dass die Gefahr besteht, dass die öffentliche Hand Tag für Tag Millionensummen zusätzlich für nichts und wieder nichts zu zahlen hat.

Also: Wir brauchen eine sichere Rechtsgrundlage. Deshalb würde mich schon interessieren, ob Sie die Initiative der Landesregierung im Bundesrat unterstützen. Wir brauchen dort eine Mehrheit und würden damit vonseiten der Länder deutlich unsere Interessen formulieren.

Darüber hinaus bekämen wir Klarheit. Wie ist denn das, Herr Lienenkämper, mit den energieintensiven Unternehmen? – Man darf nicht nur Fragen stellen, sondern muss auch Antworten geben. Bis heute haben Sie keine Antwort gegeben auf die Frage, ob Sie die Landesregierung unterstützen, die Einnahmen aus dem Emissionshandel wieder nach Nordrhein-Westfalen zurückzuführen, um gerade energieintensive Unternehmen zu unterstützen.

Wie steht es denn mit der Unterstützung bei KWK-Anlagen? – Wir brauchen eine neue Dynamik, sowohl im Bereich der Mikro-KWK als auch im Bereich der großen, effizienten Kraftwerke für Strom und Wärme auf Gasbasis. Wir brauchen auch die Unterstützung der Bundesregierung. Wir brauchen Leitentscheidungen, damit Investitionen stattfinden, gerade im Bereich der energieintensiven Unternehmen, damit wir sie nicht aus Nordrhein-Westfalen verlieren; denn das steht in der Tat auf der Tagesordnung. Deshalb sind auch Ihre Antworten gefragt.

Zu einem weiteren Punkt, den Sie auf die Tagesordnung gesetzt haben und der auf die Tagesordnung gehört: Was ist mit den Leitungsnetzen? – Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen einen neuen Anlauf. Sie haben seinerzeit geschlafen, als es darum ging, Pilotprojekte in Nordrhein-Westfalen im Bundesgesetz zu verankern. Wir haben leider nur eines. Deshalb brauchen wir eine Öffnung dieses Gesetzes. Wir brauchen weitere Pilotprojekte – Stichwort: Erdkabelverlegung in Nordrhein-Westfalen. Dazu ist Ihre Unterstützung nötig. Wir brauchen Sie, um bei der Bundesregierung eine Öffnung hinzubekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen auch Ihre Unterstützung, wenn es um intelligente neue Netzlösungen geht. Das wird nicht ohne eine solche Initiative gehen. Außerdem brauchen wir an verschiedenen Stellen eine Bereinigung mit einem neuen Aufbruch des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Wir müssen und wollen handeln. Wir haben mit dem Papier der Landesregierung, das heute auch in das Gespräch mit der Bundeskanzlerin eingebracht wird, konkrete Vorschläge vorgelegt. Wir haben eine Initiative, einen konkreten Gesetzentwurf, in den Bundesrat eingebracht. Dazu kann man sich verhalten. Wir haben genug Fragen gestellt, jetzt müssen wir handeln. Dazu fordere ich Sie auf. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von Rainer Schmeltzer [SPD])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Antrag** in der **Drucksache 15/1687** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Darf ich hierzu die Zustimmung des Hauses feststellen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf:

**3 Ökostrom jetzt!**  
**Erneuerbare Energien für den Landtag und alle öffentlichen Gebäude in NRW**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1680 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Die Linke dem Abgeordneten Aggelidis das Wort.

(Beifall von der LINKEN)

**Michael Aggelidis (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Landtag und Landesbehörden haben Vorbildfunktion. Unser Antrag zielt darauf ab, dieser Vorbildfunktion gerecht zu werden.

Mit nur 4,2 % Ökostromkunden ist Nordrhein-Westfalen wahrlich kein Ruhmeskranz zu flechten. Damit stehen wir am unteren Ende der Skala im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Etwa 70 % des Stroms wird bei uns in Nordrhein-Westfalen durch Kohleverstromung erzeugt. Auch das ist kein Grund, stolz zu sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zurzeit werden die Landtagsgebäude mit elektrischem Strom versorgt, der zu 44 % aus fossiler Energie und zu 24 % gar aus Atomenergie erzeugt wird. Nur 32 % kommen aus erneuerbaren Energien. Das geht so nicht weiter.

(Beifall von der LINKEN)

Wer es damit ernst meint, Lehren aus der Erwärmung des Klimas und aus der Katastrophe von Fukushima zu ziehen, kann damit nicht zufrieden sein. Herr Minister Remmel – jetzt ist er gerade nicht da –, eben haben Sie uns vorgeworfen, Die Linke würde nur kritisieren, immer nur meckern, aber keine konkreten Vorschläge machen. Jetzt machen wir konkrete Vorschläge, aber jetzt ist der Herr Minister nicht da. Na wunderbar!

(Beifall von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt ist er nicht mehr da!)

Daran sehen wir die Ernsthaftigkeit, mit der unserem Antrag begegnet wird.

Wir Linken fordern, dass der Landesbetrieb BLB jetzt für alle öffentlichen Gebäude eine ökologisch verantwortliche Energieversorgung organisiert.

(Beifall von der LINKEN)

Gerade für die Landtagsgebäude müsste das so schnell wie möglich technisch umgesetzt werden.

Wir fordern ferner, nur Ökostromanbieter zu beauftragen, die Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien produzieren. Außerdem sollen geeignete Maßnahmen zur Eigenstromversorgung geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden. Auf dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb BLB ist in der Weise einzuwirken, dass die öffentlichen Gebäude ebenfalls

nach dem Maßstab der ökologischen Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit mit elektrischem Strom und Wärme versorgt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir appellieren an dieser Stelle an Sie, nicht mit kleinkariertem Parteiengezänk zu reagieren. Hier muss doch eigentlich eine breite, fraktionsübergreifende Einigkeit möglich sein. Wenn einige von Ihnen meinen, dieser Antrag bedürfe der Präzisierung, zum Beispiel in Hinsicht auf entstehende Kosten – wir schließen nicht aus, dass vielleicht der eine oder andere Haushaltstitel noch erhöht werden müsste –, so sind wir für jede Konkretisierung und Verbesserung offen.

(Zustimmung von der LINKEN)

Ihnen allen hat im Übrigen freigestanden, entsprechende Änderungsanträge zu stellen.

(Beifall von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

Wir Linken haben immer wieder Änderungswünsche zu Anträgen anderer Fraktionen angemeldet, und es ist auch vorgekommen, dass wir für Anträge gestimmt haben, die in die richtige Richtung gegangen sind, auch wenn wir mit unseren Änderungswünschen nicht durchgekommen sind. Wir halten es für richtig, ganz nach den Inhalten zu urteilen und nicht nach vermeintlichen, neunmalklugen taktischen Erwägungen. Das wäre im Übrigen auch ein Beitrag gegen die viel beklagte Politikverdrossenheit.

(Beifall von der LINKEN)

Darum appelliere ich an Sie, das unbezweifelbar richtige und konsensfähige Anliegen unseres Antrages aufzugreifen und durch Ihre Fürstimme zu dokumentieren, dass Sie dem Inhalt zuliebe fähig sind, auch einmal über den eigenen Schatten zu springen. Das haben wir Ihnen in den letzten Monaten unzählige Male bewiesen. Sie erinnern sich vielleicht daran. Die Einschätzung der Motive für ein Nein zu unserem Antrag werden wir vornehmen und in der Öffentlichkeit zu kommunizieren wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Geerlings das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Jörg Geerlings (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viel Wind um nichts, muss man angesichts des Antrags der Fraktion Die Linke zusammenfassen. Ein Antrag, der offenkundig mit heißer Nadel gestrickt ist, um scheinbare Insellösungen aufzuzeigen, ist nicht ge-

eignet, Lösungsansätze in der wichtigen Energiefrage – wohl der Frage der Zukunft – zu leisten.

Nach § 1 Energiewirtschaftsgesetz soll eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung sichergestellt werden, ähnlich Art. 194 AEUV, Vertrag von Lissabon, der in Abs. 1 c) als Ziel nennt: „Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen“. Viele der im Gesetz genannten Grundsätze vermisste ich allerdings im Antrag der Linksfraktion. Der Antrag kann auch gar nicht auf diese Punkte eingehen, weil ihm eine Grundidee fehlt. Es ist ein Fensterantrag ohne Substanz, denn er ist überhaupt nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie halten hier eine Fensterrede!)

Ich vermisste in Ihrem Antrag Begriffe wie Kosten oder die gerade zitierte Energieeffizienz. Ihnen ging es allein darum, irgendetwas zum Thema „Erneuerbare Energien“ auf die Tagesordnung zu hieven.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Mentale Diarrhö!)

Ihnen ging es leider nicht darum, Lösungsansätze zu bieten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Doch, im Gegensatz zu Ihnen! Sie reden sich nur heraus! – Michael Aggelidis [LINKE]: Wir haben das getan, wozu uns der Minister aufgefordert hat!)

In Ihrem Antrag erwähnen Sie nicht einmal, dass bezüglich des Landtagsgebäudes im letzten Jahr erheblich an einer Verbesserung der Energieeffizienz gearbeitet wurde. In gleicher Weise ist davon auszugehen, dass auch bei anderen Gebäuden im Landeseigentum daran gearbeitet wird.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Mehr Atomstrom! – Ralf Michalowsky [LINKE]: 24 % Atomstrom!)

Das sind gute Wege, die beschritten werden und noch verstärkt werden müssen.

Ich will jetzt keine Generaldebatte starten, die wir schon oftmals – richtigerweise – über die Frage der Energieversorgung der Zukunft geführt haben. Denn dann müsste die Frage gestellt werden, wie wir insgesamt erneuerbare Energien zur Verfügung stellen, etwa: Wie soll der Ausbau der Netze erfolgen? Auch bei dieser Frage haben Sie von der Linksfraktion zuletzt nur dadurch Rede von sich gemacht, dass Sie die Stromnetze verstaatlichen wollten.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Genau!)

Damit leisten Sie sicher keinen Beitrag zu einer effizienten Energieversorgung.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Nur dann!)

Energie muss bezahlbar sein – für die Bürger, für die Unternehmen und auch für die öffentliche Hand.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Deswegen wollen Sie auch weiter Atomstrom! – Michael Aggelidis [LINKE]: Die Steuerzahler bezahlen das! – Weitere Zurufe von Bärbel Beuermann [LINKE] und von Özlem Alev Demirel [LINKE])

– Hören Sie ruhig mal zu. Darauf hebt Ihr Antrag in keiner Weise ab. Er täte aber gut daran, dieses Ziel im Blick zu behalten. Denn je schneller erneuerbare Energien wettbewerbsfähig werden, desto schneller steigt auch ihre Akzeptanz.

Was fehlt Ihrem Antrag? – Der Antrag bleibt bei einem Detail stecken. Ihm fehlt ein Gesamtkonzept, so wie es etwa das Energiekonzept der Bundesregierung darstellt,

(Lachen von Ralf Michalowsky [LINKE])

das detailliert und mit ambitionierten Zielen den Weg hin zu einer umweltverträglichen und sicheren Energieversorgung aufzeigt.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Damit können Sie im Kabarett auftreten!)

Bundesumweltminister Norbert Röttgen kämpft an erster Stelle für einen raschen Umbau der Energieversorgung.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Karneval ist schon vorbei!)

Im Gegensatz zum vorliegenden Antrag bleibt er aber nicht im Detail stecken, sondern nimmt auch die Probleme der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit mit in den Blick.

Sie fordern zudem, dass die Landesgebäude von einem Stromversorger versorgt werden, der zu 100 % Ökostrom anbietet.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau! – Michael Aggelidis [LINKE]: Die gibt es!)

– Solche Anbieter bzw. Stromtarife gibt es in der Tat. Unter anderem viele kommunale Stadtwerke bieten dies bereits an.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Wie viele denn?)

Jeder mit etwas Physikkenntnissen weiß natürlich, dass nach dem Ohm'schen Gesetz der Strom physikalisch aus der nächsten Bezugsquelle kommt,

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Keine Ahnung!)

was rund um den Landtag etwa Strom aus Braun- und Steinkohle sein dürfte.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Das weiß doch jeder!)

Die Anbieter von 100 % Ökostrom hinterlegen ihren Bezug mit Zertifikaten. Irgendwo im Gesamtnetz wird die angebotene Strommenge also mit Strom aus erneuerbaren Bezugsquellen eingespeist. Ich bin zuversichtlich, dass die Hinwendung zu erneuerbaren Energien gelingen wird. Mit einem Antrag wie dem vorliegenden ist man diesem Ziel aber nicht näher.

Ein Gesamtkonzept der Energieversorgung – mindestens für Nordrhein-Westfalen, besser aber für die gesamte Bundesrepublik Deutschland, so wie es die Bundesregierung macht – hilft da deutlich besser.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Dr. Geerlings, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Frau Abgeordnete Beuermann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

**Dr. Jörg Geerlings (CDU):** Ja, gerne.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön.

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Vielen Dank, Herr Dr. Geerlings. Sie nannten in Ihrer Rede, dass viele Stadtwerke Ökostrom anbieten würden. Könnten Sie uns bitte eine genaue Anzahl und die Städte nennen?

(Zuruf von der CDU: Was soll der Quatsch denn?)

Denn wenn Sie so effizient darüber reden, müssen Sie sich doch auch kundig gemacht haben.

**Dr. Jörg Geerlings (CDU):** Ich kann Ihnen die genaue Zahl nicht sagen, Frau Kollegin. Ich bin aber Aufsichtsratsvorsitzender eines Stadtwerks, welches das anbietet. Die genaue Zahl können Sie selbst eruieren, das wird sicherlich irgendwo hinterlegt sein.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Wenn Sie das in den Raum stellen, sollten Sie schon mit validen Zahlen handeln!)

– Sie können sich erkundigen. Einer der Kollegen rief ja dazwischen, dass es sie gibt. Also erzählen Sie keine Märchen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie erzählen hier Märchen! Sie haben keine Ahnung! Das ist das Problem!)

– Wenn Sie das sagen, Herr Sagel, dann ist das eine sehr wertvolle Aussage.

Noch einmal: Unsere beste Energiequelle heißt Energieeffizienz. Von allen Varianten moderner Energiepolitik ist sie die wirksamste und wirtschaft-

lichste. Durch sie entstehen Beschäftigung und Wachstum im Inland, weniger Importabhängigkeit, eine bessere Energieversorgung sowie Sicherheit und positive technische Innovationen. Energieeffizienz muss daher auch in der Förderung den gleichen Stellenwert wie die erneuerbaren Energien haben, ohne dadurch den Strompreis für die Verbraucher weiter zu erhöhen. Dabei haben anreizorientierte Förderinstrumente Vorrang vor staatlichen Vorgaben und/oder Eingriffen. Sämtliche Gebäude im Landeseigentum müssen ständig daraufhin überprüft werden. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind daher essenzielle Kernpunkte eines Gesamtkonzepts. An einem Konzept mangelt es dem vorliegenden Antrag aber deutlich. Daher kann die CDU-Fraktion ihm auch nicht zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Abschalten!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Dr. Geerlings. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Stinka das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Stinka.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Jetzt sind wir aber gespannt!)

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Guckt man sich den Antrag an, denkt man: Oberflächlich gesehen ist es ein guter Antrag, weil die öffentliche Hand natürlich eine Vorbildfunktion einnimmt. Das ist richtig. Nur, wenn man sich der Realität in Nordrhein-Westfalen, der Menschen mit kleinen Einkommen, der mittelständischen Wirtschaft stellt, dann weiß man, dass es sicherlich ganz andere Arbeitspunkte gibt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Zur Sache, Kollege, zur Sache! – Michael Aggelidis [LINKE]: Jetzt beten Sie auch das Gebet vom billigen Atomstrom!)

– Herr Aggelidis, wenn Sie vielleicht zuhören würden. Mit Ihrer Agitation helfen Sie der Industriepolitik ganz sicher nicht.

Wir stellen uns der Realität und fragen: Kann die SPD-Fraktion in der Welt des Landtags sagen: „Wir haben Ökostrom“ und dann den Blick ins Land vergessen?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Tun wir doch gar nicht!)

Denn den Blick ins Land haben Sie nicht. Sie haben vorhin deutlich gemacht, dass Sie von Demonstrationen erwarten, dass sich dann etwas am Energieversorgungssystem ändert. Das glauben wir ganz sicherlich nicht, meine Damen und Herren.

Sie stellen in Ihrem Antrag auch noch dar, dass der Ökostromanteil so niedrig ist. Warum ist er denn so niedrig? Warum sollte sich gerade der Landtag um diesen niedrigen Stromanteil bemühen? Wir sind der Auffassung, dass der Sitz des Parlaments dazu beizutragen und die Aufgabe hat, den Ökostromanteil zu erhöhen, den wir in Nordrhein-Westfalen erbringen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau! In allen Gebäuden des Landes!)

Vor dem Hintergrund geht der Antrag ganz klar am Leben vorbei.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Fangen Sie doch irgendwo an!)

Wir können uns hier mit einem Deckmäntelchen versorgen und so tun, als wäre die Welt dann schön. Nein, die Welt wird draußen gemacht, die Energie wird draußen organisiert.

Und wenn Sie in Ihrer Aufschlüsselung der Energieversorgung beispielsweise Kraft-Wärme-Kopplung vergessen, wenn Sie sich beispielsweise auch an der Windkraftdiskussion nur relativ schwach beteiligen, dann machen Sie doch deutlich, dass es Ihnen nur darum geht, hier ein Signal zu setzen, um sichtbar in die Medien zu gelangen und um deutlich zu sagen: „Wir sind Öko!“ Aber alles, was danach kommt, interessiert Sie nicht. – Das ist uns zu wenig, und das reicht auch bei Weitem nicht aus.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da sagen!)

Denn wenn Sie sich mit den Gegebenheiten des Landtags beschäftigt hätten, dann wüssten Sie, dass sich bereits in der letzten Wahlperiode eine Kommission der Fragen angenommen hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Keine Ergebnisse!)

Sie wüssten dann sehr wohl auch, dass viele Änderungen am Gebäude als problematisch eingestuft werden. Denn das ist auch ganz eng mit Haushaltsfragen verknüpft.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Mit Atomstrom aber!)

Dieser Schaufensterantrag, Kolleginnen und Kollegen, sollte durch unsere Arbeit umgewandelt werden, nämlich durch unser Engagement für mehr Kraft-Wärme-Kopplung, für Windkraft, für den Einsatz von Zertifikaterlösen. Ein solcher Antrag würde dann irgendwann die Überschrift tragen: „Mehr Ökostrom, erneuerbare Energien für die Menschen im Land Nordrhein-Westfalen“. Dafür sind wir hier. Diese Vorgaben erfüllt Ihr Antrag nicht.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Dann hätten Sie doch einen Änderungsantrag stellen können!)

Daher werden wir diesen Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Ralf Michalowsky [LINKE]: Das hätte man aber besser machen können, Herr Stinka! Schwache Leistung!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Brems das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt kommen weitere Ausreden! – Ralf Michalowsky [LINKE]: Aber das sind wir ja gewohnt! – Özlem Alev Demirel [LINKE]: Links reden, anders leben!)

**Wibke Brems (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, ich lebe anders, und ich rede nicht nur anders, liebe Fraktion Linke.

Herr Aggelidis, die Politik hat eine Vorbildfunktion. Da haben Sie absolut recht. Darum werden auch zum Beispiel bei der Wärmeversorgung von Gebäuden auf EU-Ebene höhere Standards erwartet, bevor dies bei Privathäusern der Fall ist. Darum werden auch die Gebäude des Bundestags und zahlreicher anderer Landtage mit Ökostrom versorgt.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Unser Haus nicht!)

Auch wir hier in Nordrhein-Westfalen müssen unserer Verantwortung gerecht werden.

(Zuruf von der LINKEN: Aha! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann denn?)

Darum hat sich das Kabinett auch zum Ziel gesetzt, die Landesverwaltungen bis zum Jahr 2030 CO<sub>2</sub>-neutral zu gestalten.

(Zuruf von der LINKEN: 2030! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ui! 2030! In 20 Jahren! Klasse! Super!)

– Halten Sie jetzt endlich einmal die Klappe, Herr Sagel! Ich bin jetzt dran. Meine Fresse! Mann!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Quatscherei! – Glocke)

Sie hätten gerade die Chance gehabt,

(André Stinka [SPD]: Welche Chance?)

Sie haben diese Chance aber nicht genutzt.

Das Ziel, die Energieversorgung der gesamten Landesverwaltung CO<sub>2</sub>-neutral zu gestalten, bedeutet eine riesengroße Aufgabe. Dazu gehört natürlich auch die Energieversorgung dieses Gebäudes.

Der vorliegende Antrag der Linken ist – da stimme ich mit Herrn Dr. Geerlings überein – mit heißer Nadel gestrickt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben überhaupt keine Nadel!)

Sie fordern, den Landtag und alle Landesgebäude sofort und umgehend mit Ökostrom zu versorgen. Hier hätte eine etwas weitergehende Recherche absolut geholfen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben überhaupt nicht recherchiert!)

Es gibt bestehende Verträge, aus denen man nicht einfach so mal eben aussteigen kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Weitere Maßnahmen: Sie haben ...

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Pscht!

**Wibke Brems** (GRÜNE): ... in Ihrem Antrag gefordert,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sind ein Papiertiger!)

„weitere Maßnahmen zu ergreifen, um eine komplette ökologische Versorgung der Landtagsgebäude zu organisieren“. – Ja, womit denn? Mit Wärme, mit Hähnchenschenkeln in der Kantine oder womit? Sie müssen an dieser Stelle schon ein bisschen präziser werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Bärbel Beuermann [LINKE]: Ganz ruhig! Wir schaffen das gemeinsam!)

Sie fordern, nur solche Ökostromanbieter zu nehmen, die ihren Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen. Weitere Kriterien sind bei Ihnen absolute Fehlanzeige. Es geht nicht darum, den Anteil neuer Anlagen zu betrachten. Das alles sind wichtige Kriterien, für die es feste Siegel gibt und die an dieser Stelle ganz wichtig sind.

Herr Dr. Geerlings hat an dieser Stelle recht. Ja, es geht nicht darum, einfach zu sagen, man beziehe an der einen oder anderen Stelle Ökostrom, sondern es geht natürlich darum, den Prozess zu fördern, dass mehr Ökostrom ins Netz eingespeist wird. Das ist ganz richtig.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Solche Anträge hatten wir schon längst gestellt! Sie haben sie alle abgelehnt! Papiertigerfraktion! Unglaublich!)

Neben diesen teilweise – ich muss es so sagen – kruden Forderungen fehlen in Ihrem Antrag ganz wichtige Aspekte. Wir werden uns hier rechtzeitig

vor Auslaufen der Verträge Ende 2012 um die Stromversorgung der Landesgebäude kümmern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben überhaupt keinen Antrag gestellt!)

Aber Verträge brechen wir hier nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Michalowsky [LINKE]: Wo steht das denn da drin?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, wenn Sie recherchiert hätten, wüssten Sie ganz genau, dass unsere Verträge hier im Land bis Ende 2012 laufen.

(Anhaltende Unruhe)

In Ihrem Antrag blenden Sie

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Haben Sie den Antrag überhaupt gelesen?)

das vorliegende Energiekonzept des Landtags komplett aus.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: „So schnell wie möglich“!)

Dies sollte, finde ich, regelmäßig in der Umsetzung begleitet werden und nicht, wie bisher, nur alle paar Jahre.

Für uns geht es neben der Energieversorgung nämlich auch darum, den Strom- und Wärmeverbrauch hier zu reduzieren. Da geht es nicht nur darum, hier in diesem Gebäude teure Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen, sondern auch um kostengünstige Maßnahmen, wie beispielsweise die Einstellung der Heizung.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Vollkommen kostenlos – das erfordert aber von uns allen etwas Eigenleistung – ist eine Änderung des Nutzerverhaltens.

(Beifall von den GRÜNEN)

In diesem Bereich sind 10 bis 12 % einzusparen. Wir alle sind verantwortlich für den Energieverbrauch in diesem Gebäude.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann fangen Sie eben mal damit an! Oder wollen Sie damit auch bis zum Jahr 2030 warten?)

Liebe Linke, die aufgezeigten Fehler und blinden Flecken Ihres Antrags zeigen: Sie wollten die Ersten sein. Inhalt und Substanz waren vollkommen unwichtig. Denn sonst hätten Sie dazu beigetragen, dass wir mit einer breiten Mehrheit eine Lösung finden, und zwar in einem Ausschuss. Da hätten wir konkretisieren können. In dieser Runde ist es hier so mit Ihnen nicht möglich. Da wäre sicherlich auch eine breite Mehrheit möglich gewesen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das war ein Stich ins Herz! Das tut weh, oder?)



Wir werden in Zukunft dafür sorgen ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihr könnt nicht grün! Ihr heißt nur so!)

Sie wollten das nicht. Da sind Sie wie der Hase, der kopflos losläuft und nicht merkt, dass man auch anders gewinnen kann. Es geht nicht immer darum, Erster zu sein oder etwas gut zu meinen, sondern es geht darum, seine Sache gut zu machen. SPD und Grüne gehen diesen Weg, die Linke leider nicht.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der CDU – Ralf Michalowsky [LINKE]: Ihr habt überhaupt nichts gemacht! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Ihr seid ja nur die Kofferträgerfraktion!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, wollten Sie noch eine Zwischenfrage der Abgeordneten ... – Ganz offensichtlich nicht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Bremse der Grünen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Brockes das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Brockes.

**Dietmar Brockes**<sup>\*)</sup> (FDP): Vorab, Frau Kollegin Brems, ich befürchte ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Bremse der Grünen!)

Frau Kollegin Brems, es wäre schön, wenn Sie zuhören würden ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das kann sie nicht!)

Ich meine die Kollegin Brems. Frau Brems, ich befürchte, dass Ihre Äußerung in Richtung des Kollegen Sagel möglicherweise unparlamentarisch war. Darüber wird aber wohl das Präsidium entscheiden.

(Widerspruch von den GRÜNEN – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Aber ich fand es von der Sache her richtig.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Das tolerieren wir aber!)

Meine Damen und Herren, Die Linke fordert in ihrem Antrag die komplette Versorgung aller Landesgebäude mit erneuerbaren Energien. Im Unterschied zu den sonstigen Anträgen der Linken ist dieser Antrag aber einmal nicht mit Klassenkampfpapieren gespickt. Aus meiner Sicht lohnt sich auch eine inhaltliche Debatte darüber.

(Zuruf von der LINKEN: Oh! Herr Kollege Brockes!)

Insofern wundert es mich schon, dass die Debatte bisher so wenig inhaltlich und eher oberflächlich ge-

führt wurde. Ich finde es auch einigermaßen schade, dass der Antrag nicht zur Beratung an den zuständigen Ausschuss überwiesen wird.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Stimmen Sie da zu?)

Jetzt ad hoc ohne genaue Kenntnisse zum Beispiel über die Kosten und den Nutzen hier über den Antrag zu entscheiden, halte ich für nicht möglich. Deshalb werden wir ihn auch gleich ablehnen.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf den Landtag haben wir bereits in der Vergangenheit großen Wert auf Energieeffizienz gelegt. Dies haben wir in der vergangenen Legislaturperiode – einige der Kollegen sehe ich hier in der Runde – auch mit einer Kommission begleitet, in der die energiepolitischen Sprecher die im Landtag umgesetzten Maßnahmen verfolgt haben.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Frau Präsidentin, Herr Präsident, vielleicht darf ich das auch an das Präsidium richten: Mich würde es freuen, wenn diese Kommission bezüglich der Energieeffizienz in diesem Hohen Hause auch in naher Zukunft wieder tagen würde und wir als Abgeordnete diesen Prozess begleiten könnten, um damit unseren Kolleginnen und Kollegen, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, dass wir hier sehr großen Wert auf Energieeffizienz legen.

(Beifall von Gunhild Böth [LINKE])

Auch im Bericht der „WAZ“ vom Mittwoch dieser Woche ist deutlich geworden, dass der Landtag ein sehr gutes Energieeffizienzverhalten aufweist. Bei der Umgestaltung des Plenarsaals wurde jetzt ebenfalls ein Schwerpunkt auf den effizienten Einsatz der Energie gelegt.

Meine Damen und Herren, jede Kilowattstunde, die wir nicht verbrauchen, ist ein richtiger Gewinn. Insofern erachten wir es unabhängig von der Frage, welche Energie man verbraucht, für absolut notwendig, so wenig wie möglich davon zu verbrauchen. Wir sollten uns alle einig sein, dass dies die oberste Priorität haben sollte.

Insofern haben die Landesgebäude sicherlich Nachholbedarf. Im Bericht der „WAZ“ vom Mittwoch dieser Woche wurde das auch sehr deutlich. Investitionen in die Gebäudesanierung sind notwendig und sollten in Angriff genommen werden.

Es sei dahingestellt, ob es volkswirtschaftlich sinnvoll ist, wie im Klimaschutzgesetz vorgesehen, eine CO<sub>2</sub>-neutrale Landesverwaltung aufzubauen. Frau Kollegin Brems, da ist das Ziel 2030 auch nicht unbedingt ambitioniert.

Ganz sicher ist es aber ein nicht haltbarer Zustand, wenn in den Gebäuden der Landesministerien regelrecht Energie verschwendet wird. Deshalb werden wir unabhängig vom hier diskutierten Antrag der

Linken im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie einen Bericht der Landesregierung zum Zustand der Regierungsgebäude einfordern. Wir erwarten, dass daraus anschließend auch ein Konzept und eine Umsetzungsstudie entstehen.

Meine Damen und Herren, als Parlament sind wir dazu verpflichtet, sparsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umzugehen. Insofern können wir hier nicht ohne die nötigen Informationen eine Entscheidung treffen. Bei der Energieeffizienzsteigerung sollten wir aber, wie gesagt, auch als Vorbild vorangehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Ralf Michalowsky [LINKE]: Das Mikrofon am Rednerpult läuft mit französischem Atomstrom!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Walter-Borjans das Wort.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Warum nicht Herr Remmel? – Rüdiger Sagel [LINKE]: Der arme Finanzminister muss immer alle Lücken schließen!)

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entscheidung über den Antrag der Fraktion Die Linke treffen Sie. Ich will für die Landesregierung nur einige Informationen dazu beisteuern, die noch einmal deutlich machen: Auch in der Frage einer Umstellung auf erneuerbare Energien muss man sich die Realität angucken. Man muss sich anschauen, in welchen Vertragsbeziehungen man steckt, und berücksichtigen, dass auch diese Entscheidung sich am Ende in ein gesamtes Ganzes einfügen muss. Man kann also nicht einfach Wünsche in einem Antrag formulieren und sagen, anschließend sei die Welt anders.

Es gibt einen Koalitionsvertrag, den SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausgehandelt und beschlossen haben. In diesem Koalitionsvertrag heißt es:

„Die Stromerzeugung Nordrhein-Westfalens ist auf einen stetig steigenden Anteil Erneuerbarer Energien umzustellen.“

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE] und von Ralf Michalowsky [LINKE])

„Erneuerbaren Energien ist der Vorrang vor allen anderen Energieträgern einzuräumen.“

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Guter Vertrag! – Ralf Michalowsky [LINKE]: Er muss auch umgesetzt werden!)

An dieser Stelle geht es zunächst um die Stromerzeugung; denn dort entscheidet sich auch, ob wir Nachhaltigkeit erreichen, ob wir den Umstieg auf die

erneuerbaren Energien durchsetzen und ob wir damit die Ressourcen dieser Erde schonen. Genauso klar ist, dass die Produktion natürlich auch vom Verhalten der Nachfrager bestimmt wird.

Die Landesregierung hat sich vor diesem Hintergrund selbstverständlich nicht nur darauf verständigt, sondern ist auch davon überzeugt, dass auch sie mit ihrem Nachfrageverhalten einen Einfluss auf eine umweltverträgliche und ressourcenschonende Produktion von Energie nehmen kann.

Wir haben dabei aber Folgendes festzustellen: Wir sind in einem Vertragsverhältnis. Seit 2009 gibt es Verträge, die bis 2012 laufen. Insofern ist das Gelächter darüber, dass man 2013 etwas ändern will, überhaupt nicht nachzuvollziehen. Man kann nicht heute etwas beschließen und es morgen umsetzen. Wir sind in Verträgen, die bis 2012 gelten.

Im Übrigen gelten die Verträge der Hochschulen in deren eigener Verantwortung. Das heißt, dass wir keinen Einfluss darauf haben. Diese Entscheidungen sind von den Hochschulen zu treffen. Wir können die Entscheidungen nur für die Bereiche treffen, für die wir zuständig sind und die unserem Zugriff unterliegen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir werden darauf achten, dass bei den Verträgen, die insbesondere vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb in diesem Zusammenhang geschlossen werden, Ihre Überlegungen einbezogen werden. Wir haben den Bau- und Liegenschaftsbetrieb auch bereits darauf aufmerksam gemacht. Es ist auch in seiner eigenen Planung vorgesehen, beispielsweise beim Neuabschluss der Verträge innerhalb dessen, was Vertragsfreiheit und Vergaberecht hergeben, auf diese Umstellung zu achten. Natürlich müssen wir uns auch angucken, welche Kosten im Augenblick damit verbunden sind und was das für den Landeshaushalt bedeutet.

Außerdem werden wir bei Neubauvorhaben darauf achten und prüfen lassen, ob Blockheizkraftwerke möglich sind, die auch eine Eigenstromversorgung in dem Sinne ermöglichen, der aus diesem Antrag heraus deutlich wird.

Insofern ist die Zielrichtung wohl unbestritten. Genauso unbestritten ist aber, dass es dafür Rahmen gibt. Auch die Dinge, die wir wirklich so schnell wie möglich ändern wollen, sind nicht von heute auf morgen zu ändern, sondern nur im Rahmen dessen, was Verträge hergeben und was Kosten- und Vergaberecht und alle diese Rahmenbedingungen ermöglichen. Und daran arbeiten wir. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Walter-Borjans. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Die Linke hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem **Antrag Drucksache 15/1680 – Neudruck** – zu? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Grüne, CDU und FDP.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Atomausstieg!)

Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**4 Bei der Verteilung der Bundesmittel an den Kosten für Bildung und Teilhabe die Anzahl der berechtigten Kinder berücksichtigen**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1691

Wie bereits mitgeteilt, wird dieser **Tagesordnungspunkt** in die nächste Plenarwoche – in die Sitzungen im Mai – **verschoben**.

Deshalb kommen wir jetzt zu Tagesordnungspunkt

**5 Endlich Lehren aus der Love-Parade-Katastrophe ziehen – Kinder und Jugendliche müssen gefahrlos Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen besuchen können**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1688

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Engel das Wort.

**Horst Engel** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke)

Erst Duisburg, jetzt Oberhausen. Neun Monate nach der verheerenden Love-Parade-Tragödie mit 21 Toten und mehr als 500 Verletzten wird offenkundig, dass die Landesregierung immer noch nicht die notwendigen Konsequenzen aus den Ereignissen in Duisburg gezogen hat. Dabei hatte sie wortreich einen besseren Schutz bei Großveranstaltungen versprochen. So erklärte Innenminister Jäger wörtlich: Wir haben jetzt den politischen Auftrag, so zu handeln, dass so ein Unglück möglichst nie wieder passiert in diesem Land.

Herr Innenminister, was ist seit diesen tragischen Ereignissen bei der Love-Parade im Juli 2010 passiert?

Ich sage Ihnen: Tatsächlich unternommen wurde nach der Love-Parade-Tragödie so gut wie nichts.

Von den am 17. August 2010 in einer Kabinettspresskonferenz der Landesregierung wortreich angekündigten Maßnahmen ist bislang faktisch nichts erfolgreich umgesetzt worden. Wir mussten als FDP massive Kritik und Druck im Innenausschuss des Landtages ausüben, bis eine Arbeitsgruppe des Innenministers erst im Februar 2011, also sieben Monate nach dem schwarzen Tag in Duisburg, eingerichtet wurde.

Aufgrund Ihres Zauderns und Zögerns sind erste Arbeitsergebnisse wohl frühestens im Sommer 2011 zu erwarten. Herr Minister, diese Arbeitsergebnisse und Handlungsempfehlungen könnten dem Parlament längst vorliegen, wenn die Arbeitsgruppe unmittelbar nach der Tragödie eingesetzt worden wäre. Sieben Monate wertvolle Zeit sind verstrichen. Das ist Ihre Verantwortung.

Man kann es kaum glauben, dass Sie als Duisburger Bürger, als Duisburger SPD-Chef und in Ihrer Eigenschaft als Innenminister und dienstlicher Besucher der Love-Parade während der Tragödie diese nicht zur Chefsache gemacht haben. Nur Ankündigungen – das war es. Das ist viel zu wenig und nicht in Ordnung, Herr Minister. Ich verstehe auch Frau Ministerpräsidentin Kraft nicht, deren Sohn als Raver auf der Love-Parade war. Sie hat bemerkenswerte Trauerreden gehalten – das unterstreiche ich noch einmal –, aber inzwischen haben wir das Gefühl, dass das Kabinett diesen schwarzen Tag in Duisburg wohl eher so behandelt, dass möglichst schnell Gras darüber wächst.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Das ist unanständig, was Sie hier machen!)

– Sie können ja gleich reden, Herr Bolte. Dann wollen wir einmal hören, wie Sie diesen Sachverhalt beurteilen, ob Sie zu anderen Ergebnissen kommen. Ich bin darauf gespannt.

Ein Erlass, der lediglich auf die geltende Rechtslage verweist, ist mager und völlig unzureichend.

(Beifall von der FDP)

Das gilt auch für die Beratungsergebnisse im Innenausschuss. Sie sind mehr als dünn. Wir wollen als Parlament wissen, welche Lehren aus der Tragödie zu ziehen sind und ob es richtig ist, dass kleine Laternenumzüge oder Nachtflohmärkte pauschal mit teuren Sicherheitsmaßnahmen überzogen wurden, während andere Veranstaltungen mit weniger als 5.000 Besuchern, aber höherem Gefährdungspotenzial nahezu unbehelligt agieren können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tragödie der Love-Parade war eine der schlimmsten Katastrophen des Landes Nordrhein-Westfalen und Europas seit Jahrzehnten. Im Jahre 1985 ereignete sich die Katastrophe von Heysel. Viele von Ihnen werden sich bestimmt noch daran erinnern. Vor dem Fußball-Europapokalspiel zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin im Heysel-Stadion

in Brüssel brach eine Massenpanik aus, als Anhänger von Liverpool in den neutralen Sektor stürmten. Eine Wand stürzte ein, 39 Menschen wurden getötet, 454 verletzt.

Diese Katastrophe hatte weltweit weitreichende Folgen für Fußballspiele bzw. für die Gestaltung von Fußballstadien, die noch heute überall zu sehen sind. Eine Konsequenz war neben einer geänderten Ticketvergabe und mehr Sitzplätzen zum Beispiel auch die bauliche Veränderung der Fußballstadien, indem etwa die Zäune ersetzt wurden, die zuvor die Zuschauer daran hindern sollten, auf das Spielfeld zu gelangen, auch wenn dadurch gelegentlich Flitzer oder zuletzt auch aggressive Fans auf das Spielfeld gelangen konnten. Zudem wurden die Taktik und die Zusammenarbeit der Polizei – auch international – sowie die Präsenz an neuralgischen Punkten verbessert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach Duisburg wurde bislang nichts verbessert. Ich frage noch einmal: Soll darüber Gras wachsen? – Ich hoffe, nicht.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Horst Engel (FDP):** Nein, ich trage im Zusammenhang vor.

Aber ein Unglück kommt selten allein. Das mussten Sie, Herr Jäger, nun persönlich schmerzlich erfahren. Sie haben in der letzten Legislaturperiode Frau Ministerin Müller-Piepenkötter als Pannenministerin bezeichnet, ihr Führungsversagen, Verantwortlichkeit für strukturelle Mängel sowie Verunsicherung der Bevölkerung vorgeworfen.

(Thomas Stotko [SPD]: Bravo!)

Das wirft man Ihnen heute vor. Ich höre „Katastrophenminister Jäger“.

(Zuruf von der SPD: Wo hören Sie das denn?)

Die Love-Parade in Duisburg und DSDS in Oberhausen haben Parallelen, wenn auch Duisburg viel gravierendere Folgen hatte. Bei beiden Ereignissen wurde von vorne unkoordiniert ein Zugang geschlossen, durch den viele nachströmende Menschen noch hineingehen wollten. Es waren viel zu wenige Sicherheitsmitarbeiter dort und die vorhandenen noch am falschen Ort eingesetzt. Die zuständige Behörde hat sich im Vorfeld mit Sicherheitsauflagen zufrieden gegeben, die sich tatsächlich als unzureichend herausstellten. Die Behörde war nicht mit eigenen Mitarbeitern vor Ort, um sich selbst ein Bild zu machen und reagieren zu können. Die Polizei selbst kam in einer Lage zu Hilfe, als das veranstaltungsseitige Sicherheitskonzept bereits gescheitert war.

Nach Duisburg haben wir mit Oberhausen nun weitere junge Opfer, die unter körperlichen und seelischen Wunden einer Massenpanik leiden, die sich selbst vielleicht nicht mehr in Menschenansammlungen trauen und deren Eltern besorgt sind, ob sie ihre Kinder überhaupt noch zu größeren Veranstaltungen lassen können. Noch im Januar, Herr Minister, haben Sie die Frage mit Ja beantwortet: Ja, man kann sie wieder auf solche Veranstaltungen ziehen lassen.

Nach Oberhausen wissen wir, dass diese Einschätzung falsch war, weil sich Veranstalter und Behörden verschätzen oder es nicht so genau nehmen. Was tut die Landesregierung hier? – Ein Innenminister dieses Landes, der den Eltern sagt, ihr könnt eure Kinder auf solche Veranstaltungen schicken, ohne sorgsam wesentliche Risikofaktoren ausschließen zu können, handelt leichtsinnig.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die zuständigen Behörden müssen künftig die Art der Veranstaltung und der Besucher stärker im Rahmen einer fortlaufenden Risikoanalyse berücksichtigen. Behördliche Auflagen und Kontrollen müssen sich stärker an neuen Realitäten und Mobilisierungsformen ausrichten. So könnte etwa ein zwingend einzuhaltendes Ordner-Besucher-Verhältnis das Verhalten der notwendigen personellen Reserven sicherstellen.

Eine Verpflichtung des Veranstalters zur fortlaufenden Kontrolle der voraussichtlichen Besucherzahlen, verbunden mit einer lageangepassten Anzeigepflicht des Veranstalters bei Überschreiten einer bestimmten Besucherzahl könnte ein schnelles Eingreifen der Behörden gewährleisten.

Herr Jäger, Ihr Staatssekretär Dr. Krüger hat selber im Januar im Innenausschuss ausgeführt, dass ein Martinszug in der Tat einer ganz anderen Betrachtungsweise bedürfe als etwa ein Rockkonzert in einem ganz bestimmten Areal oder ein Weihnachtsmarkt in einem verwinkelten Kleinstadtzentrum. Recht hat er! – Nur ist bislang nichts passiert. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Engel. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Kollege Rickfelder.

**Josef Rickfelder (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es vorwegzunehmen: Die CDU-Fraktion wird dem FDP-Antrag zustimmen.

Ihren Antrag, lieber Herr Engel, können wir im Beschlusstext sehr wohl unterstützen. Mit der Begründung haben wir allerdings unsere Schwierigkeiten.

Formulierungen in Ihrer Begründung wie „Verpflichtung“ oder „zwingend einzuhaltende“ Regeln können wir so nicht nachvollziehen. Ich werde im weiteren Verlauf meiner Rede deutlich machen, weswegen wir mit solchen Beschreibungen Schwierigkeiten haben. Andererseits sind wir ganz nahe bei Ihnen, wenn Sie zum Beispiel die Defizite der Landesregierung beschreiben. Hier besteht tatsächlich Nachholbedarf.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, leider mussten wir im letzten Sommer die Katastrophe von Duisburg erleben. In mehreren Sitzungen haben sich der Landtag und der Innenausschuss mit diesem Thema befasst. Bedauerlicherweise steht eine endgültige Aufklärung bis heute noch aus. Wir hoffen, dass die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in naher Zukunft abgeschlossen werden. Damit wäre dann auch eine politische Bewertung des Fehlverhaltens der Verantwortlichen möglich. Das ist die eine traurige Seite.

Die andere Seite greift der FDP-Antrag nach unserem Verständnis auf. Dabei geht es um die Aussage des zuständigen Ministers schon am 17.08. nach der Kabinettsitzung. Ich zitiere an der Stelle aus dem entsprechenden Presseprotokoll: Was tut die Landesregierung, damit sich ein solches Unglück nicht wiederholt?

„Eltern müssen ihre Kinder ohne Angst zu Großveranstaltungen gehen lassen können. Jugendliche sollen unbeschwert feiern können. Sicherheit muss Vorrang vor kommerziellen Interessen haben.“

So hieß es bei Ihnen. Was aber müssen wir erleben? – Gut acht Monate nach der Aussage des Ministers passiert genau das: Offensichtlich kommerzielle Interessen haben wieder Vorrang vor Sicherheit. Das haben die Menschen in diesem Land nach zahlreichen Ankündigungen zu Konsequenzen nach dem Unglück von Duisburg nicht verdient. Nein, die erklärte Absicht der Landesregierung wägte die Menschen in Sicherheit. Die Landesregierung, so hieß es, würde alles in ihren Kräften Stehende tun, um ein solches Unglück nie wieder geschehen zu lassen.

Doch was macht der Minister? Er bekräftigt mit einem Erlass die bestehende Rechtslage und kündigt an, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Erst im Februar, einen Monat vor dem Unglück in Oberhausen, wurde dann diese Arbeitsgruppe eingesetzt, die dafür sorgen soll, dass zukünftige Großveranstaltungen sicherer werden. Erste Ergebnisse sollen uns erst im Sommer vorgelegt werden, ein Jahr nach Duisburg. – Ich meine: viel zu spät, Herr Minister!

In der letzten Sitzung des Innenausschusses wurde als fraktionsübergreifende Bewertung deutlich, dass die Veranstaltungen von Duisburg und Oberhausen in ihrer Konsequenz nicht vergleichbar sind. Es mangelt offensichtlich nicht an gesetzlichen Rege-

lungen, sondern die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und dem jeweiligen Veranstalter ist zu verbessern. Es ergaben sich Fragen: Wie waren die Absprachen vor Ort? Wurden diese Absprachen eingehalten? Wie können wir sicherstellen, dass Kommunen entsprechende sicherheitsrelevante Probleme erkennen und sie für den Veranstalter deutlich machen?

Für meine Fraktion ergab sich aber auch die Schlussfolgerung – so hatte es der Minister schon im August beschrieben –: Sicherheit muss vor Kommerz gehen.

Seitens der Landesregierung fehlt es nach meinem Dafürhalten an entschlossenem Handeln, und es fehlen zeitgemäße Vorgaben, wie die entsprechenden Gesetze und Regeln beachtet werden müssen. Dabei darf dann aber das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Stattdessen ist veranstaltungs- und situationsangemessenes Handeln erforderlich. Starre Vorgaben, wie sie in der Begründung des FDP-Antrags gefordert werden, Herr Engel, sind nicht die Lösung. Das beste Beispiel dafür ist das Festmachen einer Großveranstaltung an der Besucher- und Teilnehmerzahl mit einer starren Größe von 5.000 Personen.

Angemessenes Reagieren und entsprechende Vorschriften sind hier gefragt. Dabei sind behördliche Auflagen und Kontrollen nicht starr an prognostizierten Besucherzahlen auszurichten, sondern es müssen Sicherheitskonzepte vorgelegt werden, die zwischen den einzelnen Veranstaltungen und von ihnen ausgehenden Gefährdungspotenzialen unterscheiden.

So kann nicht allein die Zahl der Besucher Maßstab für die Risikobewertung sein. Ort und Art der Veranstaltung müssen gleichwertig in die Abwägung einbezogen werden. Auch eine geringe Anzahl von Personen kann an einem entsprechenden Ort eine Großveranstaltung sein. So können 1.000 Personen hier im Landtag, hier im Plenarsaal, schon eine Großveranstaltung sein, mit entsprechenden Regeln, die beachtet werden müssen, damit nichts passiert.

Darüber hinaus – und das ist nach meiner Ansicht wichtig und ebenfalls zu berücksichtigen – darf das Ergebnis verbesserter Vorgaben nicht sein, dass unser kulturelles Brauchtum und die Art der Menschen in Nordrhein-Westfalen, ihre Traditionen zu pflegen und zu feiern, untergehen. Das gilt an dieser Stelle ganz besonders für das starke ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich. Auch zukünftig müssen Laternenumzüge, Prozessionen, Flohmärkte und andere Traditionsveranstaltungen wie Schützenfeste oder Karnevalsumzüge möglich sein.

(Zuruf von der SPD: Sicher!)

Das ehrenamtliche Engagement darf nicht überfordert werden und am Ende darf nicht das Ergebnis

sein, dass die Traditionen in NRW zum Erliegen kommen.

Wichtig ist mir, dass die durch die mediale Vernetzung möglich gewordenen neuen, kurzfristigen und schnell zustande kommenden Massenveranstaltungen in den vorzulegenden Konzepten berücksichtigt werden.

Eile ist geboten, Herr Minister. Wir erwarten Ihre Vorschläge – wie heißt es juristisch formuliert? – ohne schuldhaftes Verzögerung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Rickfelder. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Ott.

**Jochen Ott (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Das, was in Oberhausen geschehen ist, und das Leid, das den Kindern da zugefügt worden ist, ist sehr bedauerlich und das tut uns allen leid. Es ist ganz wichtig, das am Anfang festzuhalten.

Aber, Herr Engel, ich habe den Eindruck – auch nach dem Beitrag, den wir gerade vom Kollegen Rickfelder gehört haben –, dass es sich in Wahrheit hier doch um den Versuch handelt, den Innenminister in die Schusslinie zu bringen, eine Inszenierung, die im Grunde genommen nicht zielführend ist, wenn man Probleme lösen will. Ich denke auch, die FDP hat den falschen Ausschuss gewählt, um diese Frage zu erörtern, da es nicht nur ein innenpolitisches Thema ist, sondern gerade im Hinblick auf Oberhausen bewegen wir uns eindeutig im Bau-recht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das weiß der Kollege Biesenbach von der CDU!)

Deshalb müssen wir uns eigentlich im Baubereich mit der Frage auseinandersetzen. Es stellt sich somit wieder die Frage: Warum haben Sie den Fokus so gewählt? Eignet es sich eigentlich, in einer solchen Art und Weise mit Überschriften zu arbeiten: „Können Eltern in diesem Land ihre Kinder sicher zu Veranstaltungen schicken?“

Warum muss sich der Bauausschuss mit Oberhausen beschäftigen? – Es handelte sich um eine Veranstaltung in der Coca-Cola-Oase des CentrO, einer sogenannte Versammlungsstätte, die als Bauwerk nicht nur der Bauordnung, sondern auch der Sonderbauverordnung unterliegt.

Die rechtlichen Verpflichtungen des Betreibers für die Sicherheit zu sorgen, ergibt sich aus § 38 Sonderbauverordnung,

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

die zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen aus § 43 Sonderbauverordnung. Man kann jetzt darüber streiten, ob für die konkrete Veranstaltung ein Sicherheitskonzept erforderlich war. Problematisch ist allerdings nach uns vorliegenden Informationen, dass das für das CentrO generell zugleich mit der Erteilung der Baugenehmigung aufgestellte Sicherheitskonzept sich zu Veranstaltungen in der Coca-Cola-Oase schlechthin überhaupt nicht verhält.

Hier stellt sich die Frage, ob sich die Bauaufsicht auf den Standpunkt stellen kann, sie habe mit der Erteilung der Baugenehmigung in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts, in denen ein Sicherheitskonzept noch nicht vorgeschrieben war, ihre Schuldigkeit bereits getan.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rickfelder?

**Jochen Ott (SPD):** Nein, ich will das jetzt erst einmal am Stück ausführen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön.

**Jochen Ott (SPD):** Erfordert es die Art der Veranstaltung, hat der Betreiber ein Sicherheitskonzept aufzustellen und einen Ordnungsdienst einzurichten. In diesen Fällen, bedarf es, anders als für Versammlungsstätten mit mehr als 5.000 Besucherplätzen, keiner weiteren Abstimmung zwischen dem Betreiber und den Behörden. Die Frage, ob die betreffende Veranstaltung ein Sicherheitskonzept erfordert, ist durch den Betreiber zu prüfen und zu entscheiden.

Wenn ich das einmal sagen darf: „Privat vor Staat“ ist eigentlich Ihre Botschaft, Herr Engel, in den letzten Monaten gewesen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und der private Betreiber hat hier eine Verantwortung. Sie sind ja grundsätzlich der Meinung, dass es die Privaten sowieso besser machen.

Die Ereignisse in Duisburg und Oberhausen werfen jetzt die Frage auf, ob es weiter vertretbar ist, dass diese Entscheidung des Betreibers von keiner Behörde geprüft wird. Vor diesem Hintergrund wirft der Fall „Centro Oberhausen“ dann die Frage nach denkbaren Regelungslücken im Spannungsfeld zwischen der baurechtlichen Gefährdungshaftung des Betreibers und den Aufgaben der Gefahrenabwehr durch Polizei und Ordnungsbehörde auf. Der Innenminister hatte nämlich mit Oberhausen gar nichts zu tun, weil er zu keinem Zeitpunkt eigentlich zuständig gewesen ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Womit Sie allerdings Recht haben, Herr Engel, ist im Begründungsteil die veränderte Gesellschaft mit Eventkultur. Wenn sich auf einem Mal von heute auf Morgen 50, 100 oder 200 Leute bei Facebook verabreden und auf der Domplatte in Köln zum Beispiel eine Kissenschlacht veranstalten, ist die Frage: Sind unsere Regeln dann treffend? – Diese Frage muss man sich genau ansehen und überlegen. Da helfen keine populistischen Schnellschüsse.

Nach der Love-Parade in Duisburg hat es also zum zweiten Mal Probleme auch beim Zugang zu einer nach Baurecht genehmigten baulichen Anlage gegeben. Die Bauvorschriften regeln zwar, dass Besucher im Gefahrenfall ein Gebäude sicher verlassen können. Sie regeln aber nicht, dass eine bauliche Anlage einen sicheren Zugang haben muss. In der Landesbauordnung wird lediglich gefordert, dass Baugrundstücke an öffentlichen Verkehrsflächen liegen müssen, damit Rettungsfahrzeuge eine Zufahrtsmöglichkeit haben. Also müssen wir uns auch hier diesen bauordnungsrechtlichen Ansatz ansehen.

Last but not least ist die Frage: Kann sich der Betreiber wie im Fall Oberhausen tatsächlich darauf zurückziehen, dass der Vorplatz der Versammlungsstätte dem Gemeingebrauch gewidmet ist und daher nicht in den räumlichen Geltungsbereich eines Sicherheitskonzepts einzubinden ist?

Nach § 43 Abs. 2 der Sonderbauverordnung muss der Betreiber einer Versammlungsstätte mit mehr als 5.000 Besucherplätzen – das haben wir eben schon gehört – ein Sicherheitskonzept aufstellen. Veranstaltungen, die im Freien und außerhalb von baulichen Anlagen stattfinden, zum Beispiel die Karnevalszüge, fallen nicht darunter.

Sie haben ja gerade zu Recht darauf hingewiesen, dass sich Schützenvereine, Karnevalsvereine und viele mehr bedanken werden, wenn wir jeglichen Freiraum für die Gestaltung solcher Veranstaltungen gesetzlich so regeln, dass vor Ort gar nichts mehr stattfinden kann. Deshalb hat das MIK mit seinem Erlass vom 11. August 2010 die Regelung des § 43 Abs. 2 Sonderbauverordnung betreffend Sicherheitskonzepte auch auf die Veranstaltungen im Freien ausgedehnt.

Weil die Bauordnungen in weiten Teilen der Bundesrepublik ähnlich sind, ist es ganz wichtig, dass sich auf der Ebene des Bundesrats die Minister der jeweilig zuständigen Ressorts, insbesondere die Bauminister, dieser Frage annehmen – ich bin sicher, dass die Landesregierungen das gemeinsam tun werden –, um genau diese Abwägung, die der Kollege vor mir auch erwähnt hat, zustande zu bringen.

Deshalb ist es wichtig, hier nicht populistische Anträge zu stellen, die im Grunde genommen in der Öffentlichkeit suggerieren: Die armen Eltern schicken ihre Kinder zu gefährlichen Veranstaltungen.

Zum Liberalismus gehört, dass Menschen an Veranstaltungen in diesem Land teilnehmen können, ohne dass alles reglementiert ist. Restrisiken lassen sich nicht ausschließen. Das weiß jeder Vater und jede Mutter, der oder die ihr Kind zum Kindergarten oder zur Schule oder sonstwo hinbringt. Es kann immer etwas passieren; es kann auch etwas passieren, wenn man am Wochenende in die Disco geht. Deshalb ist es ganz wichtig, hier nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Zweitens. „Privat vor Staat!“ ist das Credo der FDP. Heute wird aber mal eben davon ganz Abstand genommen, denn die Verantwortung der Betreiber und der Veranstalter wird auf einmal komplett vergessen.

Drittens. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Ehrenamtler in diesem Land und auch diejenigen, die gute Events veranstalten wollen, nicht so einschränken, dass sie sich nicht mehr bewegen können.

Und abschließend: RTL ist ein Fernsehsender, der viel Geld verdient und sicherlich mit seinem Format auch viele Zuschauer gewinnt. Der hat auch eine Verantwortung, wenn seine Stars in eine solche Pressekonferenz gehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann erwarte ich von RTL, dass dieser große Sender dafür sorgt, dass so etwas vernünftig über die Bühne geht. Das ist eine Verantwortung auch von Privaten in diesem Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Kollege Bolte.

**Matthi Bolte (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Engel, ich hatte ehrlich gesagt nicht den Eindruck, dass es Ihnen heute wirklich um die Ereignisse in Oberhausen geht, sondern dass Sie uns erneut mit der Love-Parade in Duisburg im vergangenen Jahr beschäftigen wollen.

Es ist auch durchaus angemessen, sich häufiger mit diesem Ereignis zu beschäftigen. Denn: Am 24. Juli des vergangenen Jahres ereignete sich in Duisburg eine der wohl größten Katastrophen in der Geschichte unseres Landes. 21 junge Menschen, im Übrigen aus vielen Ländern dieser Welt, kamen ums Leben, und das unter furchtbaren Umständen.

Aber ich bin überzeugt: Eine solche Tragödie eignet sich nicht, um damit Parteipolitik zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Was Sie heute vorlegen, Herr Engel, das sind Mätzchen ohne Substanz, das ist Panikmache bei Ahnungslosen. Was Sie vorlegen, das ist nichts an-

deres als unanständig. Denn das, was Sie vorlegen, ist Profilierung auf dem Rücken der Opfer der Duisburger Tragödie.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie können sich sicher sein: Für die Koalitionsfraktionen und für die Landesregierung hat die Aufklärung dieser Katastrophe bei der Love-Parade höchste Priorität. Wir haben Ihnen den Gang des Verfahrens oft genug erklärt. Herr Witzel hat vorhin noch einmal „Parlamentarischer Untersuchungsausschuss“ dazwischengerufen. Da haben wir Ihnen haarklein darlegt, wo im Verfahren wir sind, wie dieses Verfahren ausgeht, wie wir uns die Aufklärung vorstellen.

Und wir haben eben schon ausführlich gehört: Die Landesregierung hat eine Arbeitsgruppe zur größeren Sicherheit bei Großveranstaltungen im Freien eingerichtet. Der Innenminister hat kurz nach der Love-Parade im August 2010 erste Maßnahmen ergriffen, und zwar diese Maßnahmen, die Sie inzwischen als Bürokratie kritisieren und geißeln.

Das alles wissen Sie. Da wundert es mich doch sehr, was Sie heute mit Ihrem Antrag hier veranstalten. Sie werfen dieser Landesregierung Untätigkeit vor. Dabei blenden Sie völlig aus, dass es bei dieser Tragödie „Love-Parade“ auch noch andere Akteure gibt. Sie blenden zum Beispiel aus, dass es noch eine Stadt Duisburg als Genehmigungsbehörde und als Aufsichtsbehörde über die Einhaltung der Baugenehmigung gibt.

Ich habe letztes Jahr im Innenausschuss von Oberbürgermeister Adolf Sauerland keine Antwort auf die Frage bekommen, warum sich die Stadt Duisburg ausgerechnet den 24. Juli des vergangenen Jahres ausgesucht hat, um einmal alle Ermessensspielräume im baurechtlichen Genehmigungsverfahren und in der Überwachung der Auflagen auszunutzen und auszutesten. Dazu habe ich nichts gehört. Ich finde, das muss an dieser Stelle auch thematisiert werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn wir über die Akteure sprechen, dann denke ich auch an einen Fitnessstudiobesitzer, der seit dem 25. Juli des vergangenen Jahres eigentlich völlig von der Bildfläche verschwunden ist, der nicht mehr gesehen ward, und der bis heute nicht erklären konnte, dass er alles, wirklich alles in seiner Macht stehende für die Sicherheit der vielen jungen Menschen auf seiner Veranstaltung getan hat, der bis heute nicht erklären konnte, dass wie geplant alle Ordnerinnen und Ordner und alle privaten Sicherheitskräfte überhaupt vor Ort waren, und der auch nicht klären konnte, ob diese Ordnerinnen und Ordner die nötige Befähigung hatten, ob sie wussten, was sie zu tun hatten.

Kurz: Ich denke, dass dieser Fitnessstudiobesitzer bis heute nicht erklären konnte, warum aus seiner

Sicht auf seiner Veranstaltung in seinem Veranstaltungsgelände 21 junge Menschen zu Tode gekommen sind. Das bedarf dringend der Aufklärung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Thema „Massenhysterie in Oberhausen“ bei der DSDS-Autogrammstunde. – Unser Mitgefühl – das ist selbstverständlich – gilt den zahlreichen jungen Menschen, die in Oberhausen verletzt wurden, die sicherlich auch noch Spätfolgen zu ertragen haben.

Wir haben rechtlich und politisch – das haben wir letzte Woche im Innenausschuss schon intensiv thematisiert – eine eigentlich relativ klare Lage. Herr Ott hat dazu eben schon einiges referiert. Wir haben erneut einen kommerziellen Veranstalter, der seinen Verpflichtungen offensichtlich nicht nachgekommen ist. Wir haben ein großes Ereignis, zu dem mehrere Tausend junge Menschen gekommen sind. Wir haben wiederum den Fall, dass für ihre Sicherheit nicht ausreichend gesorgt wurde.

Und wir haben erneut – das ist, finde ich, die perfideste Parallele zur Love-Parade-Tragödie – Veranstalter und Betreiber, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen und nichts zur Aufklärung dieses Ereignisses beigetragen haben. Denn weder von RTL noch vom CentrO ist derzeit irgendetwas zu hören.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und, wie gesagt: Diese Einschätzung hatten wir letzte Woche im Innenausschuss schon sehr deutlich formuliert. Vor diesem Hintergrund – gerade da Sie, Herr Engel, und für die CDU Herr Kollege Biesenbach diese Position sehr eindeutig geteilt haben – ist es mir ein Rätsel, weshalb Sie heute mit diesem Antrag um die Ecke kommen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir hatten eine eindeutige Auffassung dazu, wie die Situation in Oberhausen rechtlich und politisch zu bewerten ist. Wir waren in einem durchaus relativ breiten Konsens der Auffassung, dass es zunächst wichtiger ist, dafür zu sorgen, dass Anbieter von Großveranstaltungen tatsächlich ihrer Verantwortung für die Sicherheit ihrer Besucherinnen und Besucher nachkommen und Sicherheit ganz klar vor Kommerz gehen muss.

Und, Herr Engel, Ihr Antrag von heute wird nichts zur Steigerung der Sicherheit von Großveranstaltungen beitragen. Er ist aus meiner Sicht schlecht gemacht und formuliert lediglich Selbstverständliches, nämlich dass diese Landesregierung – wie es jede Landesregierung zuvor getan hat und wie es auch jede Landesregierung in der Zukunft tun wird – alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um Großveranstaltungen für junge Leute sowie Besucherinnen und Besucher so sicher wie irgend möglich zu machen.



Und alles darüber hinaus, insbesondere das zur Tragödie bei der Love-Parade in Duisburg, ist nichts anderes als Klamauk auf dem Rücken der Opfer dieser Katastrophe. Das halte ich für unanständig, und deswegen werden wir das heute nicht mitmachen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Kollegin Conrads.

**Anna Conrads (LINKE):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme Herrn Bolte in einem zu: Es sollte hier nicht auf dem Rücken der Opfer klamaukiert werden; da schließe ich mich an. Dennoch sehe ich den Antrag der FDP an verschiedenen Punkten ein bisschen differenzierter – ich werde im Laufe meiner Rede darauf zu sprechen kommen.

Der Antrag der FDP, der hier heute vorliegt, ist zuerst einmal als Reaktion zu verstehen, nämlich als Reaktion auf die jüngste Massenpanik von Kindern und Teenagern bei einer Autogrammstunde von „Deutschland sucht den Superstar“ im Centro Oberhausen. Die FDP prangert in diesem Antrag wortreich an, dass es etwas mehr als ein halbes Jahr nach der Massenpanik bei der Love-Parade erneut zu einer Panik gekommen ist, bei der Kinder und Jugendliche gequetscht und verletzt worden sind.

Abermals war es eine kommerzielle Veranstaltung, die über bestimmte Spektren oder bestimmte elektronische Wege in anderen Formen als gemeinhin üblich publiziert und beworben worden ist und auch ein sehr junges und energetisches Publikum angesprochen hat.

Beim ersten Lesen des Antrags – und da gebe ich meinen Vorrednern recht – habe ich auch erst mal an dramatische Lyrik gedacht, die mir an bestimmten Stellen zu panisch ist und zunächst weitgehend folgenlose Forderungen im Forderungsteil aufweist: „Die Landesregierung soll machen, dass Ostern immer die Sonne scheint!“, oder so ähnlich. Aber dann habe ich den Antrag zum wiederholten Male gelesen und neben den Geschehnissen von Oberhausen auch die Geschehnisse des letzten Jahres in Duisburg Revue passieren lassen.

Lassen Sie mich an der Stelle sagen, dass die Ereignisse in Oberhausen und Duisburg für mich nicht das Gleiche sind. Die Dimension von Duisburg, das Ausmaß der politischen Reichweite, die organisierte Verantwortungslosigkeit – das ist in Oberhausen so nicht der Fall. Und die vielen Toten, Schwerverletzten und Traumatisierten – dieses Ausmaß ist uns in Oberhausen zum Glück erspart geblieben. Ich rühre das also nicht komplett in einen Topf.

Aber einige Szenen und Momente sind durchaus vergleichbar:

Erstens. Viele junge Menschen wollten einen unvergesslichen, schönen Tag bei Musik mit ihren Idolen verbringen und haben sich arglos in die Hände von Veranstaltern begeben. Die Veranstaltungen wurden weit über die Grenzen hinaus bundesweit beworben, es konnte mir vielen Tausend Besuchern gerechnet werden. In beiden Fällen gab es Panik, Engpässe, Situationen, in denen Menschen bist zu schweren Verletzungen gegeneinander gequetscht wurden.

Zweitens. In beiden Fällen gab es starke kommerzielle Interessen des Veranstalters, die im Vordergrund standen und die möglicherweise entscheidend dazu beigetragen haben, dass bei der Sicherheit und der Vorbereitung geschlumpt worden ist, zum Beispiel auch bei der Frage nach der Entscheidungsstruktur – und da lasse ich die Stadt und den Veranstalter keineswegs außen vor.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Man muss mal fragen, ob der Veranstalter vielleicht die Besucherzahlen künstlich unter 5.000 gerechnet hat, um einfach bestimmten Auflagen zu entgehen. Natürlich kann es sein, dass er sie einfach falsch eingeschätzt hat. Aber man muss immer auch fragen – wenn ab einer Zahl von 5.000 bestimmte Auflagen greifen –, ob es nicht auch Interessen geben kann, bestimmte Zahlen schönzurechnen. Wir haben es bei der Love-Parade in eine andere Richtung erlebt: Dort wurden zu hohe Zahlen angegeben.

Drittens. In beiden Fällen konnten Polizei, Sicherheitskräfte und Feuerwehr aus mannigfaltigen Gründen nicht rechtzeitig eingreifen und die Katastrophe abwenden; und der Veranstalter war mit den Besuchermassen komplett überfordert und hat auch noch falsche Anweisungen gegeben. – Das sind für mich erst einmal die Parallelen, die auf der Hand liegen.

Dann gab es – und da bin ich bei Herrn Engel – tatsächlich die Zusage von der Landesregierung, über die Arbeitsgruppe ein Konzept vorzulegen. Mag sein, dass die Arbeitsgruppe arbeitet. Aber ein Konzept oder zumindest ein wirklich umfassender Zwischenstand sind bis jetzt nicht da; es ging ja um die bessere Vorbereitung und Absicherung von Großveranstaltungen, die Frage von Konzeptionen und Sicherheitskonzepten.

Und dann – wir erinnern uns – haben wir zweimal einen Antrag auf Einsetzung eines PUA gestellt – das brauchen wir hier nicht lange zu erörtern –, aber das ist alles von Ihnen abgelehnt worden. Man kann durchaus meinen, dass sehr wenig getan wird und die Informationsdecke mehr als dünn ist.

(Beifall von der LINKEN)

Ohne die „panische Lyrik“ in dem Antrag der FDP zu teilen, kann man tatsächlich zu der Auffassung gelangen, dass wenig passiert und viele Eltern ein mulmiges Gefühl bekommen, ihre Kinder auf riesige kommerzielle, breit und digital beworbene poppige Massenveranstaltungen zu lassen, solange sie es so empfinden, dass Kommerz und Profit der Veranstalter über den Sicherheitsbestimmungen der Besucher stehen und die vorhandenen Vorschriften nicht ordnungsgemäß vollzogen werden.

(Beifall von der LINKEN)

Klar, 100%ige Sicherheit zu versprechen wäre falsch, weil es das nie geben kann. Das hat auch Herr Engel gerade angesprochen. Wir haben in der Vergangenheit tragischste Szenen erlebt – in Fußballstadien, auf Popkonzerten usw. Es wäre falsch, zu sagen, wir könnten – vor allen Dingen durch Gesetze – immer 100%ige Sicherheit garantieren.

Aber Sie, Herr Minister, müssen sich jetzt an die Arbeit machen und ein Konzept entwickeln, was es erlaubt, von Landesebene aus alles zu tun, um flexibel aber wirkungsvoll auf die verschiedenen Veranstaltungsformen, Besuchergruppen und Potenziale zu reagieren, und mit dem auch Gesetzeslücken im Baurecht geschlossen werden können. Sie können das auch interdisziplinär machen – ich gehe auch davon aus, dass Sie diesbezüglich mit dem Minister für Bauen, Wohnen und Verkehr in Kontakt stehen.

Ich lese aus dem Antrag auch nicht heraus, dass es darum geht, in einer Ordnungswut alles runterzuregeln. Ich lese aus dem Antrag primär eine Handlungsaufforderung an die Landesregierung heraus, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diese Lücken sowohl im Baurecht als auch in anderen Bereichen aufzuspüren und ein Konzept dafür vorzulegen, wie Polizei und andere Sicherheitskräfte sowie die Veranstalter verbindlicher eingebunden werden können. Ich lese eine Aufforderung an Sie als Landesregierung heraus, endlich tätig zu werden und offen in die Debatte um eine Konzeption und Durchführung vor allem von großen kommerziellen Veranstaltungen einzusteigen, bei denen Gewinninteressen im Vordergrund stehen.

Wir können dem Antrag der FDP heute zustimmen. Für mich geht es nicht um eine Ministerschelte. Für mich geht es darum, dass endlich das Signal von diesem Land ausgeht: Wir kümmern uns. Die Regierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, das breit diskutiert werden und mit dem man weiterarbeiten kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Conrads. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Jäger das Wort.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den beiden vergangenen Wochen habe ich dem Innenausschuss jeweils mündlich über die Ereignisse vor und während der Autogrammstunde der Stars der RTL-Fernsehsendung „Deutschland sucht den Superstar“ in Oberhausen am 27. März berichtet.

Hierzu liegt dem Innenausschuss seit dem 6. April 2011 ein schriftlicher Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr und des Ministeriums für Inneres und Kommunales vor. Der Sachverhalt wird darin ausführlich dargestellt, inhaltlich umfassend bewertet, und es werden konkrete Fragen einzelner Abgeordneter beantwortet.

Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich mich an dieser Stelle auf die aus meiner Sicht wesentlichen Punkte beschränke.

Nach den bislang schriftlich vorliegenden Informationen vonseiten der Stadt Oberhausen und der Polizei wurden bei einer Veranstaltung im Oberhausener Einkaufszentrum CentrO am 27. März 2011 insgesamt 60 Personen verletzt.

Der Betreiber der Versammlungsstätte, die CentrO Management GmbH, hatte insgesamt 13.000 bis 15.000 Fans, die zu der Autogrammstunde in die sogenannte Coca-Cola Oase des CentrO gekommen waren, bereits vor Beginn der Autogrammstunde den Zugang zum Saal verweigert. Darüber, zu welchem Zeitpunkt der Betreiber die Türen geschlossen hat, liegen mir keine Informationen vor.

Die Staatsanwaltschaft Oberhausen hat aufgrund des Vorfalles ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das Polizeipräsidium Oberhausen hat eine Ermittlungskommission eingerichtet.

Unter Berufung auf dieses Verfahren weigert sich der Betreiber, die Stadt Oberhausen bei der Aufklärung des Sachverhaltes zu unterstützen. Mir ist daher auch nicht bekannt, ob der Fernsehsender RTL neben dem Betreiber der Veranstalter dieser Autogrammstunde gewesen ist.

Die Coca-Cola Oase ist baurechtlich als Versammlungsstätte für 2.700 Besucherinnen und Besucher zugelassen. Vor dem Saal befindet sich ein Vorplatz mit Einlassbarrieren. Nachfolgende Fans drängelten auf diesem Platz weiter zum Eingang und versuchten teilweise, die Türen von außen zu öffnen. Der Platz ist nicht Gegenstand der Baugenehmigung, die die zuständigen Behörden dem Betreiber erteilt haben.

Nach Angaben der Stadt hatte der Betreiber ihr am Donnerstag, dem 24. März, fernmündlich 4.000 bis 5.000 Besucher angekündigt. Die Autogrammstunde sollte um 15:00 Uhr beginnen. Am folgenden Tag erkundigte sich das Ordnungsamt der Stadt Oberhausen bei der Bauaufsicht der Stadt, ob Be-

denken gegen die Veranstaltung in der Coca-Cola Oase bestünden. Diese Frage wurde verneint. Auch der Bauaufsicht lagen zu diesem Zeitpunkt keine Hinweise darauf vor, dass sich mehr als 5.000 Personen vor der Coca-Cola Oase einfinden würden.

Dem Betreiber wurde seitens der Stadt empfohlen, fünf Sicherheitskräfte pro tausend erwartete Besucher vor Ort zu haben. Diesem Rat ist der Betreiber auch gefolgt. Er hat darüber hinaus einen Sanitätsdienst durch das Rote Kreuz einrichten lassen.

Zu den teilweise in der Presse erhobenen Vorwürfen, aufgrund der in den vergangenen Jahren in Duisburg und Bochum bei ähnlichen Veranstaltungen gesammelten Erfahrungen hätte man mit einem größeren Andrang und Problemen rechnen müssen, verweist die Stadt Oberhausen darauf, das sei ihr nicht bekannt gewesen. Nach der Veranstaltung am 28. März 2011 durchgeführte Recherchen hätten zudem ergeben, dass in Duisburg lediglich 600 und in Bochum 4.700 Personen anwesend gewesen seien.

Das Polizeipräsidium Oberhausen war ca. eine Woche vor der Veranstaltung durch den Betreiber telefonisch informiert worden. Die Polizei ging aufgrund des Anrufs von einem störungsfreien Verlauf der Veranstaltung aus. Das Polizeipräsidium und die Stadt Oberhausen stimmten sich am 24. März 2011 telefonisch ab.

Mir liegen deshalb keine Erkenntnisse darüber vor, dass der Betreiber der Coca-Cola Oase die Feuerwehr oder die Polizei über die dichte Menschenmenge informiert hätte, die sich bereits vor Beginn der Veranstaltung vor der Tür gebildet hatte.

Die Feuerwehr Oberhausen wurde vielmehr erst um 14:54 Uhr von Einsatzkräften des Deutschen Roten Kreuzes verständigt und um Unterstützung durch zwei Rettungswagen gebeten. Der Direktionsdienst der Feuerwehr, der innerhalb von fünf Minuten vor Ort war, löste Großalarm aus. Im Einzelnen wurden 60 Patienten – ausschließlich Jugendliche zwischen zwölf und 14 Jahren – vor Ort erstversorgt. 28 Personen wurden zur Weiterversorgung in umliegende Krankenhäuser gebracht. Bei drei Patienten bestand der Verdacht auf Knochenbrüche, der sich Gott sei Dank nicht bewahrheitet hat.

Auf dringende – meine Damen und Herren: auf dringende – Aufforderung der Einsatzleitung der Feuerwehr und der Polizei brach der Betreiber die Veranstaltung in der Zeit zwischen 15:15 Uhr und 15:30 Uhr endgültig ab.

Die Polizei wurde durch Besucher der Veranstaltung um 14:37 Uhr telefonisch benachrichtigt, traf um 14:50 Uhr ein und richtete ab 15:23 Uhr eine besondere Aufbauorganisation mit verschiedenen Einsatzabschnitten ein.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Polizei, Feuerwehr und DRK unverzüglich und besonnen

gehandelt haben, nachdem sie über das Ereignis informiert wurden. Dadurch konnte sicherlich Schlimmeres verhütet werden.

Meine Damen und Herren, dieser nüchterne Sachverhalt belegt eindrucksvoll, dass als Ursache der Verletzung von 60 Kindern und Jugendlichen bei dieser Veranstaltung eine katastrophale Fehleinschätzung des Betreibers und des Veranstalters vorausgegangen ist.

Herr Engel, Sie haben heute in Ihrer Rede die Munition mit der groben Körnung gewählt. Daran werde ich Sie gelegentlich erinnern. Aber den Vorwurf an die Landesregierung, über das schreckliche Ereignis vom 24. Juli 2010 in Duisburg bei der Love-Parade Gras wachsen lassen zu wollen, Herr Engel, weise ich mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall von der SPD)

Richtig ist vielmehr, dass neben der, wie Sie zu Recht festgestellt haben, eindrucksvollen Rede zum Trauergottesdienst im letzten Jahr in der Salvatorkirche die Ministerpräsidentin in Person in den letzten Monaten wiederholt Kontakt zu den Angehörigen der Opfer der Love-Parade gehalten hat.

Herr Engel, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das Land Nordrhein-Westfalen über dieses schlimme Ereignis ganz sicher nicht das Gras wachsen lassen will, sondern im Gegenteil vonseiten der Angehörigen gebeten wurde – anstelle der Stadt Duisburg, von der sie als Angehörige einen pietätvollen, würdevollen Umgang mit diesem Ereignis nicht erwarten –, zum Gedenktag am 24. Juli diesen Jahres eine angemessene Veranstaltung zu organisieren, Herr Engel.

(Horst Engel [FDP] ist in ein Gespräch mit Ralf Witzel [FDP] vertieft.)

– Herr Engel! Herr Engel! – Ich mache noch einmal deutlich: Das ist alles andere, als Gras über die Geschichte wachsen zu lassen. Das Land übernimmt anstelle der Stadt Duisburg in ganz besonderer Weise Verantwortung, auch in Person der Ministerpräsidentin, auch im Hinblick auf einen pietätvollen Umgang mit diesem Ereignis gegenüber den Angehörigen der Opfer der Love-Parade.

Zum Zweiten weise ich ausdrücklich Vergleiche zwischen der Love-Parade und dieser Autogrammstunde von RTL-Stars in der Coca Cola Oase zurück.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Substantiell läuft es letztendlich darauf hinaus, Herr Engel – Sie wissen es, wir haben es im Innenausschuss sehr sachlich erörtert –, dass in der Coca Cola Oase überhaupt keine Großveranstaltung geplant gewesen ist, sondern dass hier eine Autogrammstunde aus dem Ruder gelaufen ist, wobei es eine katastrophale Fehleinschätzung des Veranstalters

ters und des Betreibers hinsichtlich der Zahl der Jugendlichen, die zu dieser Veranstaltung kommen wollten, gegeben hat.

Dass der Veranstalter, der Betreiber, wer auch immer, da in der Verantwortung steht, das wird die Staatsanwaltschaft sicherlich ermitteln. Das betrifft auch die Tatsache, dass dieser Veranstalter/Betreiber schlichtweg die Türen zugemacht hat und 15.000 bis 17.000 Jugendliche und Kinder ihrem Schicksal vor dieser Tür überließ.

Ich glaube – das will ich abschließend sagen –, unabhängig von der Frage, wen die Staatsanwaltschaft im Rahmen ihrer Ermittlungen beschuldigen wird, dass es auch eine moralische Verantwortung des Senders RTL für diese Veranstaltung gibt, der sich der Sender nicht entziehen kann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Abschließend zu der Frage, wie insgesamt die Sicherheitslage bei Großveranstaltungen ist, Herr Engel: Sie wissen ganz genau, dass die Landesregierung und ich in Person nach dem 24. Juli letzten Jahres, nach der Love-Parade eine Rechtslücke geschlossen haben – eine Rechtslücke dergestalt, dass die Sonderbauverordnung für Großveranstaltungen über 5.000 Besucher in Nordrhein-Westfalen unter freiem Himmel bisher nicht galt. Sie gilt dort jetzt mit allen Folgen, was Sicherheitskonzepte angeht.

Herr Rickfelder, Sie können mir glauben: Ich habe in den letzten Monaten häufig mit Veranstaltern von Schützenfesten und Karnevalsumzügen geredet und gerne zur Kenntnis genommen, wie schwierig es gelegentlich ist, ehrenamtliches Engagement und die Anforderungen an ein Sicherheitskonzept in Einklang zu bringen. Aber ich stehe dazu, egal ob es eine ehrenamtliche Veranstaltung oder eine kommerzielle Verantwortung ist: Die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher muss absolute Priorität haben. Dem ist alles andere unterzuordnen, Herr Engel und Herr Rickfelder. Deshalb denke ich, dass wir da gut gehandelt haben.

Ich glaube, dass auch solche Veranstaltungen von Kindern und Jugendlichen immer dann mit gutem Gewissen besucht werden können, wenn alle Verantwortlichen ihre Aufgaben ernst nehmen, ihre Arbeit machen; dazu zählt auch in dem Fall Oberhausen ganz besonders der Betreiber, der Veranstalter. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die CDU-Fraktion spricht noch einmal Herr Kollege Rickfelder.

**Josef Rickfelder (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kollegen! Herr Stotko, Sie müssen sich noch einen Moment gedulden und

dürfen dann gerne noch einmal auf mich antworten; so lange will ich hier auch nicht sprechen.

Herr Minister, Sie haben hier sehr lang und ausführlich Sachstandsberichte abgegeben. Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie auf einen solchen Antrag hin ganz konkret geworden wären und gesagt hätten: Jawohl, ich bewege mich wie andere auch in dieser Gesellschaft. Ich weiß, es gibt mediale Veränderungen. Wir haben Flashmob-Veranstaltungen, wir haben andere Systeme bei jungen Leuten, andere Netzwerke über Handy, Smartphones und was weiß ich nicht alles. Auf diese Dinge wollen wir reagieren. Da bin ich konkret dabei, Ergebnisse dem Innenausschuss vorzulegen. – Das wäre etwas gewesen, was ich mir gewünscht hätte, und nicht wieder sehr ausführliche Sachstandsdarstellungen, die wir schon in der Vergangenheit gehört haben.

Herr Ott, ich möchte Ihnen deutlich mitgeben: Wir machen hier nicht in Populismus. Wir machen uns Sorge um junge Menschen,

(Zuruf von der SPD)

die jetzt zum zweiten Male sehr stark betroffen waren.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)**

Gott sei Dank hat es in Oberhausen keine Toten gegeben. Aber dieses Risiko ist vorhanden. Und wir haben die Verantwortung in diesem Landtag, für diese jungen Menschen etwas zu tun. Da geht es nicht um Populismus.

NRW rühmt sich sonst bei jeder Gelegenheit, in vielen Dingen Vorreiter zu sein, die wir in Deutschland geschaffen und auf den Weg gebracht haben. Warum können wir nicht an dieser Stelle auch Vorreiter sein?

Einen Satz möchte ich noch einmal betonen: Es geht aus meiner Sicht und aus Sicht der CDU-Fraktion an dieser Stelle darum: Sicherheit muss vor Kommerz stehen. Kommerz darf nicht die Hauptrolle spielen, wenn es darum geht, junge Menschen zusammenkommen zu lassen, die feiern wollen, die Spaß haben wollen.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich glaube, hinter diese Aussage können wir uns alle stellen. Herr Minister, an dieser Stelle fordere ich Sie gerne auf zu handeln, um für die jungen Menschen auf diesen neuartigen Veranstaltungen entsprechende Konzepte zu haben. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Rickfelder. – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Stotko.

**Thomas Stotko** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen Rickfelder und Engel, wenn ich es so oft gehört hätte, wie es jetzt immer durch Nicken bestätigt wird, nämlich dass es Ihnen auch um die Veranstalter und um die kommerziellen Anbieter geht, dann wäre es etwas anders. Aber dazu haben Sie in Ihren Reden hier kein Wort gesagt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es fiel nicht ein Wort zu der Frage der Verantwortung von RTL, nicht ein Wort zu Frage der Verantwortung des CentrO. Ihnen ging es die ganze Zeit nur darum, dass nach Ihrer Meinung beim Innenminister zu wenig gearbeitet worden sei, nicht aber um die Situation an sich.

Herr Kollege Engel, wir kennen uns jetzt ja schon seit sechs Jahren als Innenpolitiker. Ich schätze Ihre Beiträge eigentlich immer als die Beiträge eines versierten Innenpolitikers der FDP. Der Schuh passt jetzt. Aber der nächste – das tut mir leid – passt gar nicht mehr. Der Herr Minister musste sich ja etwas bedeckt halten, ich mache es deutlicher: Ich finde, es ist eine bodenlose Frechheit von Ihnen, hier zu sagen, dass die Ministerpräsidentin das eigene Kind auf die Love-Parade geschickt habe und heute über diese Sache Gras wachsen würde. Das ist eine bodenlose Frechheit!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für dieses Spiel mit den Gefühlen von Menschen, mit Verstorbenen und Verletzten und mit der Ministerpräsidentin selbst erwarte ich Ihre Entschuldigung gegenüber der Ministerpräsidentin und den Menschen, die auf der Love-Parade waren. Hören Sie doch mal auf, auf dem Rücken der Leute zu agieren!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nebenbei will ich Ihnen etwas Humoristisches mitgeben. Sie haben erwähnt, Ihnen würden die Leute ständig sagen, hier würde nichts für die Sicherheit getan. Ich befürchte, da führen Sie Selbstgespräche vor dem Spiegel. Wir hören das nämlich von den Leuten, mit denen wir reden, nicht. Ich weiß, das hilft Ihnen jetzt nicht weiter, denn „Privat vor Staat“ ist Ihre Malaise. Sie sagen doch immer: Die Leute vor Ort, die Privaten schaffen das schon. – Doch die schaffen es gerade nicht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor das – weil man sich bei manchen Dingen ja etwas echauffiert – untergeht, will ich noch einmal sagen: Eigentlich müssten wir uns alle mal gemeinsam Gedanken über die Frage machen, warum 17.000 bis 18.000 Jugendliche – nach meiner Einschätzung: teilweise ein wenig verwirrt – überhaupt zu einer Veranstaltung laufen, bei der relativ spät pubertierende Zwanzigjäh-

rige Autogramme geben, und sich dort gegenseitig beinahe zerdrücken, nur um die einmal zu sehen.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen uns also auch über die Frage unterhalten, wie Fernsehen gesellschaftspolitisch funktioniert, wie Medien Jugendliche und Kinder manipulieren, um damit Geld zu verdienen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage es ganz deutlich: Es gibt 18.000 Kinder, die sich ein Autogramm abholen, dessen Halbwertszeit die Dauer der nächsten Staffel von „Germany's Next Top Model“ nicht übersteigt. Es kann doch nicht sein, dass Veranstalter wie RTL, die mit einer Ausgabe einer solchen Sendung mindestens 5 Millionen € durch Werbung, zusätzlich mindestens 1 Million € durch die sogenannten 49 Cent-Anrufe und weitere Millionen durch Merchandising – insgesamt also knapp 10 Millionen € an einem Abend – verdienen, keinen Euro für die Sicherheit der Besucher in Oberhausen übrighaben! Das muss doch mal gesagt werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Von diesen Dingen steht in Ihrem Antrag aber gar nichts, Kollege Engel; das sage ich Ihnen ganz deutlich.

Kommen wir zum CentrO. Das hat vor zehn Jahren mit einem Umsatz von, über den Daumen, 500 Millionen DM begonnen; heute liegt der Umsatz bei fast 100 Millionen €. Dieses CentrO hat kurz vor dieser Autogrammstunde verkündet, es sehe sich „gut gerüstet“ für DSDS. Es hieß, man sei „sicherheitstechnisch stark vertreten“, und der Sicherheitsaspekt liege ganz weit vorne: „Dieses Mal wird alles gut über die Bühne gehen.“ Der nächste Spruch war dann, es sei schön, wenn viele kämen.

Da lädt das CentrO also Tausende von Besuchern ein. Aber auf die kritische Frage, wie es mit der Sicherheit aussehe, entgegnete das CentrO, das Rote Kreuz werde mit einem Rettungswagen und sechs Helfern dabei sein. – Wie kann man als Veranstalter denn für 5.000 Gäste nur einen Rettungswagen zur Verfügung stellen?

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Stotko, verzeihen Sie die Unterbrechung. Würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Aggelidis zulassen?

**Thomas Stotko** (SPD): Aber klar.

**Michael Aggelidis** (LINKE): Schönen Dank, Herr Kollege Stotko, dass Sie mir die Zwischenfrage gestatten. Sie haben eben völlig richtig die Funktionsweise des Kommerzfernsehens dargestellt; ich kann mich dem nur anschließen. Ich erinnere da-

ran, dass es auch die SPD war, die in einer über-  
großen Koalition das Privatfernsehen eingeführt hat.

(Unruhe von der CDU)

Würden Sie denn mit uns gemeinsam Initiativen  
starten, dieses Privatfernsehen wieder zugunsten  
eines erweiterten öffentlich-rechtlichen Fernsehens  
abzuschaffen?

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD, von der  
CDU, von den GRÜNEN und von der FDP)

**Thomas Stotko** (SPD): Auf die Gefahr hin, dass  
Ihnen der Rest des Plenums die Antwort schon  
gegeben hat, will ich ...

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von  
den GRÜNEN)

Ich mache mit Ihnen jetzt keine verfassungsrechtli-  
che Vorlesung zu der Frage, ob wir Privatfernsehen  
gestalten lassen müssen oder nicht. Die Frage ist,  
ob wir als Politiker uns um unsere Kinder und Ju-  
gendlichen kümmern sollten. Privatfernsehen kön-  
nen wir gerne lassen, aber wir müssen uns an ihre  
Seite stellen und sie schützen. Dafür gibt es viele  
Möglichkeiten; das sage ich Ihnen deutlich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dem CentrO will ich hier mahnend und deutlich sa-  
gen: Bereits im März 2010 kam es in Duisburg zum  
Abbruch einer Autogrammstunde – und ebenso ei-  
nen Monat später im Ruhrpark, also an einem ähn-  
lichen Ort wie dem CentrO. Wo, Herr Kollege Engel,  
waren denn Ihre Anträge im März und im April  
2010? Die kamen nicht, weil damals der Innenmi-  
nister aus Ihrer Fraktion kam und das für Sie kein  
Thema war! Das war doch der Grund.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Stotko, wür-  
den Sie eine weitere Zwischenfrage zulassen, die-  
ses Mal vom Kollegen Kuschke?

**Thomas Stotko** (SPD): Aber jederzeit! Der weiß  
was über Fernsehen und Europa.

**Wolfram Kuschke** (SPD): Vielen Dank, Herr Kol-  
lege. Ihnen ist ja bekannt, dass die FDP vor Kur-  
zem im Landtag einen Antrag zur Qualität des  
Fernsehens eingebracht – mit eindeutiger Stoß-  
richtung gegen das öffentlich-rechtliche Fernse-  
hen. Wären Sie nicht mit mir der Meinung, dass wir  
einmal thematisieren müssten, inwieweit unsere  
Landesanstalt für Medien – leider ist die Aufsicht  
bei einer andere LfM – auch dort einmal tätig wer-  
den sollte, und dass wir uns mit den Dingen befas-  
sen sollten, die etwas außerhalb der Fernsehpro-  
gramme stattfinden, die aber – genau wie Sie es

am Beispiel von CentrO geschildert haben – auch  
eine große Rolle spielen?

**Thomas Stotko** (SPD): Ich bin vollständig Ihrer  
Auffassung. Ich bin übrigens auch der Auffassung,  
dass ich mich mit manchen Dingen einfach viel zu  
viel beschäftige und die Aufmerksamkeit bei man-  
chen Anträgen und Wortbeiträgen viel zu groß ist.  
Das gebe ich gerne zu, Kollege Kuschke.

Aber ich will noch mal eines klarmachen – das ist  
ein wichtiger Punkt, Kollege Engel, den gebe ich  
Ihnen auch noch mit –: Als Polizeibeamter muss  
Ihnen doch die Pressemitteilung der GdP vom 7.  
April weggetan haben, oder? Denn die Gewerk-  
schaft der Polizei hier in Nordrhein-Westfalen sagt,  
Sie würden ständig versuchen, einen Zusammen-  
hang zur Love-Parade herzustellen, und nur die  
Schlagzeile suchen.

Genau das, Kollege Engel, haben Sie auch heute  
wieder betrieben. Es geht Ihnen um die Schlagzeile:  
Love-Parade findet wieder statt. – Wie verzweifelt  
muss die FDP in der Innenpolitik sein, dass sie nur  
noch dieses Bild bringen können. Denn Sie sagen  
in Ihrem Antrag nichts zu der Frage, welche landes-  
gesetzlichen Regelungen wir ändern sollen.

Im Innenausschuss habe ich Ihnen gesagt: Sie sind  
in der Bundesregierung. Sie sind der innenpolitische  
Sprecher des größten Landes. Sie sind einer der  
wenigen, die von der FDP noch übrig geblieben  
sind; das will ich auch mal ganz deutlich sagen.  
Vielleicht schaffen Sie es ja in der Bundesregierung,  
dass wir bundesgesetzliche Regelungen für etwas  
finden, was als Flashmob nicht nur in Nordrhein-  
Westfalen stattfindet. Sie machen hier nur Klamauk.

(Beifall von der SPD)

Richtig muss sein: Wer sich als Veranstalter oder  
als Betreiber einer Veranstaltung nicht an die Re-  
geln hält, gehört mit Ordnungswidrigkeiten und  
strafrechtlichen Normen verfolgt. Dafür setzen wir  
uns ein. Dafür brauchen wir aber Ihren Antrag nicht.  
Deswegen werden wir ihn ablehnen. – Danke  
schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Stot-  
ko. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Die antragstel-  
lende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung  
über den Inhalt des **Antrages Drucksache 15/1688**  
beantragt. Wer möchte dem Antrag zustimmen? –

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Uii!)

Die Fraktionen der Linken, der CDU und der FDP.  
Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD  
und Grünen. Ich hoffe, ich habe keine Enthaltungen  
übersehen. – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## **6 Gesetz zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/666

Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1744

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Kommunalpolitik  
Drucksache 15/1695

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1777

zweite Lesung

Die Beratung wird von der Fraktion der CDU durch Herrn Hauser eröffnet.

**Benedikt Hauser** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen eine kurze Bilanz des Vorhabens, das uns hier vorgelegt wird: eine isolierte Maßnahme, die die Probleme nicht bei der Wurzel packt, sondern sich nur mit einem Symptom befasst. Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es nicht, das strukturelle Finanzproblem der Kommunen anzupacken, Ziel ist es, das formale Problem aufsichtsrechtlicher Genehmigung von Haushalten anzupacken. Sie machen reine Formalmaßnahmen.

Dass wir mit unserer Einschätzung nicht alleine stehen, mögen einige Aussagen aus der Anhörung zur Gesetzesänderung verdeutlichen, die ich mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren darf.

Der Vertreter des Landkreistages, Herr Dr. von Kraack, erklärte zum Beispiel:

„... denn § 76 löst die Problematik nicht. Er könnte sie sogar, wenn die Änderung isoliert stattfindet, verschärfen, weil er letztendlich nur die Kreditlinie erweitert.“

Der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, Herr Wohland, erklärte – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Das heißt aber nicht, dass die Kommunen flächendeckend in erster Linie mit dem Vollzug des Haushaltsrechts Probleme haben, sondern das ist Ausdruck einer katastrophalen Unterfinanzierung der kommunalen Familie in Gänze.“

Angesichts der Tatsache, dass wir für diesen Punkt nicht viel Redezeit eingeräumt bekommen haben, gebe ich jetzt nur eine kurze Zusammenfassung unserer Bewertung.

Mich stört die Tatsache, dass nicht an den eigentlich wesentlichen Fragen etwas bewegt wird. Die finanzielle Situation der Kommunen ist zweifellos katastrophal: Nothaushaltskommunen, soweit das Auge der Kommunalaufsicht reicht, kaum Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt, ein Kassenkreditvolumen von über 20 Milliarden € und ein kommunalpolitischer Sprecher der Grünen, der darüber lacht.

Die Analyse wird sich noch weiter vertiefen lassen, und die Kollegen der drei regierungstragenden Fraktionen werden die Analyse sicher teilen. Aber was wird substantiell dagegen getan? Diese Maßnahme jedenfalls, meine Damen und Herren, hilft in der Finanzsituation der Kommunen nicht substantiell. Die Gesetzesänderung wäre vielleicht als kleiner Baustein eines abgestimmten tragfähigen Konzeptes vertretbar. Ein solches Konzept hätte sich auch angeboten. Wir haben hierzu im Zusammenhang mit dem GFG am Mittwoch ja auch diskutieren können. Von den regierungstragenden Fraktionen ist das Angebot, hier etwas sofort substantiell zu bewegen, aber abgelehnt worden.

Also: Was soll das jetzt bringen? Oder ist das, was Sie hier machen, ein Trostpflaster für die Kommunen, die Sie mit dem GFG 2011 unter die Wasserlinie drücken, indem Sie denen, die gerade noch mit der Unterlippe über der Wasseroberfläche sind, noch ein paar Gewichte auf die Schulter legen, auf dass sie endgültig untergehen, nach dem Motto: Versucht mal schön zu schwimmen, und wenn das nicht so richtig gut klappt, dann geben wir euch noch ein bisschen mehr Zeit, schwimmen zu lernen, indem wir die Fristen verlängern.

In all den Monaten, in denen diese vorgeblich so kommunalfreundliche Regierung am Werkeln ist, wurden die entscheidenden Schritte nicht getan. Ein systematisches Herangehen an das von allen erkannte Problem kann ich bisher noch immer nicht erblicken.

Stattdessen wollen Sie mit der Verlängerung der Frist in § 76 der Gemeindeordnung das Problem einfach formal negieren. Kein Haushaltsausgleich? Nicht schlimm, dann halt in zehn Jahren. – Das erscheint mir so, als ob Sie einem Patienten, nachdem Sie bei ihm 41 Grad Fieber gemessen haben, nicht wirkungsvolle Medikamente reichen, sondern einfach ein neues Fieberthermometer geben, auf dass es besser werde.

(Beifall von der CDU)

Und dieses Fieberthermometer, meine Damen und Herren, ist auch noch schlecht geeicht. Die Fähigkeit zu einer vernünftigen und von der Kommunalaufsicht auch beurteilbaren Prognose über einen

Zeitraum von mehr als zehn Jahren – über Steuereinnahmen, gesetzliche Verpflichtungen, Kostenentwicklungen und Erträge von Beteiligungen und Ähnliches – hätte sicherlich jeder hier im Haus gerne. Doch es hat sie niemand. Es ist nicht umsonst so, dass die mittlere Finanzplanung vier bis fünf Jahre als Zeitraum vorsieht und nicht zehn Jahre. Schon da befinden sich viele Prognosen planerisch eher im Bereich der Fantasie als im Bereich der Realität und einfach nur in der allgemeinen Einschätzung, es möge so kommen.

Gehen wir davon aus, dass auf der Basis des Gutachtens der Herren Junkernheinrich und Lenk ein schlüssiger Weg für die Rückgewinnung der kommunalen Finanzautonomie aufgezeigt ist, dann ist klar, dass in diesem Bereich auch § 76 Abs. 2 eine Rolle zu spielen hat. Aber zunächst muss das grundsätzliche Konzept für eine finanzielle Gesundung der Kommunen stehen. Danach kann man sich über den aufsichtsrechtlichen Rahmen der Umsetzung ebenfalls miteinander unterhalten und vielleicht auch über eine Ausweitung der Möglichkeiten in § 76 Abs. 2.

Es erscheint uns deswegen nicht sinnvoll, den § 76 Abs. 2 jetzt zu verändern. Wir lehnen den Antrag der Koalition daher ab. Wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem wir das noch einmal deutlich machen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Und in Anlehnung an gestern: Schönes Wochenende!

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Hauser. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Herter.

**Marc Herter (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man fühlt sich erinnert an die letzten Diskussionen zu Gesetzentwürfen im Bereich der Kommunalfinanzen: Immer muss erst noch etwas anderes erfolgen.

Geht es um 300 Millionen € mehr Ausschüttung über das GFG? – Nein, da muss erst noch etwas anderes erfolgen. Geht es darum, dass wir die Grunddaten im neuen GFG anpassen, was längst überfällig ist? – Nein, es muss erst noch etwas anderes erfolgen. Jetzt geht es darum, für die Umsetzung unseres gemeinsamen Beschlusses vom 29. Oktober zu zeitlich flexiblen Regelungen im Bereich des Gemeindehaushaltsrechts zu sorgen. – Nein, erst muss noch etwas anderes erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, Sie machen sich langsam unglaublich, was die Frage angeht, ob Sie den Kommunen überhaupt helfen wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für uns ist dies ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege hin zu nachhaltigen Konsolidierungs-

konzepten in den Kommunen. Ich habe schon am Mittwoch gesagt: Die Gemeindefinanzierung ist Sache des Landes. Die Übernahme der Soziallasten ist Angelegenheit des Bundes. Und hier geht es jetzt darum, wie denn der kommunale Beitrag, den wir genau wie Sie erwarten, gestemmt werden kann, nämlich auch in den Kommunen, die betroffen sein werden, die zusätzliche Einsparungen in ihren Etats werden leisten müssen.

Ein Pakt ist etwas, wo am Ende alle entsprechend tätig werden und eine gemeinsame Kraftanstrengung leisten müssen. Dann müssen die Kommunen aber auch erstens den Spielraum für eine Kraftanstrengung haben und zweitens einen Anreiz haben, dass sie nicht trotz aller Kraftanstrengungen am Ende in einer Vergeblichkeitsfalle verbleiben und immer noch nicht genehmigte Haushaltssicherungskonzepte vorfinden.

Wir wollen ja zukünftig einen Zehnjahreszeitraum vorsehen. Das ist übrigens keine Idee von uns. Sie haben zum alten Gesetzentwurf gesprochen, Sie haben zur Freigaberegulation gesprochen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein!)

Das ist eine Idee des Kämmerers der Landeshauptstadt Düsseldorf, des Fachverbandes der Kämmerer, die in die Anhörung eingebracht worden ist.

(Bodo Löttgen [CDU]: Er hat etwas anderes gesagt!)

Wäre es nicht besser, Herr Löttgen, man würde sich auf eine Grenze von zehn Jahren verständigen? Ja, das wäre besser. Und deshalb steht das jetzt in diesem Gesetzentwurf. Es ist ein konkretes Ergebnis der Anhörung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ein bisschen verärgert. Wir brauchen eine Öffnung für all das, was wir mit Junkernheinrich/Lenk vorhaben. Wir brauchen eine Öffnung für die Kommunen, die hinterher die sogenannten Sanierungskonzepte auflegen müssen, die hinterher aus der Landeshilfe, der Bundeshilfe, ihren eigenen Anstrengungen und dem Solidarbeitrag der kommunalen Familie zusammen ein Sanierungskonzept stricken müssen. Voraussetzung dafür ist – da liegen wir, Herr Löttgen, glaube ich, gar nicht so weit auseinander –, diese Sanierungskonzepte entsprechend zu werten und von der höheren Kommunalaufsicht, den Bezirksregierungen, werten zu lassen, um Einheitlichkeit herzustellen.

Deshalb – verzeihen Sie mir – bin ich sehr enttäuscht über das, was die CDU heute hier bietet. Wir haben exakt die Regelungen, die Ihre Experten empfohlen haben. Die materielle Klassifizierung ist nach Ihren Wünschen enthalten. Viele Fraktionen in den Kommunen begrüßen diese Regelung.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])



Übrigens sind das nicht SPD-Fraktionen! Dazu darf ich etwas aus dem Brief der CDU-Ratsfraktionen aus Dortmund, Hamm, Bottrop, Herne, Hagen und der drei CDU-Kreistagsfraktionen aus Recklinghausen, dem Ennepe-Ruhr-Kreis, Unna und des KPV Bezirksverband Ruhrgebiet – mit Genehmigung der Präsidentin – zitieren, dass nämlich die „Veränderung des § 76 der Gemeindeordnung ... seitens vieler großer Städte im Ruhrgebiet positiv gewertet“ wird. Wie soll ich denn das verstehen, wenn Sie sich hier heute ganz anders äußern?

(Manfred Palmen [CDU]: Ruhrgebiet!)

– Entschuldigung! Ist die CDU im Ruhrgebiet nicht Mitglied Ihres Landesverbandes? Dann sollten Sie das der CDU im Ruhrgebiet vielleicht mal mitteilen. Vielleicht ist es ja ein Problem der Zusammensetzung Ihrer Fraktion,

(Manfred Palmen [CDU]: Ich würde mal unseren Antrag lesen!)

dass Sie, Herr Palmen, genau diese Notlagen der Kommunen im Ruhrgebiet nicht einschätzen können.

(Beifall von der SPD – Manfred Palmen [CDU]: Das ist Unsinn!)

Die Wahrheit, Herr Palmen, ist doch: Bei Ihnen haben sich die Scharfmacher durchgesetzt. Bei Ihnen haben sich diejenigen durchgesetzt, die an dieser Stelle nicht sachlich mit uns zusammen mehr Möglichkeiten zur Konsolidierung der Kommunen schaffen wollen, die keine sachgerechte Lösung haben wollen. Die haben sich durchgesetzt und verweigern die Hilfe.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh. Das ist ein guter Tag für die Kommunen in diesem Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Herter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin manchmal schon sehr beeindruckt von den Unverschämtheiten, die sich manche Kollegen hier erlauben. Wenn Herr Hauser vorträgt, dass mit dem GFG Kommunen unter Wasser gedrückt werden,

(Bernhard Schemmer [CDU]: Richtig! So ist es!)

dann verkennen Sie bewusst, dass 323 Millionen € mehr im GFG sind, als es nach Ihren Vorstellungen der Fall gewesen wäre. – Das ist Fakt 1.

Wenn Sie auch weiterhin mit der Unterstellung durch die Lande laufen,

(Bodo Löttgen [CDU]: Die ist richtig!)

dass es ein bewusstes Unterwasserdrücken der Kommunen gäbe, dann müssen Sie sich schon vorhalten lassen ...

(Bernhard Schemmer [CDU]: Genauso ist es! – Gegenruf von Dietmar Bell [SPD]: Sie lassen die Kommunen absaufen!)

– Herr Kollege Schemmer, in Ihrer Regierungszeit sind die Kommunen beim Einheitslastenabrechnungsgesetz über den Tisch gezogen worden, die Krankenhausfinanzierung wurde geändert, die Schülerfahrtkosten wurden aus der Struktur genommen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es gab über 1 Milliarde € strukturelle Schlechterstellung der Kommunen plus Wachstumsbeschleunigungsgesetz – 300 Millionen € auf Bundesebene –, plus weitere steuerrechtliche Änderungen, die die Kommunen in Nordrhein-Westfalen insgesamt um 800 Millionen € schlechterstellen. Sie sollten sich schämen, einen Strick daraus zu drehen, wenn 300 Millionen € obendrauf kommen!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich weiß, warum Sie ans Pult getreten sind; da stimme ich Herrn Herter ausdrücklich zu. Bei Ihnen gibt es zwei Fraktionen: die der Scharfmacher und die, die an dem Konzept der Konsolidierung der Kommunen arbeiten wollen. Das konstatiere ich ausdrücklich. Es gibt sehr viele gutmeinende und gut informierte Leute in der Landtagsfraktion der CDU, die ein offenes Ohr für die kommunale Basis haben. Die haben Sie bei dieser Abstimmung mal wieder in die Minderheit gedrückt und sich dafür entschieden, auch bei diesem Thema, bei dem wir eigentlich sehr nah beieinanderliegen, Scharfmacher vor vernünftige, konstruktive Zusammenarbeit zu stellen. Das finde ich sehr schade. Das entspricht auch nicht dem, wie mir konservative Kommunalpolitiker gerade im Zusammenhang mit § 76 entgegengekommen sind.

Ich sage Ihnen, warum es jetzt gemacht werden muss: Die Art und Weise der Politik, wie der ehemalige Innenminister Wolf die Kommunen gegängelt und auch Herr Engel bis zum letzten Jahr immer gesagt hat: „Solange kein Mentalitätswechsel bei den Kommunen vorhanden ist, tun wir gar nichts“, womit er die Schuld für die Haushaltsmisere der Kommunen einseitig ins Haus der Kommunen geschoben hat, muss ein Ende haben.

Wir brauchen bei der Aufsicht der Kommunen eine partnerschaftliche Stellung, was nach meinem festen Glauben dazu führt, dass mehr und vernünftiger konsolidiert wird als vorher. Denn die Kommunen, die nichts zu verlieren haben, werden doch nicht

konsolidieren, wenn sie überhaupt keine Perspektive auf eine bessere aufsichtsrechtliche Behandlung haben. Deswegen ist es wichtig, § 76 jetzt zu ändern; denn jetzt sind Haushalte zu genehmigen und Konsolidierungskonzepte mit der Bezirksregierung abzustimmen.

Zum Gesetzgebungsverfahren ist Folgendes zu sagen: Wir haben zunächst einen Entwurf vorgelegt und in der Anhörung Stellungnahmen erhalten. Daraufhin haben wir reagiert und den Gesetzentwurf mit einem Änderungsantrag noch einmal geändert. Ich glaube sehr wohl, dass wir die Bedenken und Anregungen der Kommunen sehr breit aufgenommen haben. Es ist überhaupt nicht so, dass die Kommunen, die vielleicht nicht positiv davon betroffen sind, weil sie – wie Düsseldorf – ohnehin einen guten Haushalt haben, sagen: Das ist schlecht. Das führt dazu, dass weniger konsolidiert wird. – Ganz im Gegenteil! Auch die kommunalen Spitzenverbände, auch der Städte- und Gemeindebund haben gesagt: Das ist die richtige Richtung.

Sie versuchen, sich mit einem Entschließungsantrag, es sei der falsche Zeitpunkt aus der Misere zu ziehen.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Kollege, darf ich Sie auf die Redezeit hinweisen, die Sie jetzt schon seit einer Minute ...

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Das ist nicht richtig.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Entschuldigung!

(Manfred Palmen [CDU]: Block !!)

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Die Anhörung hat dazu geführt, dass wir genau die Mitte getroffen haben. Es ist ein gutes Konzept.

Ich sage Ihnen noch eines: Der Erlass vom 6. März 2009, den Innenminister Wolf vorgelegt hat, führte dazu, dass eben nicht sinnvoll konsolidiert, sondern gegängelt wurde, dass keine vernünftigen Konzepte ausgearbeitet wurden. Das mussten wir dringend ändern. Das soll heute mit der Änderung des § 76 geschehen. Ich finde, das ist ein sehr guter Weg. Natürlich haben Sie recht: Der muss ausgestaltet werden. Dazu müssen auch noch untergesetzliche Maßnahmen vereinbart werden. Die Landesregierung ist aufgefordert, dies im Benehmen mit der Politik zu tun. Nach den Gesprächen, die wir in diesem Zusammenhang geführt haben – es waren sehr viele –, bin ich mir ganz sicher, dass wir dort auf einem guten Weg sind. Deswegen bin ich sehr froh, dass der Gesetzentwurf heute zur Abstimmung steht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Mostofizadeh. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Herr Engel.

**Horst Engel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Herter und Herr Mostofizadeh, lesen Sie den Entschließungsantrag der CDU, warum wir heute nicht zustimmen können. Am Ende wird klar gesagt: § 76 steht endemisch für sich alleine, aber das Gesamtkonzept ist noch nicht erkennbar. Deshalb sagen wir heute, dass die Verlängerung des Zeitraums der Haushaltssicherung auf zehn Jahre die Kommunalaufsicht quasi lahmlegen würde. Damit wäre dem Land, ohne ein Gesamtkonzept zu haben, jedwede Möglichkeit genommen, Kommunen mit schlimmen Haushaltsproblemen zu helfen. Ich sage immer gerne: Der osmotische Druck würde aus dem System entweichen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Der osmotische Druck entweicht aus dem System! Das finde ich ausgesprochen bezeichnend!)

Gerade mit Blick auf das Entschuldungskonzept der Professoren Lenk und Junkernheinrich wäre dies kontraproduktiv. Noch am 29. Oktober 2010 haben sich alle Fraktionen in diesem Hause dafür ausgesprochen, die Kommunalfinanzen wieder auf eine solide Grundlage zu stellen und den über Jahrzehnte eingeschliffenen Verschuldungsautomatismus zu durchbrechen. Dieses Vorhaben sollten wir nicht konterkarieren.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Engel, verzeihen Sie.

**Horst Engel (FDP):** Nein. Gucken Sie mal, wie spät es ist. – Würde § 76 wirklich im Sinne der Regierungsfractionen geändert, müssten die Aufsichtsbehörden zukünftig jedes noch so „absurde“ Haushaltssicherungskonzept genehmigen, ganz egal, wie schlimm es um die jeweilige Kommune steht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Nein! Lesen bildet, Kollege!)

Nicht genehmigte Haushalte gäbe es nur noch in der Theorie. Durch die fehlende Bindung an den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung würden Haushaltssicherungskonzepte zu Fantasien.

(Beifall von der FDP)

Denn in ein auf zehn Jahre angelegtes HSK ließe sich so ziemlich alles hineinschreiben. Die Bewertung solcher Phantasien durch die Kommunalaufsicht verkäme zu Kaffeesatzleserei.

In der Folge könnten die betroffenen Kommunen weiter wirtschaften wie bisher, und zwar auch dann, wenn sie eigentlich völlig pleite sind. Die Verpflich-

tung, sich mit aller Kraft für einen ausgeglichenen Haushalt einzusetzen, wäre nur noch eine leere Worthülse. Kein Lokalpolitiker hätte vor diesem Hintergrund noch einen Anreiz, sich für die Entschuldung seiner Kommune einzusetzen und dafür notfalls auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

(Nadja Lüders [SPD]: Wir sind nicht so verantwortungslos wie Sie!)

Die Kommunalaufsichtsbehörden müssten dabei tatenlos zusehen, sie bekämen im Fall eines Zusammenbruchs aber den Schwarzen Peter zugeschoben.

Das Nothaushaltsrecht ist kein Folterinstrument zur Gängelung unserer Städte und Gemeinden. Es dient lediglich als Notbremse in existenzbedrohenden Situationen. Es ist für Städte und Gemeinden gedacht, die sich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nicht mehr eigenständig helfen können. In diesen Fällen ist kommunalaufsichtsrechtliches Eingreifen sinnvoll und notwendig.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Minister Ralf Jäger: Ja!)

Anders als vielfach behauptet ist der Nothaushalt auch kein Normalzustand. Denn wir wissen genau, dass die augenblickliche Rekordzahl an Kommunen in der vorläufigen Haushaltsführung insbesondere auf die Finanzkrise zurückzuführen ist. Diese Krise hat unsere Städte und Gemeinden durch die Einbrüche bei der Gewerbesteuer und durch gestiegene Sozialausgaben gleich doppelt getroffen.

Zum Glück hat sich die Wirtschaft aber mittlerweile wieder erholt. Die Gemeinden können mit Steuermehreinnahmen in Rekordhöhe rechnen, und der Bund hat eine vollständige Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter angekündigt.

Vonseiten des Landes werden wir zudem hoffentlich bald gemeinsam – darauf legen wir heute auch mit unserem Beitrag Wert – ein Entschuldungsprogramm für die Kommunen auf den Weg bringen. Daran arbeiten wir auch aktiv mit. Wir glauben deshalb, dass der § 76 jetzt eigentlich unsystematisch vorgezogen wird.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wenn all diese Maßnahmen greifen, wenn das Konzept also aufgeht, wird es in absehbarer Zeit Nothaushalte nur noch in Ausnahmefällen geben. Daran wollen wir mitarbeiten.

Für diese Ausnahmefälle brauchen unsere Aufsichtsbehörden allerdings deutliche Eingriffsrechte, oder, freundlicher ausgedrückt, Beratungsrechte, damit sie einen zielführenden und nachhaltigen Beitrag zur Lösung der kommunalen Finanzprobleme leisten können. Die Kommunalaufsicht darf nicht entmachtet werden, sondern sie muss gestärkt werden, und sie muss intelligenter ausgestaltet werden.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Genau darum geht es nicht.

(Minister Ralf Jäger: Doch!)

– Ja. Das weiß ich doch. Sie muss Kommunen mit prekären Haushalten Anreize bieten können, um grundlegende strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Außerdem benötigt sie größere Handlungsfreiräume für einen individuellen Umgang mit lokalen Problemstellungen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Minister Ralf Jäger: Ja, genau! Erklären Sie uns das mal!)

– Ja. Aber warum soll der § 76 dann vorgezogen werden? Er ist Teil eines Gesamtkonzepts, und zwar für den Zeitpunkt, wenn alle Teile auf dem Tisch liegen.

Ich komme zum Schluss; bei mir leuchtet schon die rote Lampe.

(Zuruf von der SPD: Endlich mal!)

Damit das Land in diesem Sinne aktiv werden kann, brauchen wir das Nothaushaltsrecht. Möglicherweise muss der Zeitraum für die Haushaltssicherung flexibilisiert werden. Eine seriöse Obergrenze für die Laufzeit von Haushaltssicherungskonzepten muss dabei jedoch zwingend erhalten bleiben. Die vorgeschlagenen zehn Jahre werden dieser Forderung nach heutigem Erkenntnisstand nicht gerecht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Demirel.

**Özlem Alev Demirel (LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hauser, Sie haben eben gesagt, dass diese Initiative der Landesregierung das strukturelle Problem nicht löst. Recht haben Sie, wenn Sie darauf hinweisen! Zudem haben Sie die Aussage, diese Initiative der Landesregierung könne die strukturellen Probleme nicht lösen, noch durch ein Zitat von Herrn Kraack untermauert.

Wenn Sie aber der Meinung sind, dass Sie die strukturellen Probleme lösen wollen, dann frage ich mich, warum Sie auf Bundesebene nicht endlich aufhören, faule Kompromisse einzugehen, und warum Sie nicht damit beginnen, die Kommunen wirklich nachhaltig zu entlasten.

(Beifall von der LINKEN)

Ich frage mich: Wenn Sie hier Herrn Kraack vom Landkreistag zitieren, warum führen Sie dann nicht auch die Äußerungen von Herrn Kraack zum Hartz-IV-Kompromiss oder zur Mogelpackung Bildung und deren Folgen für die Kommunen an?

(Beifall von der LINKEN)

Auch das waren eindeutige Äußerungen, und entsprechende Maßnahmen wären tatsächlich geeignet gewesen, die Kommunen strukturell zu entlasten.

Ähnlich sieht es beim Thema „GFG“ aus. Auch dies haben Sie als Argument verwendet. Ich kann Sie hier nur noch einmal einladen: Stimmen Sie doch unserem Änderungsantrag nach einem Härteausgleich zu. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass keine Kommune in diesem Jahr schlechter gestellt ist als zuvor!

(Beifall von der LINKEN)

Noch etwas muss ich aber sagen, lieber Marc Herter:

(Marc Herter [SPD]: Hier!)

Auch Ihr Antrag und Ihre Initiative sind, wenn man ganz ehrlich ist, mit heißer Nadel gestrickt. Dennoch geht das Begehren in die richtige Richtung. Deshalb stimmen wir Ihrer Initiative zu. Sie sehen: Wir Linken suchen nicht nach faulen Stellen oder Fehlern in Ihren Initiativen, sondern wir schauen, was davon in die richtige Richtung geht, und wir unterstützen dies deshalb.

(Manfred Palmen [CDU]: Herzlichen Glückwunsch!)

Vor dem Hintergrund der hier bereits angesprochenen strukturellen Unterfinanzierung ist die Orientierung auf einen in so kurzer Zeit zu leistenden Haushaltsausgleich vollkommen unsinnig. Meine Herren, was nützt ein konsolidierter Haushalt, wenn die Straßen voller Schlaglöcher und dadurch unbefahrbar sind, wenn Schulgebäude verfallen und sozialer Kahlschlag herrscht? In einer solchen Situation freut sich eventuell der Kämmerer, aber bestimmt nicht der Bürger.

Kolleginnen und Kollegen, 137 Kommunen stecken derzeit im Nothaushaltsrecht. Welche kontraproduktiven Auswirkungen das hat, möchte ich Ihnen an einem konkreten Beispiel aufzeigen.

Solche Kommunen dürfen nicht befördern. Die Kolleginnen und Kollegen von der Berufsfeuerwehr der Stadt Wuppertal haben uns einmal dargelegt, in welchem Ausmaß sie mittlerweile vom Förderungstau betroffen sind. Von 330 Feuerwehrbeamten in Wuppertal sind mittlerweile 125 Stelleninhaber im Beförderungstau. Die betroffenen Kollegen verlieren Monat für Monat zwischen 90 und 740 € an Gehalt. Angesichts solcher Umstände ist es doch kein Wunder, dass Feuerwehrleute abwandern oder möglicherweise auch abgeworben werden, und zwar von solchen Kommunen, die nicht in der Haushaltssicherung sind.

Meine Damen und Herren, soll es demnächst so enden, dass Menschen in armen Kommunen ein größeres Risiko von Bränden haben, weil Feuer, die

bei ihnen auftreten, nicht rechtzeitig gelöscht werden? Das zeigt die Absurdität dieses Nothaushaltsrechts. Wenn diese Situation nun erleichtert wird, ist das umso besser. Dann bekommen die SPD und die Grünen unsere Unterstützung.

(Beifall von der LINKEN)

Wir hätten natürlich gerne weitergehende Änderungen in dem Entwurf von SPD und Grünen gesehen. Dazu haben wir im Ausschuss auch Änderungsanträge gestellt. Leider wurden diese abgelehnt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, einen weiteren Änderungsantrag, den wir auch heute eingereicht haben, möchten wir hier aber noch einmal zur Abstimmung stellen und ihm bei Ihnen Gehör verschaffen. Wir möchten in Bezug auf das Haushaltssicherungskonzept folgenden Satz ergänzen – ich zitiere –:

„Freiwillige Leistungen stehen einer Genehmigung nicht grundsätzlich entgegen.“

Wir haben diesen Antrag bereits im Ausschuss gestellt und auch in die Anhörung gegeben. Diese Änderung wurde in der Anhörung von den Sachverständigen und Kämmerern sehr stark unterstützt und war vollkommen unstrittig. Darum ist mir völlig schleierhaft, warum die Koalitionsfraktionen dies nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen haben.

(Beifall von der LINKEN)

Warum Sie das nicht wollten, haben Sie auch nicht im Ausschuss begründet. Sie haben keinerlei Argumente genannt. Das ist nicht eine Koalition der Einladung, meine Damen und Herren; das ist einfach nur arrogant von Ihnen. Liegt es etwa daran, dass der gute Antrag von der Linken kommt? Das wäre sehr traurig für die Kommunen, aber vor allen Dingen auch für Ihre eigenen Oberbürgermeister vor Ort.

Werte Kolleginnen und Kollegen, bitte reden Sie sich jetzt nicht damit heraus, es sei doch heute schon Praxis, dass freiwillige Leistungen auch in Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept möglich sind. Das ist heute Auslegungssache und richtet sich nach dem politischen Wind. Auch im Leitfaden des Ministeriums für die aufsichtsbehördliche Begleitung von Haushaltssicherungskonzepten ist eine restriktive Auslegung dargelegt, wonach freiwillige Leistungen zu reduzieren sind.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Frau Kollegin, würden Sie bitte zum Schluss kommen?

**Özlem Alev Demirel (LINKE):** Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Gerade darum wollten die Sachverständigen und Kämmerer es gerne explizit im Gesetzestext sehen.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, geben Sie sich doch einen Ruck, und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Frau Demirel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Hauser, ich danke Ihnen außerordentlich dafür, dass Sie ein realistisches Bild zeichnen und in der Realität angekommen sind. Wortwörtlich haben Sie gesagt, die Finanzsituation der nordrhein-westfälischen Kommunen sei katastrophal. Herr Hauser, willkommen in der Realität!

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich nehme das in der Tat mit Freude zur Kenntnis, weil Mitglieder Ihrer Fraktion und der Fraktion der FDP noch vor wenigen Monaten in einer traumtänzerischen Sicherheit hier durch den Landtag getänzelt sind und darauf hingewiesen haben, dass ein solches Problem gar nicht existiere. Jetzt haben wir eine Gemeinsamkeit gefunden. Die Gemeinsamkeit heißt: Wir müssen etwas tun.

Herr Hauser, bei der Sondersitzung zur Situation der Kommunalfinzen im letzten Jahr hier im Landtag haben wir gemeinsam eine außerordentlich gute Beschlussfassung gefunden. Wir haben gemeinsam festgestellt: Wenn den Kommunen in Nordrhein-Westfalen wirklich effektiv geholfen werden kann, dann nur dadurch, dass der Bund die Hälfte der Soziallasten übernimmt.

(Bodo Löttgen [CDU]: Es geht nicht nur darum!)

Herr Hauser, wir stellen fest: Die tun nicht, was Sie wollen. Die machen das einfach nicht.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie tun nicht, was Sie sagen!)

– Herr Löttgen, ich rede mit meiner Bundestagsfraktion. Ich sage Ihnen auch ganz offen: Bei dem einen oder anderen meiner dortigen Kollegen ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, damit man auch in der Bundestagsfraktion mal eine Fachressortbezogenheit für das gemeinsame Ziel aufgibt, dass das kommunale Finanzsystem nicht implodiert.

Das erwarte ich von Ihnen aber genauso, zumal Sie und Ihre Partei in der Bundesregierung nicht nur unmaßgeblich beteiligt sind.

Diese Bundesregierung wird über das, was wir gemeinsam als Kompromiss zur sogenannten Hartz-IV-Reform gefunden haben, nämlich Entlastung im Rahmen der Grundsicherung erst in drei Jahren, hinaus nach meiner Einschätzung nicht die Kraft haben, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen

und in der Bundesrepublik Deutschland weiter zu entlasten. Diese Kraft wird sie nicht haben.

Jetzt haben wir folgende Situation – das sage ich Ihnen ganz deutlich –: Wir als Land Nordrhein-Westfalen sind aufgefordert, die Kommunen an der Stelle finanziell zu unterstützen, an der sie die vom Bund übertragenen Aufgaben nicht mehr finanzieren können und drohen, in die Zahlungsunfähigkeit zu geraten. Das ist jetzt die Aufgabenstellung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Herr Hauser, Sie haben ein Gesamtkonzept angeordnet. Das ist Bestandteil eines Gesamtkonzeptes. Ich weiß nicht, wo in den vielen Gesprächen – sei es bilateral, sei es im Kommunalausschuss – der Informationsbruch zustande gekommen ist, dass wir das nicht in ausreichender Weise an Sie herantragen konnten.

Wir brauchen die Konsolidierungshilfe des Landes beispielsweise für diejenigen Kommunen, die bereits in der Überschuldung sind oder drohen, in die Überschuldung zu geraten.

Neben dieser Finanzhilfe müssen wir aber den ordnungspolitischen Rahmen ändern; denn der jetzige ordnungspolitische Rahmen gibt vor, dass ein Haushaltssicherungskonzept den Haushaltsausgleich innerhalb von vier Jahren darstellen muss.

Eine solche Regelung, die es übrigens in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland gibt, hat konkrete Folgen, Herr Hauser. Sie führt nämlich dazu, dass die Kommunalaufsicht lediglich danach genehmigen kann, ob eine Ausgabe rechtlich unabweisbar ist oder nicht, und nicht danach, ob sie vernünftig ist.

Auf der anderen Seite haben wir 137 Kommunen, die nicht realistisch darstellen können, wie in vier Jahren der Haushaltsausgleich zu erreichen ist. Es ist gemeinsame Auffassung, dass ein Ausgleich der Haushalte nur über folgende drei Punkte zu erreichen ist: erstens die Entlastung durch die Grundsicherung – viel zu spät und bedauerlich zu wenig –, zweitens mithilfe des Landes über eine Konsolidierungshilfe und drittens über deutliche eigene Konsolidierungsbemühungen. Eine entsprechende Vorgehensweise in diesen drei Punkten ist bei einer ganzen Anzahl von Kommunen in vier Jahren nachweislich nicht möglich.

Deshalb brauchen wir individuelle Konsolidierungspläne, meine Damen und Herren. Da können Sie sich nicht verweigern – erst recht nicht mit dem Hinweis, das müsse Bestandteil eines Gesamtkonzeptes sein. Herr Hauser, in meiner Heimatgemeinde hat der Rat das letzte Mal vor 23 Jahren einen genehmigungsfähigen Haushalt beschlossen. Mit den Arbeiten zur Auflegung eines solchen Konsolidierungsplans muss jetzt begonnen werden – jetzt und nicht irgendwann.

(Beifall von der SPD)

In diesem Zusammenhang habe ich auch eine Bitte an die FDP. Sie mögen aufgrund Ihrer parlamentarischen Rechte, die durch die Umfragewerte als solche nicht begründet sind, aber durch Ihre Stärke hier im Parlament, – eine dritte Lesung beantragen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Siehe „Politbarometer“ heute Abend!)

Herr Engel, ich mache Sie aber darauf aufmerksam, dass die Arbeiten für das, was Sie hier selbst einfordern, nämlich dass wir den individuellen Sparkurs zwischen Kommunalaufsicht und Kommune vereinbaren müssen, jetzt beginnen müssen. Ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept in Abstimmung mit dem Rat aufzulegen, dauert Monate. Wenn Sie jetzt eine dritte Lesung beantragen und damit sozusagen die Rechtsgrundlage für eine solche Vorgehensweise wieder nicht schaffen wollen, sind Sie mit dafür verantwortlich, dass sich die Situation in diesen Kommunen dramatisch zuspitzt.

Deshalb meine herzliche Bitte: Das Ganze liegt als offenes Buch auf dem Tisch. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die kommunale Finanzsituation nicht implodiert. Das muss die gemeinsame Auffassung aller Fraktionen in diesem Landtag sein. Wir müssen den Kommunen dafür die Instrumente geben. Ein Baustein dieser Instrumente ist die Änderung des § 76 Abs. 2. Ich rate Ihnen aus Sicht des zuständigen Ressortministers dringend, heute zu einer Beschlussfassung zu kommen, und zwar in der Form, wie es hier vorgelegt worden ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich weise darauf hin, dass von der Fraktion der FDP eine dritte Lesung beantragt worden ist.

Damit kommen wir zur Abstimmung. – Zur Geschäftsordnung.

**Britta Altenkamp (SPD):** Sehr verehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann eine dritte Lesung nach dem Schluss der zweiten Lesung stattfinden. Genau das wollen wir heute hier tun. Wir fordern Sie also auf, die dritte Lesung direkt im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt durchzuführen und somit die Tagesordnung entsprechend zu ändern. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Zur Geschäftsordnung, Herr Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Verehrte Kollegin Altenkamp, unser Begehren richtet sich nicht darauf, heute noch eine dritte Lesung anzuhängen. Andernfalls hätten wir mehr Redezeit beantragt, wenn wir diese Lesung heute hätten durchführen wollen.

Wir haben in der Debatte erlebt, dass wir über ein sehr folgenreiches Gesetz reden. Auch die heutige Diskussion hat gezeigt, dass der Teufel im Detail steckt und dass es Sinn macht, über viele Sachverhalte nachzudenken. Die von verschiedenen Fraktionen zu diesem Tagesordnungspunkt eingereichten bzw. gestellten Anträge zeigen, dass es noch Diskussionsbedarf gibt. Wir haben hier eben nicht die Situation, dass ein solches Gesetz, breit von diesem Parlament getragen, als Verbesserung empfunden würde. Wir möchten deshalb die Gelegenheit nutzen, um auch zwischen den Fraktionen bis zur nächsten Plenarsitzung noch einmal über dieses Gesetz sprechen zu können. Wir als Antragsteller widersprechen deshalb der Vorgehensweise, diese dritte Lesung jetzt durchzuführen.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Damit brauchen wir nicht über den Antrag, die dritte Lesung sofort zu beginnen, abzustimmen. In § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung heißt es, dass die dritte Lesung bei Widerspruch einer Fraktion frühestens am nächsten Sitzungstag stattfindet.

(Unruhe)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 15/1744. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 15/1744 abgelehnt.

Wir stimmen dann ab über den Gesetzentwurf Drucksache 15/666. Die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Kommunalpolitik liegt in **Drucksache 15/1695** vor. Der Ausschuss empfiehlt, seine Beschlüsse gemäß der Beschlussempfehlung anzunehmen. Wer stimmt der Ausschussempfehlung zu? – Die Fraktionen Die Linke, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen**.

Über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1777 wird nach der dritten Lesung abgestimmt.

Wir kommen damit zu:

## 7 Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/975

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Kommunalpolitik  
Drucksache 15/1696

zweite Lesung

Die Beratung eröffnet für die CDU-Fraktion Herr Wimmer.

(Unruhe)

**Wiljo Wimmer** (CDU): Frau Präsidentin, ich warte einen Moment, bis die letzten Gespräche beendet sind und die letzten an diesem Tagesordnungspunkt nicht Interessierten den Raum verlassen haben.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Wimmer, Sie haben völlig recht. Das Präsidium erinnert die Kolleginnen und Kollegen immer daran, leise zu sein, wenn sie den Saal verlassen, weil der nächste Tagesordnungspunkt bereits aufgerufen ist.

**Wiljo Wimmer** (CDU): Ich möchte niemanden vom Arbeiten abhalten. Deswegen warte ich noch einen Moment.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Ich glaube, jetzt geht es.

**Wiljo Wimmer** (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweggeschickt: Die CDU-Fraktion wird an dieser Stelle keine dritte Lesung beantragen. Deshalb werden wir hier und heute – leider – diesen Gesetzentwurf verabschieden. Wir wollen also noch den Rest der Tagesordnung erledigen.

Gegenstand der heutigen Beratung ist die beabsichtigte Wiedereinführung der Stichwahl für kommunale Personenwahlen, also für die Wahl von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten. Diese wurde in der vergangenen Legislaturperiode abgeschafft, sodass es nach geltendem Recht möglich ist, dass der genannte Personenkreis mit einfacher Mehrheit gewählt werden kann, soweit er nicht bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Dass dies nicht gerade selten der Fall ist, haben die Antworten der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage, die ich als bekannt unterstelle und die Sie sicherlich auch nicht anzweifeln werden, belegt. Man könnte also fragen: Wo ist das Problem? Oder etwas schärfer formuliert: Wo ist das dringende Regelungsbedürfnis, das uns dazu zwingt, hier und jetzt bereits eine

Entscheidung in Form einer Gesetzesänderung herbeizuführen?

Die Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte sind bis 2015 gewählt. Ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre. Sie werden losgelöst von der Wahlzeit der kommunalen Gremien erstmals in eigenen Wahlgängen gewählt. Die Frage nach der Problemstellung drängt sich umso mehr auf, als hier nicht etwa ein verfassungs- oder gesetzwidriger Zustand beseitigt werden müsste; das geltende Recht ist ausdrücklich vom Verfassungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster als rechtlich einwandfrei bestätigt worden.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Ein Demokratiedefizit, Herr Minister, wurde verneint. Warum also diese gesetzgeberische Hektik?

Man könnte – bewusst Konjunktiv -auf die Idee kommen, dass es die manische Idee der rot-rot-grünen Mehrheit dieses Parlaments ist, die letzten fünf Jahre der schwarz-gelben Landesregierung aus den Geschichtsbüchern zu löschen und die Zeit von 2005 bis 2010 als Betriebsunfall und peinliche Panne einer ansonsten ununterbrochenen roten, rot-grünen oder aber aktuell rot-rot-grünen Heilsherrschaft in Nordrhein-Westfalen zu eliminieren.

Dass sich die Kollegen der FDP an dieser Stelle ebenfalls daran beteiligen, werden sie selbst zu vertreten haben. Aus meiner Sicht ist das wohl eher parteipolitischem Kalkül geschuldet.

Ich frage also nochmals: Wo ist das Problem? – Begründet wird die Gesetzesänderung mit einem gefühlten Demokratiedefizit, das dadurch entstehen soll, dass ein Kandidat im ersten Wahlgang nur eine relative, aber keine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Selbst wenn der im zweiten Wahlgang gewählte Kandidat aus einer Stichwahl absolut weniger Stimmen erhält als der beste Kandidat im ersten Wahlgang, sei das noch kein Legitimitätsproblem, da ja jeder Wahlgang separat und isoliert zu sehen sei, und dies bei einer Wahl für ein und dasselbe Amt. Mich überzeugt das nicht.

Auch praktisch ist die Relevanz dieser Frage eher gering. So erhielten bei Oberbürgermeisterwahlen lediglich 18 % ein Ergebnis von unter 40 %. Das niedrigste Ergebnis lag bei 38,1 %. Bei Landratswahlen erhielten sogar nur 4 % weniger als 40 % der Stimmen. Bei Bürgermeisterwahlen waren es 7 %.

Im Übrigen fällt in Bezug auf die Frage der Stärkung der kommunalen Demokratie auf, dass die Wahlbeteiligung im zweiten Durchgang bei Stichwahlen durch die Bank deutlich geringer war, was ebenfalls das Argument einer höheren Legitimation zumindest fragwürdig erscheinen lässt. In Extremfällen führte die Stichwahl mit geringerer Wahlbeteiligung dazu, dass ein Hauptgemeindebeamter mit lediglich 16 % Stimmenanteil bezogen auf die Anzahl der

Wahlberechtigten gewählt wurde. Zu behaupten, die Demokratie werde durch die beabsichtigte Gesetzesänderung gestärkt, ist also absurd.

So wundert es auch nicht, dass sich alle kommunalen Spitzenverbände kritisch zur Wiedereinführung der Stichwahl geäußert haben. Das mündet in der Feststellung, dass eine unmittelbare Notwendigkeit zur Wiedereinführung der Stichwahl nicht begründbar ist. So hätten die Bürgermeister- und Landratswahlen des Jahres 2009 nicht zu der Erkenntnis geführt, dass die ohne Stichwahl gewählten Hauptverwaltungsbeamten im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen eine geringere demokratische Legitimation besäßen.

Wie aus der Antwort der Landesregierung ersichtlich, ist das auch prozentual unterlegt. Ich möchte diese Zahlen an der Stelle nicht wiederholen.

Es ist aber interessant, dass sich neben den kommunalen Spitzenverbänden auch eine Organisation wie „Mehr Demokratie“ gegen eine Wiedereinführung der Stichwahl ausspricht und noch in einer aktuellen Veröffentlichung vor der Gefahr der Verzerrung des Wählerwillens bei Wiedereinführung der Stichwahl warnt. Letztendlich sind in der Anhörung, Herr Minister, durchaus überlegenswerte Alternativen zu der Wiedereinführung der Stichwahl aufgezeigt worden, die für die Kommunen Kosten in Höhe von 4 bis 5 Millionen € bedeutet. Als Stichworte nenne ich die Begriffe „Alternativstimmrecht“ oder „Präferenzwahlssystem“. Diese Ansätze sind bisher abschließend nicht durchdacht. Jedoch gibt das eilige Gesetzgebungsverfahren, mit dem die Wahlrechtsänderung durchgepeitscht werden soll, hierfür auch keine ausreichende Möglichkeit.

Ich fordere Sie auf, uns die Möglichkeit zu geben, über diese Dinge noch einmal ausreichend zu diskutieren, damit nicht der Eindruck entsteht, dass die Wiedereinführung letztendlich nur dazu dient – wie in der Vergangenheit auch geschehen –, im Parteiengeschehen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang Posten und Pöstchen zu verteilen, zum Beispiel die Stelle des Ausschussvorsitzenden und des stellvertretenden Bürgermeisters, ...

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Wimmer, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss!

**Wiljo Wimmer (CDU):** ... um auf dieser Grundlage letztlich Wahlempfehlungen abzugeben. Mit mehr kommunaler Demokratie hat das alles nichts zu tun.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Wimmer, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

**Wiljo Wimmer (CDU):** Ich weiß, Frau Präsidentin, und komme zum Schluss.

Am Ende einer überaus erfolgreichen Woche für den geistigen Fußballclub der Welt möchte ich mich von dieser Stelle aus mit einem „Glückauf“ verabschieden und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Hübner.

**Michael Hübner<sup>\*)</sup> (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wimmer, Ihr Vortrag hat die nach unten offene Richterskala nicht ganz erreicht, die er im kommunalpolitischen Ausschuss erreicht hatte, als Sie darüber debattiert haben, zu welchen Folgen das führt: Die Plakate würden vor Ort länger stehen bleiben. Damit hätten Sie eigentlich ein viel größeres Problem.

Sie haben die ganze Zeit davon gesprochen, dass Sie nicht wüssten, wo das Problem ist. – Das Problem ist, dass Sie keine eindeutigen Mehrheitsentscheidungen vor Ort haben, wenn Sie diese Stichwahl nicht haben. Eine Stichwahl bedeutet mehr Legitimation. Das Demokratieprinzip, das Sie von allen anderen Wahlen her kennen, wird dadurch entsprechend gestärkt.

Meine Damen und Herren, Herr Wimmer, Sie beziehen sich auf die Veränderungen, die seit der Rücknahme der Stichwahl eingetreten sind. Dazu kann ich Ihnen deutlich sagen, dass Sie damals vielleicht auch etwas überrascht waren, als Sie 2004 bei der Stichwahl in 23 von 28 Fällen verloren haben, obwohl ein CDU-Kandidat vorne lag. Vielleicht hat das damals dazu geführt, dass Sie mit der alten schwarz-gelben Landesregierung diese Stichwahl abgeschafft haben, um sich aus parteitaktischen Überlegungen heraus einen Vorteil zu verschaffen.

Noch eins zu Ihrem Zitat, „Mehr Demokratie“ hätte gesagt, dass sie gegen die Wiedereinführung der Stichwahl seien. Das ist nicht richtig, Herr Wimmer. Wenn Sie sich die Mitteilung von „Mehr Demokratie“ genau angeschaut hätten, hätten Sie festgestellt, dass sozusagen aus deren Sicht noch ein Optimierungsvorschlag gemacht worden ist. „Mehr Demokratie“ lobt dagegen genau dieses Verfahren, nämlich zu mehr Legitimität für die gewählten Bürgermeister zu kommen und das Demokratieprinzip damit deutlich zu stärken.

Herr Wimmer, ich will auf die Anhörung zurückkommen. Die Anhörung, die wir zu diesem Thema durchgeführt haben, war sehr eindeutig. Ich denke, dass deshalb vier Fraktionen, nicht nur SPD und Grüne, sondern auch FDP und Linke davon überzeugt waren, dass es ein richtiger Weg ist, den wir hiermit bestreiten.



Wir haben in der Koalition bereits angekündigt, dass wir damit nicht stoppen wollen, sondern die Demokratie vor Ort weiter stärken wollen, indem wir bei der Zusammenlegung von Wahlen und natürlich auch bei der Abwahl von Bürgermeistern weiter vorankommen wollen. Damit werden wir uns ja in den nächsten Plenarsitzungen auseinandersetzen, aber auch mit dem Bürgerbegehren und dem Bürgerentscheid.

Wir freuen uns über die FDP, Herr Engel – als ich das letzte Mal vorne stand, bin ich mit Ihnen ja ein bisschen kritischer umgegangen –, weil Sie offensichtlich für eine stärkere Bürgerbeteiligung sind und das auch entsprechend mittragen. Ich denke, dass wir heute mit einer überzeugenden Mehrheit diesen Gesetzentwurf verabschieden können.

Ein Letztes zur CDU: Ich möchte noch einmal auf den vorangegangenen Tagesordnungspunkt zurückkommen. Ich halte das für einen ganz schlechten Tag für die Kommunen, wenn ich bedenke, was Sie heute zusammen mit der FDP auf den Weg gebracht haben.

(Bodo Löttgen [CDU]: Was haben wir?)

– Entschuldigung, Herr Löttgen, was die FDP auf den Weg gebracht hat, dass wir in die dritte Lesung gehen müssen. Das ist nicht in Ordnung, damit werden alle Konsolidierungsbemühungen erschwert, die wir vor Ort zu tragen haben.

Meiner Ansicht nach ist es aber ein guter Tag für die Demokratie vor Ort ist. Ich freue mich, dass die FDP und drei weitere Fraktionen, inklusive der Regierungsfractionen, das mittragen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Hübner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst noch eine Anmerkung zu dem Vorgang von eben. Das Anmelden der dritten Lesung zum § 76 durch die FDP-Fraktion – das ist ja auch durch den Antrag von Frau Kollegin Altenkamp wunderbar dokumentiert worden – hat keinerlei inhaltlichen Hintergrund. Sie wollten das Verfahren in die Länge ziehen. Sie haben nicht einmal einen Änderungsantrag gestellt. Das macht auch deutlich, dass die FDP im Kommunalbereich alle Mittel versucht, um eben den Kommunen Steine in den Weg zu legen, ohne inhaltlich etwas zu bieten.

(Ralf Witzel [FDP]: Reden Sie zur Tagesordnung!)

– Herr Witzel, ich rede dazu, wozu ich es für richtig halte, und Sie haben mich nicht zu maßregeln in dem Zusammenhang.

In der Auswertung der Anhörung im Kommunalausschuss war es schon fast ein amüsanter Vortrag, und ich hatte eigentlich geglaubt, dass Sie den Teil heute auch noch bringen würden, Herr Kollege Wimmer.

(Wiljo Wimmer [CDU]: Wiederholungen gefallen nicht immer!)

– Den Rest haben Sie ja wiederholt, nur den Teil mit den Plakaten haben Sie weggelassen. – Für die, die nicht eingeweiht sind: Herr Wimmer machte sich Sorgen, dass die Landschaft verschandelt wird, wenn zwei Wochen später eine Stichwahl durchgeführt wird. Da wir Grünen immer für den Schutz von Landschaft und Umwelt sind, könnten wir uns sehr wohl anschließen und sagen: Dann verzichten wir ganz auf die Plakate. Das ist aber, glaube ich, nicht Gegenstand von Auseinandersetzungen im Landtag.

Ich bin sehr froh, dass heute mit den Stimmen von vier Fraktionen das Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl – so war zumindest das Abstimmungsverhalten im Ausschuss – verabschiedet wird. Dass allein die CDU-Fraktion nicht mitstimmt, ist in dem Zusammenhang ein wenig schade.

Die Anhörung – Herr Hübner hat es eben ausgeführt – war eindeutig. Nahezu alle der anwesenden Sachverständigen sich für die Wiedereinführung einer Stichwahl ausgesprochen. Was ich besonders beeindruckend finde, auch darauf hat Herr Hübner hingewiesen, ist, dass Herr Wimmer ausgerechnet die weitere Qualifizierung der Stichwahl durch „Mehr Demokratie“ – also genau das Gegenteil dessen, was Sie ordnungspolitisch wollen – auch noch als Kronzeugen anführt. Das bedarf einer besonderen Dialektik, die ich normalerweise eher links im Parlament angesiedelt hatte.

Aus unserer Sicht wird die Legitimation der Wahl der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten sowohl in den Kreisen als auch in den Städten und in den kreisangehörigen Gemeinden deutlich gestärkt. Es gibt eine klare, eindeutige Mehrheit für denjenigen und diejenige, die gewählt worden sind. Das ist gut für dieses besondere Amt, das aus meiner Sicht auch in besonderer Weise geschützt werden muss und eine besondere Stellung hat. Das sieht die Gemeindeordnung ausdrücklich vor.

**(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)**

Deswegen ist es nicht gut gewesen, die Stichwahl in Nordrhein-Westfalen abzuschaffen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Da die Luft aus dem Thema heraus ist, möchte ich mich auch nicht mit längeren Begründungen aufhalten. Die Anhörung war sehr eindeutig zu dem The-

ma. Nahezu alle angehörten Sachverständigen haben gesagt: Es ist gut, dass die Stichwahl wieder eingeführt wird. Letztlich ist es auch Standard in den anderen Bundesländern in Deutschland, es so zu machen. Insofern freue ich mich auf eine breite Zustimmung dieses Parlaments.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP spricht Herr Abgeordneter Engel.

**Horst Engel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit der Abschaffung der kommunalen Doppelspitze und der damit verbundenen Direktwahl zum Hauptverwaltungsbeamten nimmt der Oberbürgermeister und Bürgermeister vor Ort eine Schlüsselstellung ein, die es unbedingt ausreichend zu legitimieren gilt.

Schauen wir einmal kurz zurück: Erfahrungen aus den Kommunalwahlen 1999 und 2004 zeigten, dass sich diese Legitimation auf dem Wege des bis 2007 geltenden Stichwahlverfahrens nicht immer erreichen ließ. Dies lag insbesondere in der tendenziell niedrigen Wahlbeteiligung begründet.

An der Stichwahl in Mönchengladbach nahmen 1999 beispielsweise nur 30,2 % der Wahlberechtigten teil. 2004 lag die Beteiligung mit 31,3 % kaum höher. Ähnliches ereignete sich auch in zahlreichen anderen Kommunen.

Darüber hinaus waren die früheren Stichwahlen als eigenständige Wahlergebnisse sehr teuer. Die Kosten hierfür mussten die Kommunen tragen. Nicht zuletzt war es in der Vergangenheit oft schwierig, eine ausreichende Anzahl an Wahlhelfern für die Stichwahl zu mobilisieren.

(Beifall von der FDP)

Alles in allem gab es also eine ganze Reihe guter Gründe für die damalige schwarz-gelbe Koalition, das Stichwahlverfahren im Jahr 2007 abzuschaffen.

(Beifall von der FDP)

In der Zwischenzeit haben wir durch die Kommunalwahl 2009 erste Erfahrungen mit der Direktwahl von Hauptverwaltungsbeamten ohne Stichwahlverfahren sammeln können. Dabei mussten wir feststellen, dass auch die Wahl mit relativer Mehrheit im ersten Wahlgang Nachteile hat. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, ob die Wahl eines Bürgermeisters mit relativer Mehrheit im Bereich von 30 % der Stimmenanteile als demokratisch legitimiert angesehen werden sollte.

Die Kommunalwahl 2009 hat uns mehrerer solcher Fälle beschert. Der Verein „Mehr Demokratie“ hat sie in seiner Stellungnahme aufgelistet. Darüber hinaus mussten wir feststellen, dass viele kleinere Parteien bei der vergangenen Wahl gar keine eige-

nen Kandidaten mehr aufgestellt haben. Weil sie ihre Position als chancenlos empfanden, haben sie sich lieber gleich für die Unterstützung eines politisch nahen – in Klammern: größeren – Bewerbers eingesetzt. Dies ist zwar sicherlich pragmatisch, trägt jedoch nicht gerade zur politischen Vielfalt bei.

Alles in allem lassen sich aus der Erfahrung also mindestens ebenso viele Argumente und Beispiele für wie gegen die Stichwahl ableiten. Einen absolut richtigen oder falschen Weg scheint es nicht zu geben. Die Rechtsprechung urteilt ähnlich und stellt keinem der beiden Verfahren verfassungsrechtliche Hürden in den Weg.

In der erfolgreichen schwarz-gelben Koalition war die Zustimmung zur Abschaffung der Stichwahl ein Kompromiss. Das wissen die Akteure. Dies war aus unserer Sicht sicherlich auch kein Fehler, aber auch nie unser ausdrücklicher Wunsch, zumal Nordrhein-Westfalen – das ist hier auch richtigerweise gesagt worden – ohnehin das einzige Bundesland ohne Stichwahlverfahren ist.

(Minister Ralf Jäger: Neben Nordkorea!)

– Neben Nordkorea. Das lerne ich also jetzt dazu. Aber das ist für uns nicht richtungsweisend.

Nach den vorliegenden Erfahrungen, nach Rückkopplung mit der kommunalen Ebene halten wir die Wiedereinführung der Stichwahl sehr wohl für wünschenswert. Diese Aussage findet sich auch in unserem Kommunalwahlprogramm 2010. Insofern stimmen wir diesem Gesetzentwurf zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Demirel.

**Özlem Alev Demirel (LINKE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Punkt sehen wir eine Übereinstimmung mit den Regierungsfractionen. Selbstverständlich werden wir dem Gesetzentwurf zustimmen. Die Wiedereinführung der Stichwahl bedeutet für uns mehr Demokratie. Dies begrüßen wir ohne Wenn und Aber.

Wir als Linke hatten auch schon 2007 CDU und FDP vorgehalten, dass die Abschaffung der Stichwahl ein Fehler ist. Leider haben sich alle unsere Befürchtungen von damals in den letzten vier Jahren bestätigt.

Meine Damen und Herren, so wurden beispielsweise bei der letzten Kommunalwahl immerhin 103 Kandidierende ohne absolute Mehrheit gewählt. Wenn man sich die Siegerinnen und Sieger mit dem geringsten Stimmenanteil ansieht, dann stellt man fest, dass fünf von ihnen weniger als ein Drittel der Stimmen erhalten haben und der Unterschied zwi-

schen dem zweiten und dritten Kandidaten zu den nachfolgenden auch ganz minimal war.

Ich will hier nichts über die Qualität der gewählten Kandidatinnen und Kandidaten sagen. Aber wenn zusammen genommen mehr Wählerinnen sich für andere Kandidatinnen als den Sieger entschieden haben, wenn nicht einmal eine Mehrheit derer, die abgestimmt haben, hinter der Kandidatin oder dem Kandidaten für ein so wichtiges Amt wie ein Oberbürgermeisteramt stehen, ganz zu schweigen von einer Mehrheit aller Wahlberechtigten, dann ist das weder ein gutes Verfahren noch gut für den Amtsinhaber.

Meine Damen und Herren, das heutige Verfahren schränkt auch die politischen Ausdrucksmöglichkeiten der Wählerinnen ein und führt sie womöglich gleich zu einer taktischen Stimmabgabe. Damit werden kleinere Parteien benachteiligt. Die Wählerinnen können bei einem Stichwahlverfahren im ersten Wahlgang der Kandidatin oder dem Kandidaten die Stimme geben, die oder den sie tatsächlich präferieren, ohne taktische Erwägungen einbeziehen zu müssen.

Aber nicht nur die kleineren Parteien, alle Parteien werden genötigt, je nach Lage vor Ort womöglich auf eigene Kandidaten zu verzichten und sich auf den oder die tatsächlich oder vermeintlich aussichtsreichste Kandidatin zu verständigen, ohne dass in einem ersten Wahlgang festgestellt werden konnte, wer denn wirklich am aussichtsreichsten ist. Damit werden den Bürgerinnen bisher Mitbestimmungsrechte vorenthalten, die sie mit der Stichwahl wieder haben werden.

Kolleginnen und Kollegen, eine Frage an Sie: Wenn diesen Sonntag OB-Wahlen wären, wer würde dann vielerorts wissen, ob beispielsweise ein SPD-Kandidat oder ein grüner Kandidat oder vielleicht gar ein linker Kandidat aussichtsreicher wäre?

(Beifall von der LINKEN)

Sowohl die Wählerinnen als auch die Parteien haben also bei einem Stichwahlverfahren mehr politische Handlungsmöglichkeiten. Das begrüßen wir.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns über diese Initiative der Landesregierung zu diesem Gesetzentwurf, der die Fehler der Rüttgers-Regierung wieder gerade biegt und mehr Demokratie ermöglicht. Diesen ersten Schritt in die richtige Richtung werden wir gemeinsam gehen.

(Beifall von der LINKEN)

Ob SPD und Grüne dann auch den nächsten Schritt hin zu mehr Demokratie mitgehen wollen, nämlich die Einführung der Abwahlmöglichkeiten von Hauptverwaltungsbeamten, sprich die Oberbürgermeisterabwahl, und unserem Gesetz dann zustimmen werden – vielleicht sogar die FDP –, ist die nächste spannende Frage. Aber die Zeichen dafür

stehen im Moment gut. Im Mai wird es vielleicht endlich so weit sein.

Aber heute werden wir gemeinsam mit Herrn Engel, Herrn Herter und Herrn Mostofizadeh erst einmal für die Wiedereinführung der Stichwahl stimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Demirel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch aufgrund der Tatsache, dass die Landesregierung so lange reden darf wie sie will, will ich, Herr Wimmer, auf den geilsten Fußballclub der Welt eingehen. Erst einmal vorausgeschickt: Am 21. Mai habe ich die Bürde zu tragen, beim Pokalfinale in Berlin die Landesregierung zu vertreten. Ich werde dies schultern.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Ich glaube auch, dass Schalke 04 in dieser Saison einen außerordentlich guten Abschluss hinbekommen wird: Drei bis sieben Punkte vom Abstiegsplatz entfernt, Halbfinalist in der Champions League und – jetzt kommt es, Herr Wimmer – Vizepokalsieger.

(Allgemeine Heiterkeit)

Der Gesetzentwurf – so habe ich es den Beratungen entnehmen dürfen – findet eine breite parlamentarische Mehrheit: Vier Fraktionen beabsichtigen, ihm zuzustimmen. Es sind Argumente vorgebracht worden, denen ich kaum noch etwas hinzufügen habe, außer der Tatsache, dass ich glaube, es ist ein guter Weg, die Hauptverwaltungsbeamten in Nordrhein-Westfalen mit einer größeren demokratischen Legitimation auszustatten und das zu ermöglichen, was es fast überall in den Demokratien der Welt gibt, nämlich eine Stichwahl.

Deshalb freue ich mich, dass das Parlament ganz offensichtlich diesem Gesetzentwurf der Landesregierung folgen will. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir sind damit am Schluss der Beratung. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1696**, den Gesetzentwurf Drucksache 15/975 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit sind die Beschlussempfehlung und

der Gesetzentwurf mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linke gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 8 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/1269

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 15/1520

zweite Lesung

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Ich weise darauf hin, dass die Fraktion der CDU die Durchführung einer dritten Lesung und Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1520**, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1269 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mit Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke **angenommen**.

Wir müssen diesen Gegenstand noch rücküberweisen. Es geht um den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1269. Ich habe eben darauf hingewiesen, dass in dritter Lesung die Beratung am 18./19. Mai vorgesehen ist. Dazu ist eine Rücküberweisung notwendig. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Rücküberweisung** mit den Stimmen von Abgeordneten aller Fraktionen **erfolgt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 9 Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte – Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1682

Ich eröffne die Beratung und gebe für die Fraktion Die Linke der Frau Abgeordneten Dr. Butterwegge das Wort.

(Beifall von der LINKEN)

**Dr. Carolin Butterwegge (LINKE):** Danke, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser heutiger Antrag greift die seit Jahren von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Initiativen geforderte Einführung eines landesweiten Sozialtickets auf.

Er ist brandaktueller denn je, da ja, wie die heutige Presse berichtet, selbst das seit Jahren angekündigte Sozialticket für den VRR nun vor dem Aus steht. Seit Jahren steigen die Preise für den öffentlichen Personennahverkehr beständig, die Einkommen gehen zurück, immer mehr Menschen fallen in Hartz IV, die Zahl der Armen – ob mit oder ohne Arbeit – steigt. Gerade Erwerbslose sind in ihrer Mobilität eingeschränkt. Das ist politisch auch so gewollt, was nicht nur der viel zu geringe Hartz-IV-Regelsatz ausdrückt, sondern auch die faktische Residenzpflicht gegenüber dem eigenen Wohnort bzw. dessen Jobcenter.

Für uns Linke ist Mobilität aber ein Menschenrecht,

(Beifall von der LINKEN)

dessen Inanspruchnahme jedem auch faktisch möglich sein muss, und zwar unabhängig vom Beschäftigtenstatus und der Einkommenslage. Deswegen tritt Die Linke für ein Sozialticket ein als einen Weg dahin, damit die Grundrechte auf Mobilität und soziale Teilhabe auch tatsächlich eingelöst werden können.

(Beifall von der LINKEN)

Auch aus umwelt- und energiepolitischen Motiven wollen wir dieses Sozialticket. Es ist ein aktiver Beitrag zum Ausstieg aus der Autogesellschaft. Von der Einführung eines Sozialtickets profitieren alle – die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und insbesondere auf dem Land. Die Einführung eines solchen Tickets würde auch deutlich machen, dass das Land das Bedürfnis nach Mobilität für alle politisch unterstützt. Das ist gerade für ländliche Regionen und gegen die dort stattfindenden Streckenstilllegungen und Fahrtaktausdünnungen im ÖPNV ein starkes und wichtiges Signal.

Nun hat die Landesregierung mit dem Haushalt 2011 erstmals Mittel für ein Sozialticket bereitgestellt. Wir begrüßen das im Grundsatz, doch über das von Ihnen vertretene Anreizmodell werden wir noch diskutieren müssen; das ist einfach viel zu wenig.

(Beifall von der LINKEN)

Sie werden dadurch den Flickenteppich an sozialen Dienstleistungen noch vergrößern und stehlen sich damit aus Ihrer Verantwortung, gleichwertige Lebensverhältnisse zu garantieren. Zudem haben Sie noch überhaupt nicht die grundsätzlichen Bedingungen geklärt. Was ist beispielsweise mit Kommu-

nen in der Haushaltssicherung? Dürfen diese dennoch, wie von Ihnen eingeplant, Gelder in ein Sozialticket investieren? – Nach der bisherigen Regelung nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Welche bisherige Regelung denn? Es gibt doch noch gar keine!)

Damit wird das Sozialticket aber gerade in den Kommunen, die es am dringendsten brauchen, nicht umgesetzt werden können.

Außerdem müssen Sie als Landesregierung auch Qualitätsstandards setzen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Landesmittel gar nicht bei den Menschen ankommen, sondern – wie auch die Zeitungen heute schrieben – womöglich durch Verkehrsverbünde abgegriffen werden; der Skandal um die Einführung des Sozialtickets im VRR spricht ja hier Bände. Das jetzt geplante Hannoveraner Modell hat mit dem, was im VRR-Koalitionsvertrag steht, ja nicht mehr viel zu tun.

Sie haben auch überhaupt noch nicht geklärt, ob ein Sozialticket nur ein Mobilitätsticket ist, das ist ein weiterer Punkt. Wir, Die Linke, und zahlreiche Initiativen sagen Nein – ein Sozialticket muss einen vergünstigten bzw. kostenfreien Zugang zu kommunalen und landeseigenen Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen beinhalten.

(Beifall von der LINKEN)

Ich verweise auf viele hervorragende Modelle wie beispielsweise den in meiner Heimatstadt Köln eingerichteten Köln-Pass.

Die Linke will einen solchen Pass für NRW – die NRW-Card. – Wir wollen dadurch Menschen mit geringem Einkommen die gesellschaftliche Teilhabe und Mobilität praktisch und landesweit ermöglichen. Die Entwicklung einer solchen NRW-Card muss in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Verkehrsverbünden erfolgen. Diese müssen natürlich eingebunden werden. Das Ziel ist zuvor klar zu formulieren.

Deswegen haben wir heute diesen Antrag für ein landesweites Sozialticket eingebracht. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen einen gesellschaftlichen Konsens erreichen: Mobilität und soziale Teilhabe für alle. – Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Dr. Butterwege. – Für die Fraktion der CDU spricht Herr Abgeordneter Post.

**Norbert Post (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es toll, was wir alles für die Bürgerinnen und Bürger wünschen. Ich finde es klasse. Es muss nur bezahlt werden.

Wir wissen jetzt schon, dass die 30 Millionen €, die die Regierung vorgesehen hat, bei Weitem nicht reichen. Es werden auch nicht die 100 Millionen € reichen, die Sie fordern. Nach den Rechnungen des VRR werden es mit Sicherheit 150 Millionen € werden.

Wir können uns da also ins Unermessliche steigern. Wenn wir solche Wünsche haben und Sozialtickets wollen, müssen wir wissen, was sie kosten. Wir müssen wissen, was wir machen können. Ich weiß sehr wohl, dass die CDU-Fraktion zusammen mit den Grünen beim VRR ein solches Ticket beantragt hat. Ich halte diesen Ansatz sicherlich auch für einen wünschenswerten Weg. Ich halte es aber nicht für den richtigen Weg, zu sagen, wir beschließen es und das Land bezahlt es schon. Darüber müssen wir noch reden.

(Beifall von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Danke schön, Herr Abgeordneter Post. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Neumann.

**Josef Neumann (SPD):** Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Gemeinsam mit unserem grünen Koalitionspartner unterstützen wir aktiv die Einführung eines Sozialtickets bei uns in Nordrhein-Westfalen. Weil wir der festen Überzeugung sind, dass die räumliche Mobilität und die gesellschaftliche Teilhabe in einem Flächenland wie dem unsrigen sichergestellt sein müssen, haben wir uns im Koalitionsvertrag vom Juli vergangenen Jahres darauf verständigt, die flächendeckende Einführung von Sozialtickets in den jeweiligen Zweckverbünden zu unterstützen.

Wir wollen, dass Sozialtickets sowohl zu einer sozialen wie auch zu einer ökologischen Erfolgsgeschichte in unserem Bundesland werden. Seitens CDU und Grünen hat man sich bereits vor der Landtagswahl zusammen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr auf die Einführung eines Sozialtickets verständigt. Das ist eben schon gesagt worden.

Im Gegensatz zur vormaligen schwarz-gelben Landesregierung und der sie einst tragenden Mehrheit hier im Hohen Hause wollen und werden wir diejenigen Kommunen und Verbünde finanziell unterstützen, die Sozialtickets eingeführt haben oder dies in Zukunft tun wollen. Selbstverständlich darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass das EU-Recht, kommunale Vorschriften und nicht zuletzt das hohe Gut der garantierten kommunalen Selbstverwaltung beachtet sein müssen.

Meine Damen und Herren, so holzschnittartig, wie die Fraktion Die Linke die Sachlage im vorliegenden Antrag darstellt, ist es mit den Detailproblemen freilich nicht. Einfach den in Hartz IV vorgesehenen Regelsatz von 15 € zu nehmen und zu fordern, alle Unterdeckungen habe der Landeshaushalt zu über-

nehmen, scheitert an verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und finanziellen Realitäten. Wir können auch nicht die Augen vor kostentreibenden Vorgaben und unmäßigem Verwaltungsaufwand verschließen. Schließlich ist für uns ein wichtiger Aspekt, dass die Bundesregierung gefordert ist, im Hartz-IV-Regelsatz die Mobilität der Menschen mit einem angemessenen Betrag zu berücksichtigen und damit auch die flächendeckende und ausreichende Mobilität sicherzustellen.

Wie ernst es Rot-Grün bei uns in Nordrhein-Westfalen mit der landesseitigen Unterstützung von Sozialtickets ist und wie sich der rechtliche und politische Hintergrund der Entscheidungsfindung darstellt, konnten die Mitglieder des zuständigen Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr bereits der entsprechenden Information des Ministeriums entnehmen.

Derzeit sind 15 Millionen € für die zweite Jahreshälfte 2011 sowie jeweils 30 Millionen € für die Jahre 2012 bis 2014 als Landesmittel für das Sozialticket vorgesehen. Damit wird deutlich: Wir stehen zu unserem Ziel, mit Sozialtickets die gesellschaftliche Teilhabe an der Mobilität auch für einkommensschwache Familien und Menschen sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund stimmt die SPD-Landtagsfraktion der Überweisung an den Ausschuss zu. Dabei möchte ich anmerken, eigentlich wäre der zuständige Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr wahrscheinlich auf andere Weise gefragt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Klocke.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege von der SPD hat schon gesagt, Ziel der Landesregierung ist die Einführung des Sozialtickets. Das war auch auf vielen Veranstaltungen beim Landtagswahlkampf ein Thema. Wir haben das häufig bei Veranstaltungen des DGB und in den Kommunen diskutiert. Daran halten wir auch fest.

Wir müssen in der Umsetzung feststellen, dass es in manchen Regionen gute Konzepte und Vorüberlegungen gibt.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Nein, nein, Herr Post. Der NVR hat sehr gute Vorüberlegungen. Wir sind sicher, dass im Herbst im Rheinland...

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Nein, nein. Das stimmt überhaupt nicht.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Dann kennen Sie andere Zahlen als ich. Ich kenne die Zahl von 4,9 Millionen €. Ich habe letzte Woche noch mit dem Geschäftsführer vom NVR zusammengesessen.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Nein. Wir wollen kein Zwiegespräch führen. Aber es geht um ein umfassendes Sozialticket im Rheinland. Es wird im Herbst an den Start gehen.

Im VRR ist es deutlich schwieriger. Das ist heute auch Thema in der „Westfälischen Rundschau“. Kollegin Butterwegge hat es angesprochen. Wir sind in regelmäßigen Gesprächen mit dem VRR. Man muss sagen, der VRR ist in diesem Bereich ein unbeweglicher Tanker. Es scheitert schon an einer vernünftigen Verwaltungsvorlage im VRR. Der VRR glaubt, dass das Sozialticket nicht nur anteilig vom Land mit einem Zuschuss übernommen wird, sondern dass es vom Land Nordrhein-Westfalen einen Vollzuschuss geben soll. Und das kann es nicht geben.

Wir wollen ein Anreizangebot. Wir wollen, dass das Sozialticket auf den Weg kommt. Aber das Land Nordrhein-Westfalen wird nicht die Sozialtickets für alle Bürgerinnen und Bürger komplett finanzieren. Das haben wir im Koalitionsvertrag klar festgelegt, und so werden wir das entsprechend umsetzen.

Liebe Kollegin Butterwegge, deswegen ist der Antrag der Linken, grundsätzlich in Richtung Sozialticket zu gehen, zwar richtig, aber an dem Punkt, bei dem Sie 100 Millionen € fordern, schießt er natürlich weit übers Ziel hinaus.

Wir sagen klar, auch mit Blick auf den Haushalt: Wir wollen anteilig an den Start gehen, wir wollen aber auch, dass die Kommunen, die es sich leisten können, die keinen Nothaushalt haben, und die Verkehrsverbünde, die beteiligt sind, Teile der Kosten übernehmen. Wir haben nicht vor, als Land 100 % der Kosten zu übernehmen.

Deswegen brauchen wir auch keine 100 Millionen €, sondern glauben nach unseren jetzigen Planungen, dass 30 Millionen € im Jahr in Nordrhein-Westfalen ausreichend sind.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wir arbeiten nur euer Wahlprogramm ab!)

– Natürlich arbeiten wir das Wahlprogramm ab. Das ist ja schön, wenn es da eine Gemeinsamkeit gibt.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter Klocke, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Zimmermann zulassen?

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Würde ich zulassen, ja.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Ach, Frau Dr. Butterwegge hat sich gemeldet. Bitte schön.

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Ja, okay.

**Dr. Carolin Butterwegge** (LINKE): Herr Klocke, gehen Sie davon aus – Sie sprachen von 30 Millionen € im Jahr, die veranschlagt seien –, dass die für ganz NRW reichen würden?

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Davon gehen wir nach dem jetzigen Stand aus. Das ist entsprechend durchkalkuliert worden. Aber wir müssen jetzt abwarten, dass die drei Verkehrsverbünde, die wir im Land haben, entsprechende Planungen vorlegen; von einem habe ich gesprochen, vom NVR, aber auch die Westfalen und der VRR müssen es tun. Da muss man gegebenenfalls gucken, ob diese 30 Millionen € ausreichen. Wir gehen zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass das ausreicht.

Und wir setzen vor allen Dingen auf einen Schneeballeffekt – einen Schneeballeffekt, den es auch bei anderen Ticketangeboten im Land gegeben hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Der Winter ist aber vorbei!)

Das ist ja nicht das erste Ticket, das an den Start geht. Auch beim Semesterticket,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

das Rüdiger Sagel, der gerade dazwischenruft, aus Münster gut kennt, war es so, dass es zunächst drei oder vier Hochschulen im Land waren, die das Semesterticket eingeführt haben. Danach, nachdem das Modell eingeführt war, nachdem klar war, dass sich das Ticket mit einem solchen Betrag rechnen würde, sind fast alle anderen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen an den Start gegangen.

Wir beraten das gern im Ausschuss. Wir Grünen stimmen auf jeden Fall der Überweisung zu.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Würden Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Beuermann zulassen?

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Ich würde auch noch eine Zwischenfrage von Frau Beuermann zulassen.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Frau Beuermann.

**Bärbel Beuermann** (LINKE): Herzlichen Dank, Herr Klocke. – Ich möchte noch einmal die Frage wiederholen: Gehen Sie davon aus, dass die 30 Millionen € für ein Sozialticket – flächendeckend – in Nordrhein-Westfalen ausreichend sind?

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

– Ich sagte „flächendeckend“.

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Frau Beuermann, davon gehen wir aus, weil wir von einer anteiligen Bezuschussung ausgehen und nicht von einer Komplettübernahme der Kosten. Wir sind in intensiven Gesprächen mit dem VRR, weil der VRR die Vorstellung hat, dass wir quasi eine Vollbezuschussung übernehmen. Die würde, auch nach dem Gutachten, das die Verbünde in Auftrag gegeben haben,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

35 oder 40 Millionen € ausmachen. Das sehen wir aber nicht so.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Und der Abgeordnete Herr Schmeltzer hat auch noch eine Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Bei einer so kurzen Rede fünf Zwischenfragen! Ich fühle mich fast gedelt.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter, er interessiert sich auch noch einmal für das Thema. Lassen Sie dies zu?

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Die lasse ich zu, Herr Präsident. Ja, gerne.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Ja, bitte schön, Herr Abgeordneter Schmeltzer.

**Rainer Schmeltzer** (SPD): Wir sehen Sie alle gerne so lange am Rednerpult: Deswegen machen wir das so.

Herr Kollege Klocke, können Sie bestätigen, dass sowohl im Koalitionsvertrag als auch in allen Gesprächen zur Einführung eines Sozialtickets unter dem Gesichtspunkt des jetzigen und des für die Zukunft avisierten Haushaltsansatzes in Höhe von 30 Millionen € immer von einer Bezuschussung und nie von einem kostendeckenden Ausgleich die Rede war?

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Ja, Herr Kollege. Das kann ich bestätigen. Ich habe es schon am Anfang meiner Rede gesagt: Es geht um eine Bezuschussung vonseiten des Landes. Wir wollen dieses Projekt an den Start bringen. Es geht darum, Mobilität und Teilhabe in der Gesellschaft zu gewährleisten. Wir wollen das von Landesseite aus unterstützen.

Wir wollen es nicht und wir können es sowohl aus finanziellen wie auch aus anderen Gründen nicht, dass das Sozialticket als landesweiter Zuschuss aus der Haushaltskasse des Landes bezahlt wird. – Das als Antwort.

Wir werden das im Herbst nicht nur weiterverfolgen und auch begutachten, sondern wir werden es insbesondere im Rheinland verfolgen, wenn im NVR das erste Sozialticket auf den Weg kommt. Wir sind in intensiven Gesprächen mit den beiden anderen großen Verbänden, machen auch Druck und hoffen auf die Unterstützung auch vonseiten der CDU, Herr Post. Ich habe es eben so verstanden, dass Sie grundsätzlich dem ganzen Projekt gegenüber aufgeschlossen sind.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Zu den Finanzen habe ich eben Stellung genommen. Das muss anteilig übernommen werden. Dann hat es auch eine vernünftige Perspektive.

Wir werden das im Ausschuss weiter diskutieren. Deswegen werden wir der Überweisung dieses Antrages zustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Klocke. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Rasche.

**Christof Rasche<sup>\*)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben schon lange und oft über das Sozialticket diskutiert. Immer wieder stellte sich die Frage, wie das finanziert werden soll. Gerade SPD und Grüne haben vor der Landtagswahl, also im Wahlkampf und auch danach, immer wieder in Richtung Wählerschaft dieses Sozialticket versprochen.

Heute kommt auf einmal die Aussage – ich habe die damals im Wahlkampf nicht so wahrgenommen: Ja, das können auch die Kommunen bezahlen. Wir wollen es nur bezuschussen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es hat nie eine andere Aussage gegeben!)

Liebe Damen und Herren von SPD und Grünen, die Kommunen haben das Geld auch nicht, ganz im Gegenteil.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Der Herr Innenminister hat uns doch erklärt: Nur acht Kommunen in Nordrhein-Westfalen können ihren Haushalt noch ausgleichen. – Die Kommunen können das Ticket also nicht bezahlen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Sie haben das Sozialticket versprochen, haben nur vergessen, es dann finanziell im Haushalt zu hinterlegen. Die Systematik ist immer wieder vergleichbar: Immer dann, wenn SPD und Grüne etwas versprechen, es dann aber aus finanziellen Gründen nicht einhalten können, kommt die Linke, hakt ein oder grätscht rein, stellt einen Antrag, der genau ih-

ren Zielen entspricht, und stellt dann auf einmal 100 oder 200 Millionen € in den Raum. Das ist natürlich finanzpolitisch abenteuerlich, aber politisch genau richtig.

Natürlich erwartet nicht nur die Linke, sondern auch die Bevölkerung, dass Sie von SPD und Grünen endlich einmal Ihre Wahlversprechen einhalten.

(Beifall von der LINKEN)

Nichts Dergleichen, vor allem nicht beim Sozialticket, Meine Damen und Herren.

Die „Westfälische Rundschau“ berichtet heute – Sie haben das in der Presseschau gesehen – ausführlich über die Probleme von CDU und Grünen im VRR. CDU und SPD wollen gemeinsam das Sozialticket killen. Sie wollen Mehrfachfahrkarten oder Tagedickets zur Verfügung stellen. Das steht da heute schwarz auf weiß.

Ich möchte zum Schluss aus einem Bericht zitieren. Da heißt es:

Erst im Februar erklärte VRR-Vorstand Dr. Klaus Vorgang – Dr. Vorgang gehört der SPD an, steht Ihnen so sehr nahe und zählt zu Ihren Beratern –, „das Sozialticket könne nicht eingeführt werden, weil die rot-grüne Landesregierung ‚nur‘ 30 Millionen“ dafür zur Verfügung stellen wolle. – Das ist also finanziell nicht hinterlegt. Ihre eigenen Fachleute beweisen das und schreiben es nieder, damit Sie es endlich wahrnehmen.

Aber natürlich stimmen wir als FDP-Fraktion der Überweisung zu und freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

**Harry Kurt Voigtsberger**, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung sieht im Angebot von Sozialtickets einen wesentlichen Beitrag zur Teilhabe einkommenschwächerer Bürgerinnen und Bürger an der gesellschaftlichen Mobilität.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Sehr gut!)

Wir wissen, dass das für die Zukunft immer wichtiger wird. Deshalb stellen wir uns auch diesem Thema und werden ab Mitte dieses Jahres alle Kommunen und Verbände, die ein Sozialticket bereits eingeführt haben oder einführen, finanziell unterstützen. Wir wissen aber auch, dass Haushaltsmittel nur begrenzt zur Verfügung stehen. Derzeit sind 15 Millionen € für die verbleibende zweite Jahreshälfte 2011 veranschlagt. Die mittelfristige Fi-



nanzplanung von 2012 bis 2014 sieht dann 30 Millionen € pro Jahr für das Sozialticket vor.

Gäben wir als Land jedoch verbindliche Höchstpreise beim Sozialticket – wie die hier geforderten 15 € für ein Monatsticket – vor, dann würden die kommunalen Aufgabenträger gegenüber den Verkehrsunternehmen für die so entstehende Unterdeckung rechtlich voll ausgleichspflichtig werden.

(Beifall von der FDP)

Das Land müsste dann, wollte es die Kommunen dabei real unterstützen, eigene Haushaltsmittel im Umfang von weit mehr als 100 Millionen € zur Verfügung stellen.

Wir brauchen ein Verfahren ohne die Kosten nach oben treibende Vorgaben und ohne großen Verwaltungsaufwand bei der Ausgleichsberechnung. Deshalb werden wir die ohnehin zuständigen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen vor Ort entscheiden lassen, ob und zu welchen konkreten Konditionen sie ein Sozialticket anbieten können. Sie können unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Situation ein attraktives Angebot zu einem vertretbaren Abnahmepreis finden. Nur sie können Synergien nutzen, verfügen über die notwendigen Kenntnisse zu den konkreten Mobilitätsbedürfnissen, zum tatsächlichen Fahrverhalten und zur richtigen Preiskalkulation für die entsprechende Zielgruppe.

Wir haben gemeinsam mit externen Experten vor allem aus Verkehrsverbünden und Unternehmen lediglich die grundsätzlichen Anforderungen an ein Sozialticket erarbeitet. Diese lauten: Ein Sozialticket sollte mindestens eine Fahrtberechtigung im ÖPNV für eine kreisfreie Stadt bzw. für einen Kreis umfassen. Denkbar ist jedoch auch eine Lösung, die sich mit unterschiedlichen Sozialtickettarifen an Preisstufen orientiert. Es kann sich dabei um Monatstickets, aber auch um mehrere Tagestickets oder 4er-Tickets handeln, wie es derzeit vom VRR geprüft wird.

Das Sozialticketangebot muss preislich spürbar unter dem günstigsten vergleichbaren Regeltarifangebot liegen. Nur dann kann es Wirkung entfalten.

Im Übrigen behalten die Aufgabenträger sowie die tarifverantwortlichen Verkehrsunternehmen ihre volle Gestaltungsfreiheit. Ich denke, da ist, bei entsprechenden Kombinationen, noch eine Menge an Synergien möglich.

Das Land gewährt einen finanziellen Anreiz bzw. eine Hilfe, wobei ich sagen muss, dass 30 Millionen € jährlich, gemessen an dem Nichts, das unsere Vorgängerregierung für ein Sozialticket bereitgestellt hat, nun wirklich nicht wenig ist.

(Beifall von der SPD)

Ich denke, das ist ein guter Einstieg. Wir sollten damit Erfahrungen sammeln. Mit entsprechendem Abstand

können wir die Diskussion dann fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1682 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

#### **10 NRW lässt die Opfer neofaschistischer Gewalt nicht allein – Einrichtung von Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1685

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort der Frau Abgeordneten Conrads.

**Anna Conrads (LINKE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich, bevor ich in die Begründung des Antrags einsteige, kurz anmerken:

Wir reden heute über ein Thema, auf das die CDU meistens in einer bestimmten, gewohnten und oft auch gerne krawallartigen Manier reagiert. Immer wird nach dem gleichen Schema gesagt, die wahre Gewalt ginge von Links aus, Links sei gleich Rechts und man müsse Linksextremismus bekämpfen. Ich habe gesehen, dass gleich Herr Lehne reden wird, der ja einige Anfragen zum Thema Linksextremismus gestellt hat.

Lassen Sie mich einfach vorweg klarstellen: Die Gleichsetzung von Links und Rechts ist und bleibt falsch.

(Beifall von der LINKEN)

Eine solche Gleichsetzung befördert eine Verharmlosung der Gefahr, die von rechter Gewalt ausgeht, und sie ist ein Hohn für die rund 140 Opfer rechter Gewalt, die es seit 1990 gegeben hat.

(Beifall von der LINKEN und von Serdar Yüksel [SPD])

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, alle Ostbundesländer – auch die CDU-regierten –, aber auch Bayern und Rheinland-Pfalz haben Beratungsstellen für Opfer von rechter Gewalt.

Wie arbeiten die? – Das sind interdisziplinär zusammengesetzte Teams mit Sozialpädagogen, mit Juristen und mit Leuten, die sich mit Recherche und Journalismus auskennen. Sie arbeiten „aufsuchend“.

Warum trauen sich so wenig Leute, sich Hilfe zu holen, wenn sie Opfer eines rechten Übergriffes werden? – Oftmals betroffen sind Asylbewerber und Migrantinnen und Migranten, die in ihrem Herkunftsland schlimme Erfahrungen mit staatlichen Institutionen und der Polizei gemacht haben, Obdachlose, die keine Lobby haben, oder alternativ wirkende Jugendliche, die Angst haben, sich an offizielle Stellen zu wenden.

Diese werden von den Opferberatungsstellen erst einmal aufgefangen. Es werden dann Verbindungen vermittelt, auch zu den Institutionen der Justiz und auch zur Polizei. Gemeinsam wird beraten, wie man vorgeht.

Diese Opferberatungsstellen leisten vor allen Dingen in Thüringen, in Sachsen-Anhalt, in Sachsen seit Jahren absolut notwendige, unerlässliche Arbeit und bearbeiten eine Vielzahl von Fällen.

Warum brauchen wir das auch hier in NRW? – Die Große Anfrage, die Die Linke an die Landesregierung gestellt hat, offenbart es alleine durch die Zahlen. Jedes Jahr kommt es in NRW zu rund 5.000 Straftaten mit rechtem Hintergrund. Das sind etwa 100 pro Woche.

Darunter sind viele antisemitische Straftaten. Die Dunkelziffer dürfte noch viel höher liegen.

Es sind rund 150 Gewalttaten, verbunden mit körperlicher Gewalt, mit Bedrohung. In Dortmund und in der Region Aachen sind Schwerpunkte; das zeigt sich in den Statistiken der Landesbehörden ganz deutlich. Dort gehören Anschläge auf Privatwohnungen von Nazisgegnern und engagierten Bürgern, auf Autos, auf Büros inzwischen zum Alltag. Viel zu lange wurde hier in NRW nicht offen darüber diskutiert.

(Beifall von der LINKEN)

Leider fehlt es auch in den Statistiken der Landesregierung. Es gab seit 2004 Todesopfer rechter Gewalt in Dortmund: drei Polizisten und der Punk Thomas Schulz, der von dem Neonazi Sven Kahlin erstochen wurde, der jetzt schon wieder wegen rechter Gewalttaten verhaftet wurde.

(Beifall von der LINKEN)

Aus Dortmund-Dorstfeld musste eine Familie nach Thüringen reisen, um sich Unterstützung zu suchen, weil sie seit Monaten von den Neonazis mit Morddrohungen überzogen wird, weil die Fenster

ihrer Wohnung eingeschmissen werden. Auch andere Opfer haben sich an Opferberatungsstellen in anderen Ländern gewandt. Das ist und bleibt kein haltbarer Zustand; das muss aufhören. Wir brauchen eine gut qualifizierte Opferberatung auch hier in NRW.

(Beifall von der LINKEN)

Wir hatten vor einiger Zeit eine Anfrage an die rot-grüne Landesregierung gestellt, wie sie es mit der Opferberatung hält. Da wurde zuerst geantwortet, der Weiße Ring, die Polizeidienststellen könnten das machen – das können sie eben nicht –, man bräuchte keine Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt.

Nun können wir erfreut zur Kenntnis nehmen, dass die Regierung, nachdem erst wir und dann die Grünen einen Haushaltsantrag zu dem Titel eingebracht haben, tatsächlich 300.000 € für Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in den Haushalt einstellt.

(Beifall von der LINKEN)

Das finde ich erst mal sehr lobens- und begrüßenswert.

Dennoch muss man sich fragen, warum der vorliegende Antrag, mit dem Mindeststandards gesetzt werden sollen, Mindeststandards, die ausformulieren, wie diese Beratungsstellen arbeiten sollen, damit die Qualitätsstandards, die in den anderen Bundesländern eingehalten werden, auch hier gewährleistet werden, vermutlich heute von SPD und Grünen abgelehnt wird.

Es hätte die Möglichkeit gegeben, weitere Standards hineinzuformulieren. Es hätte die Möglichkeit gegeben, mit Änderungsanträgen zu arbeiten und zu sagen, wir fordern den Minister – es ist Innenminister Jäger, obwohl nachher Frau Schäfer redet – oder die Ministerien auf, interdisziplinär zusammenzutragen, wie diese Konzepte entstehen sollen. Aber nein, unser Antrag wird einfach abgelehnt.

Frau Brems hat heute Morgen hier gesagt, es geht nicht darum, wer als erster etwas gemacht hat, sondern es entwickelt sich langsam das Gefühl, dass die Landesregierung nicht möchte, dass irgendjemand anders etwas zuerst macht oder auch mit ihr offensiv ins Gespräch darüber eintritt, wie man etwas umsetzen kann. Vielmehr wird alles, was nicht originär von SPD und Grünen stammt, irgendwie weggebissen.

(Beifall von der LINKEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das kann ich leider nicht verstehen, meine Damen und Herren, nicht bei diesem wichtigen, zentralen Thema.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Anna Conrads (LINKE):** Ja, ich komme zum Ende. – Es ist mir absolut unverständlich, wie man solche Anträge wegstimmen kann, anstatt mit Änderungsanträgen zu arbeiten und frühzeitig in Kontakt zu treten. Das müssen Sie auch der Öffentlichkeit erklären, das müssen Sie den Opfern rechter Gewalt vor Ort erklären.

Ich kündige jetzt schon an, dass wir im Innenausschuss regelmäßig um Bericht bitten werden, wie weit die Umsetzung der Opferberatungsstellen gediehen ist und welche Standards zugrunde gelegt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Conrads. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Lehne.

**Olaf Lehne (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Linken ist nicht mal so viel wert wie das Klopapier, das der Linke in Rostock im Rathaus geklaut hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Eijejei, das geht aber tief in die Kloschüssel!)

Es wird hier nicht verwundern, aber der Antrag der Linken zur Einrichtung von Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wird nicht die Unterstützung der CDU-Fraktion erhalten.

Eine umfassende und funktionierende Opferberatung seitens der Behörden und ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wollen auch wir. Nur, Sie verkennen, dass es schon solche gibt. Nehmen wir nur mal die Stadt Düsseldorf! Wenn ich hier Opfer eines Gewaltverbrechens werden würde, habe ich eine ganze Reihe von Beratungsstellen, die ich anlaufen könnte. Hier gibt es Opferberatung jeder Art; im Folgenden ein paar Beispiele:

Frauenberatungsstelle Düsseldorf e. V., ProMädchen – Mädchenhaus Düsseldorf e. V., AWO-Familienglobus gGmbH, Jugendamt Düsseldorf und Frauenhaus Düsseldorf, für Migranten und Migrantinnen von der Diakonie, dem Caritas-Verband und der AGB. Für Homosexuelle wird vom Schwulen- und Lesbenverband ein Überfall-/Krisentelefon angeboten. Von der Gemeinschaft Lesben und Schwule Düsseldorf wird auch Beratung angeboten. Das Landgericht zum Beispiel gibt Beratung bei Gerichtsverfahren, Zeuginnen- und Zeugenberatung.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sie haben nicht verstanden, worum es geht!)

Sie sehen, es gibt Beratungsmöglichkeiten in allen Bereichen und für alle Eventualitäten. All diese Beratungsstellen arbeiten nicht etwa nebeneinanderher, sondern wirken in einem Opfer-Hilfe-Netzwerk zusammen. So wird – ich kann es nur wiederholen –

sowohl auf ehrenamtlicher Basis als auch seitens der staatlichen Behörden eine schnelle, reibungslose und adäquate Opferhilfe gewährleistet – eine Tatsache, die Sie, Frau Conrads, in Ihren Ausführungen nicht berücksichtigt haben.

Auch wird von Ihnen zu Recht das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ angeführt. Hier wird im Falle von Konfliktsituationen mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischem Hintergrund gute Arbeit geleistet. Das Bundesprogramm arbeitet interdisziplinär in allen Bereichen der Gesellschaft. Es ist weit vernetzt und breit aufgestellt. Mit seinen fünf Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen ist das Bundesprogramm flächendeckend in unserem Bundesland vertreten. Regionale Ansprechpartner gibt es in den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster. Gleichzeitig sind in diesem Beratungsnetzwerk des Bundes an die 30 Mitglieder vertreten, die sich ehrenamtlich für die Opferberatung einsetzen.

Nun komme ich zu dem Punkt, für den die Linken eigentlich den Antrag gestellt haben. Sie wollen wieder einmal den Popanz einer Verharmlosung und Verkennung rechtsextremistischer Aktivitäten in unserem Land aufblasen. Ich habe keinerlei Zweifel daran, dass die im Landtag vertretenen Parteien sowie die Landesregierung Rechtsextremismus als Gewalt ernst nehmen und etwa durch Bildungsprogramme des Landesinstituts für politische Bildung bekämpfen. Als jemand, der sich schon seit einiger Zeit für die Holocaust Mahn- und Gedenkstätte Yad Vashem einsetzt, verbitte ich mir auch einen solchen Vorwurf.

(Beifall von der CDU)

Damit das ein für alle Mal geklärt ist, habe ich eine Kleine Anfrage gestellt, die bald veröffentlicht wird, mit dem Titel: Verharmlost die Landesregierung den Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen?

Das Perfide an Ihrem Antrag ist jedoch, dass Sie Opfer in zwei Klassen einteilen.

(Beifall von der CDU)

Sie sind sozusagen die neue Klassenpartei. Opfer von Rechtsextremen sind gute Opfer, und Opfer von Linksextremen sind schlechte Opfer.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist nicht neu. Schließlich haben Sie immer wieder Mauertod und Stasiterror verharmlost. Schlimmer ist aber, dass Sie Kontakt zu linksextremen Gewalttätern pflegen und auch noch zu Straftaten wie dem Schottern aufrufen.

Man sollte in das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ das Thema „Opfer von Linksextremismus“ aufnehmen. Die verletzten Polizisten der 1.-Mai-Krawalle würden es uns danken.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Aber das werden Sie in diesem Leben wohl nicht mehr verstehen. Sie engagieren sich lieber in vom Verfassungsschutz beobachteten Organisationen wie der Roten Hilfe.

Herr Innenminister Jäger ist leider nicht hier, aber auf seinem Ohr ...

(Zurufe)

– Er ist doch da? Wunderbar. – Auf Ihrem Ohr sind Sie, betreffend den Linksextremismus, leider mehr als taub. Uns wundert es nicht. Denn diese Landeskoalition von Rot-Grün unter kommunistischen Gnaden hat ja mit Ihrer Hilfe

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hören Sie auf, Quatsch zu erzählen!)

und der Hilfe der nicht nur rothaarigen Regierungspräsidentin aus Köln die erste Koalition in Nordrhein-Westfalen mit Kommunisten unter Beteiligung der Grünen, Roten und Linken in Duisburg zustande gebracht.

(Beifall von der CDU – Gunhild Böth [LINKE]: Sie haben noch immer nicht im Duden nachgelesen! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ein Gespenst geht um!)

Sie, Herr Jäger, machen die Linken hoffähig, indem Sie gemeinsam mit Ihrer Regierungspräsidentin einen Linken zum Planungsdezernenten wählen lassen. Diesen Vorgang finde ich unglaublich.

Sie ruinieren damit ferner die ehemalige Volkspartei SPD und sind hierbei noch Steigbügelhalter der PDS-Nachfolgeorganisation.

(Beifall von der CDU – Unruhe von der LINKEN)

Die Bevölkerung muss erfahren, dass es die ...

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Yüksel zulassen?

**Olaf Lehne** (CDU): Gleich. – Die Bevölkerung muss erfahren, dass es die Grünen und Roten dieser Landesregierung sind, die das Land an die Linken verkaufen, indem sie zum Beispiel über 200.000 € für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Verfügung stellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Kennen Sie überhaupt die Gesetze des Landes?)

Zwischenfrage?

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Ist jetzt vorbei.

Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Stotko.

**Thomas Stotko** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte die Zwischenfrage jetzt noch zugelassen. Ich weiß nicht, warum sie untergegangen ist, aber das ist nicht mein Problem.

Herr Kollege Lehne – er hört jetzt nicht zu –, ich fühlte mich eben an eine Blockflötendiskussion aus der DDR erinnert. Die machen wir aber nicht mit; das will ich ganz deutlich sagen.

Zu Beginn möchte ich etwas zu Frau Kollegin Conrads sagen, die nicht mehr da ist.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Sie ist da!)

– Ach da! Entschuldigung! Sie trinkt etwas. – Frau Kollegin Conrads, ich wollte es Ihnen direkt sagen: Ich mache eine solche Diskussion über die Frage „rechte Gewalt, linke Gewalt, Gleichstellung von rechts oder links“ auch nicht mit. Aber ich will in diesem Parlament eines klargestellt haben: Dieses Parlament Nordrhein-Westfalen lehnt jede Gewalt ab, egal ob von rechts oder von links. Und dabei wird es bleiben. Das muss, glaube ich, klar sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Michael Aggelidis [LINKE]: Das müssen Sie uns nicht sagen! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir sind sowieso gegen jede Gewalt! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Herr Stotko, bitte!)

– Ja, das ist wunderbar, aber es war nötig, das noch einmal zu sagen. Ich sage es Ihnen ganz deutlich.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Das müssen Sie uns nicht sagen! Das ist nicht nötig! – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

– Ja, das ist wunderbar, Herr Kollege. Selbst am Schluss, Kollege Sagel, schreien Sie so, als würden Sie noch immer wie in der letzten Periode sitzen: allein, hinten, auf Ihrem einzelnen Stuhl. Das hat sich irgendwie nicht geändert.

Jetzt aber, meine linken Freunde ...

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Das Grundansinnen Ihres Antrages, Frau Kollegin Beuermann, unterstützen wir natürlich, nämlich dass Gewalt und Rechtsextremismus Probleme sind, die abzulehnen sind. Vorurteile gegen Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft oder Religion sind leider alltäglich und betreffen weite Teile unserer Gesellschaft bis hinein in die bürgerliche Mitte. Deshalb engagiert sich gerade die rot-grüne Landesregierung seit dem letzten Jahr für mehr Toleranz und Offenheit in unserer Gesellschaft. Das gehört übrigens auch zu unserem Präventivansatz.

Fast jeden zweiten Tag – daran wird zu Recht erinnert – wird eine rechtsextreme Gewalttat in Nordrhein-Westfalen verübt. Das ist zu viel. Dagegen müssen wir etwas tun. Deshalb muss man Opfern – im Übrigen jeder Art von Gewalt – helfen. Ich sage auch deutlich: Dabei ist für die Opfer rechter Gewalt

unbedingt mehr Hilfe erforderlich, als sie derzeit gegeben wird. Deshalb, Frau Kollegin Conrads – das werden Sie auch später noch einmal im Protokoll nachlesen können –, sage ich heute, dass die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage, die ich kenne, in einem Bereich nicht teile, weil nämlich gesagt wird, dass man überhaupt keinen Bedarf an einer Beratung der Opfer rechter Gewalt sieht.

(Beifall von der LINKEN)

Ich bin mir zwar nicht sicher, wie die Betonung in dieser Kleinen Anfrage gelesen werden soll, doch ich sehe durchaus noch Defizite in Bezug auf die Opferberatung. Ich sehe diesbezüglich aber leider ein Defizit in Ihrem Antrag, nämlich hinsichtlich der Frage, wie wir das lösen.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie haben vorhin gefragt, warum es uns so schwerfällt, Ihrem Antrag zuzustimmen. Das kann ich Ihnen sagen. In Ihrem Antrag steht erstens: Wir wollen das in Dortmund und in Aachen. – Ich frage Sie, warum. Nur weil dort viele Rechtsextreme sind? – Opfer rechter Gewalt gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen. Warum jetzt gerade in Dortmund und in Aachen?

Wie soll die Arbeit ausgestaltet werden? – Sie sagen, dazu stünde etwas drin. In Ihrem Antrag, falls Sie es vergessen haben, steht nur, dass ein toller Personalschlüssel erstellt werden soll. Zur Qualität der Arbeit, zur Frage der Vernetzung, zur Frage der Ausgestaltung steht überhaupt nichts in diesem Antrag – und auch nichts zu der Frage, wie viele Opfer rechter Gewalt die vorhandenen Stellen eigentlich aufgesucht haben. Wie sieht es denn damit aus? Sind die dort gut oder schlecht beraten worden? – Das alles findet sich leider nicht in Ihrem Antrag.

Sie haben über einen längeren Zeitraum empathisch die Frage betont, warum denn hier einfach etwas weggestimmt wird. Das ist nicht der Fall. Sie müssen Anträge aber entweder vorher mit uns besprechen, wenn Sie sie einbringen ...

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Demirel von der Fraktion Die Linke zulassen?

**Thomas Stotko (SPD):** Ich bringe eben noch den Satz zu Ende. Das machen wir aber gleich.

Sie sollten einen Antrag so formulieren – das wäre mir wichtig –, dass wir den gemeinsam tragen können. Das ist in Ordnung. Wenn Sie das aber nicht tun, Frau Kollegin Conrads, dann reparieren wir den nicht noch mit Änderungsanträgen, beim besten Willen nicht. Wir, die SPD-Fraktion, sind der Auffassung, dass evaluiert werden muss, wie die Beratung

gen für Gewaltopfer in Nordrhein-Westfalen und insbesondere für Opfer rechter Gewalt aussehen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das sind doch alles Ausreden!)

Wenn wir das haben, werden wir gemeinsam in einem großen Landesprogramm gegen Rechtsextremismus dieses Problem lösen.

Jetzt können wir gerne zur Zwischenfrage kommen, Herr Präsident.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Özlem Alev Demirel (LINKE):** Danke schon, dass ich die Frage stellen darf. – Lieber Herr Kollege Stotko, Sie haben eben dargestellt, dass Sie keine Änderungsanträge machen, weil Sie irgendwie keine Beratungsmöglichkeiten haben

(Thomas Stotko [SPD]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

bzw. wenn wir nicht auf Sie zukommen. Der Antrag lag seit zehn Tagen vor. Zehn Tage lang hatten Sie die Möglichkeit, mit uns Gespräche zu führen und Änderungsanträge zu formulieren. Liegt das daran, dass Ihre Fraktion zehn Tage lang geschlafen hat? Oder warum formulieren Sie keine Änderungsanträge? Oder ist das wieder einmal nur eine plumpe Ausrede Ihrerseits?

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter, bitte schön.

**Thomas Stotko (SPD):** Frau Demirel, dann wird es mir unangenehm, dass ich eine solche Zwischenfrage erlaube. Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen.

(Beifall von der SPD)

Sie monieren, dass wir nicht zehn Tage lang auf Sie als Antragssteller zukommen?

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Sie bemühen sich in diesem Parlament um eine Mehrheit für einen Antrag. Es ist Ihre Aufgabe, in diesem Parlament für eine Mehrheit zu sorgen.

(Beifall von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das werden wir uns merken, Herr Stotko! Alles klar!)

Und da manche Gelegenheiten, die Sie zu anderen Anträgen dazu nutzen wollten, nicht funktioniert haben, haben Sie die Zeit verpasst, mit uns über Inhalte zu verhandeln. Wenn Sie so weitermachen, werde ich nicht nur keinen Spaß mehr an Zwischenfragen von Ihnen haben, sondern sage auch: Dann

bekommen wir hier gar keine Anträge gemeinsam durch.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Das gilt nur für Sie! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Man sieht sich immer zweimal!)

Ich rufe Sie zu einer sachlichen Zusammenarbeit auf. Den heutigen Antrag haben Sie vergurkt. Sagen Sie das den Beratungsstellen! – Besten Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lehne, ich bin wirklich schockiert über Ihren unqualifizierten Beitrag.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie reden von Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern, die ja da seien und diese Aufgabe übernehmen könnten. Ich glaube, Sie haben nicht verstanden, worum es in diesem Antrag geht. Es geht nicht um Gewalt gegen Frauen, sondern es geht um Gewalt gegen Menschen, die von Rechtsextremen verfolgt werden. Die Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser zeigen gerade, dass wir spezialisierte Angebote brauchen, und zwar nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in dem Bereich, über den wir gerade reden, nämlich für Opfer von rechter Gewalt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich bin schon ein bisschen verwundert darüber, dass hier wieder eine Diskussion über Links- und Rechtsextremismus geführt wird, die rein ideologisch aufgeladen ist. Wir sollten nicht ideologisch diskutieren – das haben wir schon beim Antrag zur Extremismusklausel getan –, sondern eine sehr sachliche Debatte darüber führen, wie wir unsere staatliche, unsere gesellschaftliche Aufgabe übernehmen können, Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt zu schützen und Menschen, die Opfer von rechter Gewalt geworden sind, bei ihrem Umgang mit diesen Gewalterfahrungen zu helfen. Wenn wir Gewalt schon nicht gänzlich verhindern können – ich glaube, jedem ist klar, dass wir das in vielen Teilen nicht können –, dann ist es zumindest unsere Aufgabe, Beratungs- und Unterstützungsangebote für von rechter Gewalt betroffene Personen entsprechend bereitzuhalten.

Und selbst Ihre Bundesfamilienministerin, Frau Kristina Schröder, die sonst meistens recht schräge Ideen hat – die Extremismusklausel habe ich gerade schon angesprochen; die Programme gegen Linksextremismus wurden bisher kaum abgerufen –, finanziert die Beratungsstellen für Opfer rechter Ge-

walt in den neuen Bundesländern weiter, die im Jahr 2001 von Rot-Grün mit dem Bundesprogramm gegen Rechtsextremis aufgelegt wurden. Dieses Programm gibt es immer noch. In den neuen Bundesländern werden damit zum einen die mobilen Beratungsteams, zum anderen die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt weiterhin gefördert, auch unter Frau Schröder von der CDU.

Die mobilen Beratungsteams haben übrigens nicht die Aufgabe, Opfer von rechter Gewalt zu beraten, sondern gehen in die Kommunen, in denen es ein Problem mit Rechtsextremismus gibt, zum Beispiel in Schulen. Bei der Jugendfeuerwehr in Gladbeck hat es vor einiger Zeit einen entsprechenden Vorfall gegeben. Sie gehen dorthin und versuchen, mit den Akteuren nachhaltige Strategien zu entwickeln. Deren Aufgabe ist es eben nicht, Opfer zu beraten. Das machen Opferberatungsstellen derzeit in den neuen Bundesländern.

Ich glaube, unsere Bundestagsabgeordneten haben damals, 2001, einen Fehler gemacht, als sie gesagt haben: In den neuen Bundesländern gibt es ein Problem mit Rechtsextremismus. – Ich muss ganz deutlich sagen, dass Rechtsextremismus kein reines Ostproblem ist, sondern dass rechtsextreme Übergriffe, rechte Gewalt auch hier ein sehr großes Problem darstellen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wer sich ein bisschen mit dem Thema „Rechtsextremismus“ beschäftigt und regelmäßig die Nachrichten dazu verfolgt, der weiß, dass fast jeden Tag in Nordrhein-Westfalen Außenwände von Jugendzentren mit Hakenkreuzen und anderen Nazisymbolen beschmiert werden, dass Fenster von Büros der demokratischen Parteien – davon sind wir alle betroffen – eingeworfen werden, dass Denkmale für NS-Opfer beschmiert und besprüht werden, so erst letzte Nacht in Wuppertal geschehen. Es ist heute Sachbeschädigung – das ist schlimm genug –, aber morgen ist es wieder ein Mensch, der Opfer von rechter Gewalt wird.

Meine Vorrednerinnen haben schon gesagt, dass jeden zweiten Tag ein Mensch in Nordrhein-Westfalen – die Dunkelziffer ist wahrscheinlich noch viel höher – Opfer rechter Gewalt wird, weil diese Person zum Beispiel einen Migrationshintergrund hat, weil sie alternativ gekleidet ist – das betrifft viele Jugendliche –, weil sie oder er schwul oder lesbisch ist oder weil sich die Person schlicht und einfach für eine demokratische Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus engagiert.

Deshalb finde ich es gut und richtig, dass die Fraktionen von SPD und Grünen im Haushaltsberatungsverfahren 300.000 € für die Einrichtung von zwei Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in den Haushalt eingestellt haben. Die sind notwendig, die sind wichtig. Die Beratungsstellen für Opfer rechter

Gewalt brauchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in einem multiprofessionellen Team zusammenarbeiten, die spezialisierte Kenntnisse – ich betone „spezialisiert“, das ist ganz wichtig – über die Hintergründe und Motive rechtsextremer Gewalt haben, die aufsuchend, parteilich und kostenlos Beratung anbieten, die lokale Intervention und Öffentlichkeitsarbeit machen und die die Gewalttaten, die es in Nordrhein-Westfalen tatsächlich gibt, dokumentieren.

Ich möchte noch einmal an die Debatte in 2006 erinnern, die wir in Deutschland im Vorfeld der WM geführt haben, weil gesagt wurde, es gebe in Deutschland potenzielle Gefahrenzonen für Menschen mit Migrationshintergrund. Ich sage: Damit es solche Zonen eben nicht gibt, damit sich Angst und Einschüchterung nicht breitmachen, brauchen wir spezialisierte Beratungsstellen, die vor Ort Solidarisierungsprozesse initiieren und mit den Akteuren sprechen können. Das ist eine ganz wichtige Arbeit. Wenn wir diese Beratungsstellen einrichten, dann stellen wir damit einen ganz wichtigen Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus her. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Fraktion der FDP spricht der Kollege Engel.

**Horst Engel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Hohe Haus und natürlich auch die FDP-Fraktion verurteilen jede Form von extremistischer Gewalt.

(Beifall von der FDP)

Das war Konsens, solange ich hier zurückdenken kann. Deshalb stimmen wir – das wird Sie nicht verwundern, Frau Conrads – Ihrem Antrag insoweit zu, dass Nordrhein-Westfalen die Opfer rechter Gewalt nicht alleinlassen darf. Drei Ausrufezeichen dahinter. Aber – das klang hier schon mit der einen oder anderen unterschiedlichen Betonung an – das gilt auch für die Opfer linker Gewalt. Es darf nicht sein, dass linke Gewalt hier und da manchmal augenzwinkernd – so sage ich es mal – legitimes Mittel von Protest darstellt. Das haben wir an der Stelle auch immer angebracht.

Weil dieses Thema so vielschichtig ist, hätte der Antrag eigentlich, Frau Conrads – das haben alle Redner gesagt – in den Fachausschuss gehört. Wenn Sie diesen Antrag heute mit einer direkten Entscheidung mehr oder weniger erledigen lassen wollen, werden wir aber nicht dagegen stimmen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Engel.

**Horst Engel (FDP):** Wir werden uns enthalten. – Bitte, schön, Frau Präsidentin.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Der Kollege Klocke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Horst Engel (FDP):** Gerne, Herr Klocke. Köln-Nippes.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Genau. Danke, Herr Engel, dass Sie die Frage zulassen. – Mich würde interessieren, was Ihnen an Erkenntnissen konkret zu Opfern linker Gewalt vorliegt. Mir ist bekannt, dass es in dieser Hinsicht durchaus Ausschreitungen linker gab und gibt, zum Beispiel wenn in Städten Autos in Brand gesteckt werden. Das lehnen wir natürlich ab, wir verurteilen es. Aber was wissen Sie konkret zu Opfern? Bei dem Begriff „Opfer“ gehe ich davon aus, dass es sich um Menschen handelt, die tödlich angegriffen werden. Was wissen Sie also über Opfer linker Gewalt?

**Horst Engel (FDP):** Lieber Herr Klocke, ich empfehle Ihnen, mal an einer Demonstration zum 1. Mai teilzunehmen.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Das machen wir jedes Jahr! Dort haben wir Sie aber noch nie gesehen! – Gunhild Böth [LINKE]: Ich möchte Sie einladen, einmal nach Wuppertal zu kommen, Herr Engel! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Herr Klocke, ich empfehle Ihnen Dortmund. Diese Stadt ist hier zu Recht bereits genannt worden.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Wenden Sie sich an das Innenministerium. Da werden Sie perfekt betreut. Da erleben Sie Vorgänge wie die, die wir hier beklagen. Da gibt es auch Verletzte. Ich habe an der letzten Demo vor drei Jahren teilgenommen. Ich habe mir vor Ort angeschaut, was da passiert. Es gibt in Dortmund zahlreiche Abendveranstaltungen, die von sehr engagierten Menschen durchgeführt werden, unter anderem auch mit Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche. Die Veranstalter bemühen sich, zu hinterfragen, warum beispielsweise in Dortmund ein solcher Schwerpunkt entstanden ist.

Herr Klocke, das ist eine Empfehlung. Von Berlin will ich jetzt gar nicht erst erzählen.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

Manche Bilder, die man von dort sieht, erinnern schon an Straßenschlachten.

Ich komme noch einmal zurück zu Frau Conrads: Sie können ja hier beantragen, dass wir über den

Antrag nicht in direkter Abstimmung befinden, sondern dass er in den zuständigen Fachausschuss überwiesen wird. In diesem Fall würden Sie sicher Einstimmigkeit erzielen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Michalowsky [LINKE]: Wohl nicht mehr!)

Das sage ich Ihnen einfach voraus. Ich würde es Ihnen auch empfehlen. Wenn Sie aber auf direkter Abstimmung bestehen, werden wir nicht Nein sagen, sondern uns enthalten, weil wir, was den Grundtenor des Antrags betrifft, Ihrer Auffassung sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke schön, Herr Kollege Engel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schäfer.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im vorliegenden Antrag der Fraktion Die Linke wird auch aus Sicht der Landesregierung zu Recht auf einen wichtigen Aspekt des politischen Extremismus hingewiesen, nämlich auf die Folgen politisch motivierter Kriminalität für die Opfer von Straftaten – in diesem Fall heißt diskutiert –, von rechtsextremer und rassistischer Gewalt.

Dabei möchte ich gar nicht zwischen konkreter physischer Gewalt und Gewaltanwendung in Form von Einschüchterung und Hetzpropaganda differenzieren. Beide Erscheinungsformen sind eine Schande und eine Herausforderung für unsere Demokratie. Vor allem aber bedeuten sie eine schwere Belastung für die unmittelbar Betroffenen.

Es ist aus gutem Grunde Konsens in unserem Land, Rechtsextremismus weiterhin konsequent abzuwehren. Dies wirksam zu tun bleibt eine zentrale Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft. Darin waren sich aber auch, glaube ich, alle Redner einig.

In Nordrhein-Westfalen führen wir den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus schwerpunktmäßig über Prävention. So unterstützt zum Beispiel die Landeszentrale für politische Bildung in meinem Haus seit vielen Jahren engagiert die Aufklärungsarbeit über sämtliche Erscheinungsformen von Rechtsextremismus. Seit 2008 widmet sich die Landeszentrale zusätzlich – auch das wurde schon erwähnt – in Gestalt der von ihr gegründeten Landeskoordinierungsstellen gegen Rechtsextremismus einer wirksamen Prävention. Mit ihren fünf mobilen Beratungsteams ist sie in den Regierungsbezirken präsent. Daneben existieren weitere wichtige Angebote, etwa die Aussteigerprogramme zum Rechtsextremismus, die das Land anbietet bzw. unterstützt.

Diese Präventionsstrategie hat sich bei uns bewährt. Nordrhein-Westfalen ist weder eine Hoch-

burg rechter Gewalt, noch hat es bisher jemals eine einzige rechtsextreme oder auch nur rechtspopulistische Partei geschafft, in diesen Landtag einzuziehen.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP – Ralf Michalowsky [LINKE]: Die FDP ist doch drin!)

Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Rechtsextreme Kriminalität und Gewalt durch vorbeugende Maßnahmen zu verhindern ist für uns also primär. Wenn es aber dennoch zu entsprechenden Übergriffen kommt, gilt den Opfern selbstverständlich unsere Hilfe und unsere Unterstützung. Deshalb sind Opferschutz und Opferhilfe traditionell feste Bestandteile polizeilicher Arbeit in Nordrhein-Westfalen.

Auf lokaler und regionaler Ebene haben sich dabei nahezu flächendeckend auch kompetente und wirksame Kooperationen zwischen polizeilicher Opferhilfe und externen Partnern aus dem Bereich der Landschaftsverbände, der Justiz sowie nichtstaatlicher Träger etabliert.

Wir werden dieses breite Spektrum von aktivem Opferschutz und Opferhilfe vor Ort auch weiterhin nach Kräften fördern.

Wenn es jetzt darüber hinaus zwei weitere spezialisierte Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen geben soll, so wie SPD und Bündnis 90/Grüne es für den Haushalt 2011 beantragt und beschlossen haben, dann möchte ich das für die Landesregierung ausdrücklich begrüßen. Dies kann das bestehende regionale Angebot wunderbar, richtig und folgerichtig, ergänzen.

Aber umso mehr – das ist meine abschließende Bemerkung – verwundert es mich dann, dass die Linken an der Verabschiedung des Haushaltes und an der Abstimmung über einzelne Anträge dazu nicht teilgenommen haben – dabei ist der Haushalt das wichtigste Gesetz eines Jahres –

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Das kommt doch noch! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Frau Schäfer, das kommt noch!)

und sich jetzt über die Ablehnung beschweren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Beratung zum Tagesordnungspunkt 10.



Wir kommen zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages Drucksache 15/1685**. Die antragstellende Fraktion Die Linke hat direkte Abstimmung beantragt. Diese führen wir jetzt durch. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. – Wer möchte sich enthalten? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Antrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende des heutigen Plenartages.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 18. Mai 2011, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag, ein gutes Wochenende und eine erholsame Osterzeit.

Die Plenarsitzung ist geschlossen.

**Schluss: 16:16 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.